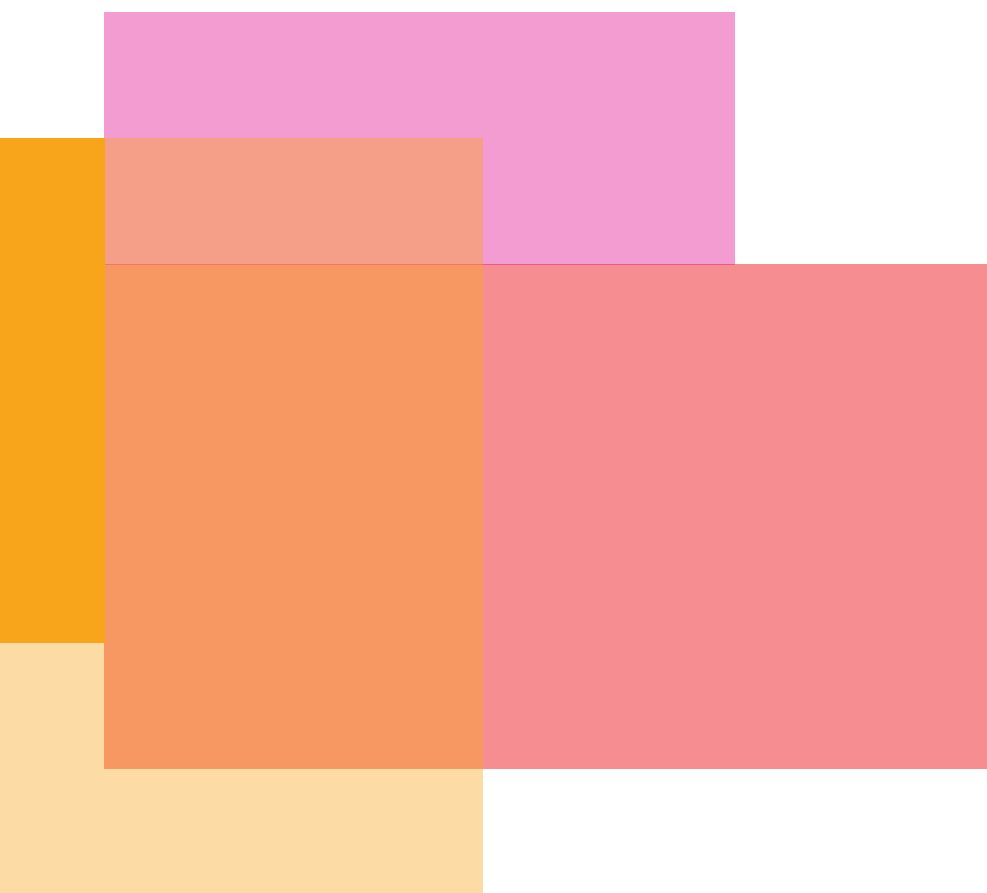




Zusammenhalt in Vielfalt

Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung



Zusammenhalt in Vielfalt

Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung

Regina Arant, Georgi Dragolov, Björn Gernig, Klaus Boehnke
unter Mitarbeit von Jonas Anttoni Seppälä

Jacobs University Bremen

Inhalt

06	Grußwort des Bundespräsidenten
08	Vorwort
10	Einführung
12	Das Wichtigste in Kürze
15	Key findings in brief
19	1. Vielfalt und Zusammenhalt
19	1.1 Akzeptanz von Vielfalt als integraler Bestandteil von starkem gesellschaftlichem Zusammenhalt
21	1.2 Vielfalt – Ein schwer zu fassendes Konstrukt
23	1.3 Unser Ziel – Die Vielfältigkeit von Vielfalt messbar machen
26	1.4 Die untersuchten Vielfaltsdimensionen in dieser Studie
41	2. Wie untersucht man überhaupt Vielfalt?
41	2.1 Die Idee der Studie
41	2.2 Die Akzeptanz von Vielfalt messen – Von der Auswahl der Fragen bis zum fertigen Befragungsinstrument
42	2.3 Bundesweite Telefonbefragung – Was denken die Menschen über Vielfalt?
43	2.4 Die Vielfaltsdimensionen
44	2.5 Der Vielfaltsgesamtindex – Ein reflexives Modell zur Akzeptanz von Vielfalt
45	2.6 Was beeinflusst den Umgang mit Vielfalt vor Ort?
46	2.7 Zusammenhalt messen
47	3. Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland – Ergebnisse zum Status Quo
47	3.1 Der Vielfaltsgesamtindex
48	3.2 Stärken und Schwächen – Bundesländerübergreifende Tendenzen
51	3.3 Befunde zu den sieben Dimensionen von Vielfalt
60	3.4 Vielfaltsprofile – Welche Menschen akzeptieren welche Art von Vielfalt?
65	3.5 Welche Gruppen assoziieren die Menschen in Deutschland zurzeit mit dem Begriff Vielfalt?
67	4. Einflussfaktoren und Auswirkungen
67	4.1 Wie haben wir untersucht?
69	4.2 Strukturelle Ursachen für die Akzeptanz von Vielfalt auf Bundesländerebene
76	4.3 Ursachen für die Akzeptanz von Vielfalt auf Individualebene
79	4.4 Auswirkungen der Akzeptanz von Vielfalt auf Bundesländerebene
80	4.5 Akzeptanz von Vielfalt: Struktur oder Mentalität?

81	5. Bedeutsamkeit der Akzeptanz von Vielfalt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
84	6. Vielfalt im persönlichen Umfeld – Erwünschte soziale Distanz als Gradmesser für die Akzeptanz von Vielfalt
85	6.1 Erfassung der individuellen Bedeutung von Vielfalt für die Menschen
88	6.2 Nachbarschaft als Handlungsraum für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt
89	7. Von der Akzeptanz zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt
89	7.1 Gesellschaft aktiv gestalten
89	7.2 Nachgehakt – Eigene Maßnahmenvorschläge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unserer Befragungsstudie
96	8. Fazit
99	Literaturverzeichnis
105	Tabellenverzeichnis
106	Abbildungsverzeichnis
107	Kartenverzeichnis
107	Kurzbezeichnungen der Bundesländer
109	Anhang
116	Über die Robert Bosch Stiftung
117	Über die Autoren



Grußwort des Bundespräsidenten



„In Vielfalt geeint“ – so lautet der Leitspruch Europas. Er erinnert uns daran, dass die Unterschiedlichkeit kultureller Traditionen keine Schwäche sein muss, sondern Stärke werden kann. Unsere Welt ist nirgendwo gleichförmig. Auch in unserer eigenen Gesellschaft leben mehr und mehr Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Haltung und Lebensgeschichte. Darin spiegelt sich, dass Deutschland keine Insel, sondern auf vielerlei Art mit anderen Ländern und Kulturen verbunden ist. Einwanderung, aber auch Individualisierung prägen unsere Zeit.

Viele Menschen fragen zu Recht, was uns bei allen Unterschieden zusammenhält. Denn richtig ist, dass das Wir nicht einfach die Verlängerung und Vervielfältigung des Ich sein kann. Politisch müssen wir klären, wie wir mit den auffälligen kulturellen, religiösen, sozialen und politischen Differenzen friedlich umgehen. Anlass zum Handeln haben wir durchaus. Fliehkräfte und Konfrontation sind nicht auf Internetforen beschränkt, sondern auch auf offener Straße zu erleben. Wir sehen Verständnislosigkeit, Wut und Protest. Heute gilt es einmal mehr, Mauern zu überwinden, die zwischen den Lebenswelten gewachsen sind. Wir müssen Zusammenhalt und Zugehörigkeit in Deutschland gerade dort stärken, wo sie brüchig geworden sind.

Der Verständigung über Unterschiede hinweg geht das Verständnis für Vielfalt voraus. Die Untersuchung der Robert Bosch Stiftung zum „Zusammenhalt in Vielfalt“ verdient daher besondere Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in blue ink, reading "Frank-Walter Steinmeier". The signature is fluid and cursive, with the last name "Steinmeier" being more prominent.

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

Vorwort

In „Das Ende der Geschichte“ postulierte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1992 das Ende der großen ideologischen Auseinandersetzungen. Demnach sei der Kommunismus gescheitert, die Demokratie mit ihren Grundrechten, dem Rechtsstaatsprinzip und der freien Marktwirtschaft habe sich durchgesetzt. In seinem jüngst erschienenen Buch „Identität“ revidiert Fukuyama seine damalige Aussage in dieser Deutlichkeit: Er spricht jetzt von der großen Gefahr, in der sich die liberalen Demokratien befänden.

Fukuyama nennt die Globalisierung, Digitalisierung, Verstädterung und die zunehmende Komplexität als einige Gründe für die Gefährdung liberaler Demokratien. Er nennt aber noch einen weiteren: den Aufstieg der „Identitätspolitik“. In zunehmend fragmentierten und diversifizierten Gesellschaften gehe es der politischen Linken nicht mehr primär um die Herstellung ökonomischer Gleichheit, sondern um die Förderung der Interessen einer breiten Vielfalt benachteiligter Gruppen, wie ethnischen Minderheiten, Flüchtlingen, Frauen oder der LGBTIQ-Community. Die politische Rechte trete im Gegenzug für Patriotismus und den Schutz traditioneller nationaler Identität ein.

Dieses Spannungsfeld kennen wir aus der täglichen Betrachtung von Gesellschaft. Die Breite an wahrgenommenen Meinungen reicht dabei von den Verfechtern offener Grenzen, einer doppelten Staatsbürgerschaft und der Anerkennung des dritten Geschlechts bis hin zu jenen, die in der Präsenz des Islam in Deutschland oder der „Ehe für alle“ das Wertefundament unserer Gesellschaft und damit deren Zusammenhalt in Gefahr sehen. Insbesondere seit dem „Flüchtlingsjahr 2015“ wird immer wieder die Frage gestellt, wie zunehmende Vielfalt den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflusst. Wenngleich empirische Untersuchungen – zumindest für Deutschland – keine akute Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts belegen, so scheint es doch für viele Menschen einen unmittelbaren Zusammenhang zu geben zwischen zunehmender Diversität und einem gefühlt abnehmenden Zusammenhalt. Verkürzt steht dahinter die Befürchtung, dass die Anerkennung von Vielfalt und die Vertretung aller Menschen in ihren Interessen zulasten derjenigen gehe, die auch oder gerade unter den veränderten Bedingungen der Globalisierung das Bedürfnis nach einer konstanten (nationalen wie persönlichen) Identität verspüren.



Der Umgang mit solchen Entwicklungen bewegt auch Stiftungen. Als große unternehmensnahe Stiftung will die Robert Bosch Stiftung einen erkennbaren Beitrag zum Erhalt bzw. zur Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und in Europa leisten. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, die sich durch Offenheit und Solidarität sowie Chancengleichheit und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Menschen auszeichnet. Unseren Beitrag leisten wir, indem wir Räume schaffen, in denen wir Menschen ein Kennenlernen und eine Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen ermöglichen. In diesen Begegnungen werden im besten Fall Vorurteile ab- und Vertrauen aufgebaut. Auch die vorliegende Studie soll dazu beitragen, ein besseres Verständnis für den Status quo gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Sichtweisen der Deutschen auf Vielfalt zu entwickeln.

Fukuyama kommt in seinem neuen Buch zu dem Schluss, dass Gesellschaften niemals aufhören werden, in Begriffen der Identität zu denken. Regierungen und die Zivilgesellschaft hätten deshalb die Aufgabe „nationale Bekenntnisidentitäten“ zu entwickeln, die nicht auf gemeinsamen persönlichen Merkmalen, Erlebnissen, historischen Gegebenheiten oder einer einheitlichen Religion beruhen, sondern auf geteilten Grundwerten und -überzeugungen. Für Deutschland bildet das Grundgesetz dieses gemeinsame Fundament, welches die Pflichten, aber auch die Rechte des Einzelnen formuliert. Dieser Rahmen ermöglicht vielfältigen Identitäten eine gesamtgesellschaftliche Zugehörigkeit.

Heterogenität und eine ausgeprägte, nationale Identität müssen keine Widersprüche sein, wie auch der Leitgedanke der Europäischen Union – in Vielfalt geeint – verdeutlicht. Gesellschaftliche Vielfalt wird dann eine Stärke für unser Land, wenn sie gestaltet wird. Vielstimmigkeit bereichert den gesellschaftlichen und politischen Diskurs, wenn er respektvoll und auf der Grundlage von Fakten geführt wird. Es ist meine Hoffnung, dass wir mit der vorliegenden Studie einen Beitrag dazu leisten können.

Sandra Breka

Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung

Einführung

Das Zusammenleben der Menschen wird in erheblichem Maße durch das Umfeld geprägt, in dem sie leben. Dieses wiederum reagiert – wenn auch immer mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung (Gombault, 1990) – auf gesellschaftliche Veränderungen. Besonders seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich unsere Gesellschaft deutlich verändert und ist einem schneller werdenden Wandel ausgesetzt (Glatzer, 1998). Globalisierung und Digitalisierung sind zu zentralen Herausforderungen geworden, die für Frauen und Männer veränderte Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und im Familienleben nach sich ziehen. Spätestens seit der Jahrtausendwende manifestiert sich die zunehmende Globalisierung des gesellschaftlichen Lebens auch in stark zunehmenden Migrationsbewegungen. Deutschland steht an dritter Stelle der Länder (nach den USA und Saudi-Arabien) mit dem größten Anteil an Menschen, die nicht im Land geboren sind (United Nations, 2017). Sie finden hier oft ihr dauerhaftes Zuhause und beeinflussen mit ihrer Kultur, Sprache und Religion das Leben in Deutschland.

Neben Globalisierung und Digitalisierung haben auch Umstrukturierungen des Wohlfahrtsstaates in weiten Teilen der Bevölkerung zu erhöhter Unsicherheit geführt. Trotz guter Wirtschaftslage vergrößert sich die Schere zwischen Arm und Reich vielerorts deutlich, Immobilien- und Mietpreise schnellen besonders in den Städten fast ungebrems in die Höhe und Berufsanfänger können sich auf eine ausreichende staatlich garantierte Rente nicht mehr verlassen. Darüber hinaus werden bestimmte soziale Gruppen in unserer Gesellschaft sichtbarer und bestimmen das gesellschaftliche Leben aktiv mit: Hierzu gehören z. B. die wachsende Gruppe älterer und alter Menschen, Menschen mit Behinderung oder aber Mitglieder der LGBTQ*-Community.

Zunehmende Vielfalt prägt das Alltagsleben der Menschen in Deutschland. Unklar ist jedoch bisher, ob diese als neu empfundene Diversität an Lebensformen in unserem Land eine Gefahr für das Gemeinwesen darstellt oder ob sie das gesellschaftliche Zusammenleben nicht im Gegenteil verbessert, zumindest aber dieses Potenzial in sich birgt. Kräften des Bewahrens, die eine Rückbesinnung auf Althergebrachtes fordern, steht das Argument gegenüber, dass Vielfalt enorme Innovationspotenziale mit sich bringt, die letztlich helfen, unser Land zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. So scheint es nicht Vielfalt an sich zu sein, die den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, sondern vielmehr der gesamtgesellschaftliche Umgang mit zunehmender Diversität.

Wie reagieren nun Menschen in Zeiten, die trotz wirtschaftlichen Wohlstands als unsicher wahrgenommen werden, auf die zunehmende Vielfalt in der Gesellschaft? Betrachtet man die Wahlergebnisse der letzten Jahre in Deutschland und in Europa insgesamt, lässt sich leicht der Schluss ziehen, dass das Klima rauer wird, besonders gegenüber Menschen anderer Religionen und Kulturen. Grenzen werden geschlossen; an der Frage, wie mit Geflüchteten umgegangen werden soll, drohen etablierte Regierungsbündnisse zu zerbrechen, und in immer mehr Ländern wird die freie Ausübung bestimmter religiöser Praktiken begrenzt. So gilt ein Burka-Verbot mittlerweile nicht nur in Frankreich, Belgien und Österreich, sondern seit August 2018 auch in Dänemark. Aber auch die in immer mehr Ländern beschlossene Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe ist ein hart umkämpftes Thema, das Gesellschaften überall auf der Welt spaltet. Im EU-Land Rumänien gibt es Bestrebungen, die Ehe in der Verfassung als Institut von Mann und Frau festzuschreiben.

Zum einen ließe sich daraus ableiten, dass vielen Menschen mitunter die Fähigkeit fehlt, konstruktiv mit zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt umzugehen. Dieser konstruktive Umgang bedeutet nicht zwingend die vollumfängliche Akzeptanz von Vielfalt, sondern ist besser mit dem Begriff der Ambiguitätstoleranz umschrieben; damit ist die Fähigkeit gemeint, Widersprüchlichkeiten oder Unterschiede schlichtweg auszuhalten und hinzunehmen. Zum anderen kann man aber auch fragen, ob die schnellen Veränderungen des Gemeinwesens ohne geeignete Unterstützung seitens „der Politik“ überhaupt von Einzelpersonen bewältigt werden können. Genau an dieser Stelle setzt die vorliegende Studie der Robert Bosch Stiftung an.

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde untersucht, welchen Zusammenhang es tatsächlich zwischen einem vermeintlich schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Akzeptanz von Vielfalt gibt und mit welchen Maßnahmen einer womöglich abnehmenden Akzeptanz entgegengewirkt werden kann. Zudem beleuchtet die Studie personale und kontextuelle Bedingungen für eine hohe oder niedrige Akzeptanz von Vielfalt. Dazu wurden in einer repräsentativen Stichprobe deutschlandweit 3.025 Personen ab 16 Jahren telefonisch befragt. Um weitergehende Aussagen treffen zu können, haben die Autoren die Ergebnisse dieser Befragung mit bereits vorliegenden soziodemografischen und sozioökonomischen Daten in Beziehung gesetzt. In der Gesamtschau entsteht ein umfassendes Bild vom Umgang der Deutschen mit gesellschaftlicher Vielfalt und den Faktoren, die diesen Umgang beeinflussen.

Diese Studie wäre ohne die engagierte Unterstützung vieler nicht möglich gewesen. Unser besonderer Dank gilt den Autoren Regina Arant, Georgi Dragolov, Björn Gernig und Klaus Boehnke sowie deren studentischem Mitarbeiter Jonas Anttoni Seppälä für ihre intensive Arbeit.



Erst durch die große Leistungsbereitschaft der Wissenschaftler der Jacobs University Bremen und deren hohe Expertise im Thema Zusammenhalt war das Studienvorhaben in dieser Form realisierbar. Außerdem danken wir dem infas Institut Bonn, insbesondere Thorsten Brand und Robert Follmer, für die Datenerhebung und fachliche Beratung. Ebenfalls zu Dank verpflichtet sind wir Dirk Baier, Ursula Matschke und Christina Rauh für die Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Indikatoren für den Fragebogen.

Dieses Gemeinschaftswerk ermöglicht einen differenzierten Blick auf die zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft. Unsere Hoffnung ist es, dadurch zu einer versachlichten Debatte über den Zustand und die Perspektiven des sozialen Zusammenhalts in einem heterogenen Gemeinwesen beitragen zu können.

Dr. Ferdinand Mirbach

Senior Projektmanager, Robert Bosch Stiftung

Das Wichtigste in Kürze

Deutschland ist ein vielfältiges Land. Darin liegen Chancen für die zukünftige Entwicklung in einer globalisierten Welt, aber auch Herausforderungen für das Zusammenleben der Menschen. Für die Mehrheit der Deutschen ist zunehmende Vielfalt mehr Bereicherung als Gefahr, zudem ist die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt hierzulande gut ausgebildet. Gleichzeitig sind deutliche Unterschiede in der Akzeptanz von Vielfalt je nach Region und Dimension von Vielfalt feststellbar. So ist das Ausmaß der Anerkennung für Menschen mit Behinderung oder unterschiedlicher sexueller Orientierung hoch, die Akzeptanz religiöser Vielfalt hingegen deutlich niedriger. Zu diesen Ergebnissen kommt die repräsentative Studie „Zusammenhalt in Vielfalt: Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung“, in der bundesweit 3.025 Personen ab 16 Jahren telefonisch zu ihren Meinungen und ihrem Verhalten gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befragt wurden.

Wo und wem gegenüber akzeptieren Menschen Vielfalt besonders?

Laut Vielfaltsgesamtindex, dem eine Skala von 0 bis 100 Punkten zugrunde liegt, liegt der Mittelwert für die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland aktuell bei 68 Punkten und damit deutlich im positiven Bereich. Gleichzeitig gibt es ein relativ deutliches West-Ost- und auch ein Nord-Süd-Gefälle. Auf den fünf Spitzenplätzen liegen mit Hamburg (72 Punkte), Schleswig-Holstein (71 Punkte), Bremen (71 Punkte), Berlin (71 Punkte) und Niedersachsen (70 Punkte) die drei Stadtstaaten und zwei norddeutschen Flächenländer. Im Mittelfeld findet man die verbleibenden Länder der alten Bundesrepublik. Die letzten Plätze im Ranking nehmen die ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) mit Punktzahlen zwischen 65 und 61 Punkten ein.

Neben regionalen Unterschieden lassen sich mitunter deutliche Unterschiede in der Akzeptanz einzelner Vielfaltsdimensionen beobachten. So ist in Deutschland die Akzeptanz von Menschen mit Behinderung (83 Punkte) und nicht-heterosexueller Orientierung (77 Punkte), aber auch von Menschen mit anderer ethnischer Herkunft (73 Punkte) hoch. Auch Offenheit gegenüber Menschen eines anderen Lebensalters (70 Punkte), eines anderen Geschlechts (69 Punkte) und gegenüber sozioökonomisch Schwachen (58 Punkte) ist noch mehrheitlich vorhanden. Lediglich gegenüber Religion und religiöser Vielfalt (44 Punkte) scheint die Skepsis zu überwiegen; allerdings legen die Ergebnisse nahe, dass es sich trotz der öffentlich-medialen Fokussierung nicht allein um ein Votum über „den Islam“ handelt, sondern sich in der geringen Zustimmung eher eine allgemeine Distanz gegenüber religiösen Lebensweisen und Traditionen zeigt. Sucht man nach Faktoren, die die Akzeptanz einer pluralen Gesellschaft positiv beeinflussen können, so sind vor allem individuelle und persönliche Aspekte bedeutend, wie Empathiefähigkeit, die (eher linke) politische Orientierung und eine positive Einstellung zur Globalisierung. Strukturelle Faktoren (Wirtschaftskraft, Arbeitslosenquote u. a.) in der Heimatregion sind nachrangig, wenngleich in Regionen mit höheren Einkommensunterschieden auch die Akzeptanz von Vielfalt höher ist – dies lässt vermuten, dass das Vorhandensein einer gewissen Vielfalt Grundvoraussetzung ist, um überhaupt einen konstruktiven Umgang mit ihr erlernen und einüben zu müssen.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Akzeptanz von Vielfalt und Zusammenhalt?

Aus der Forschung zum Thema Zusammenhalt, wie sie mit dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung vorliegt, ist bekannt, dass die „Akzeptanz von Vielfalt“ eine von neun Dimensionen ist, die die Qualität des sozialen Zusammenhalts in einer Gesellschaft bestimmen. Das Vielfaltsbarometer der Robert Bosch Stiftung zeigt, dass die „Akzeptanz von Vielfalt“ neben dem Vertrauen in Institutionen und in die Mitmenschen die entscheidende Stellschraube ist, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Das Vielfaltsbarometer zeigt zudem eindeutig, dass eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt erstrebenswert und erforderlich ist: Es gibt einen positiven Zusammenhang zwischen der Akzeptanz von Vielfalt und sozialem Zusammenhalt. Dort also, wo die Akzeptanz von Vielfalt stark ausgeprägt ist, ist auch der Zusammenhalt stärker und zudem sind die Menschen dort auch glücklicher und zufriedener mit ihrem Leben.

Wie kann man die Akzeptanz von Vielfalt stärken?

Eine zentrale Erkenntnis des Vielfaltsbarometers ist, dass die Akzeptanz von Vielfalt weniger eine Frage von strukturellen Bedingungen als der eigenen Haltung ist. Entscheidend ist es, die individuelle Empathiefähigkeit zu stärken und das Unbehagen gegenüber „fremden“ gesellschaftlichen Gruppen (Intergruppenangst) abzubauen. Dazu sind – ganz im Sinne der sog. Kontakthypothese – Begegnungen und das persönliche Kennenlernen notwendig oder in den Worten einer Studienteilnehmerin: „Was man kennt, fürchtet man nicht.“ Der Ort für diese Begegnungen ist die Nachbarschaft, denn wie das Vielfaltsbarometer zeigt, ist hier die Bereitschaft am größten, sich mit Menschen auseinanderzusetzen, die anders sind als man selbst. Die Zivilgesellschaft kann es sich zur Aufgabe machen, solche Begegnungen zu initiieren. Nicht weniger bedeutend aber ist die Rolle von Politik und Medien, die durch ihre Art der Kommunikation den Grundton legen, wie über gesellschaftliche Vielfalt in Deutschland gesprochen wird.

Nun ist es grundsätzlich ein ehrenvolles Ziel, Menschen zusammenzubringen, um im Austausch Vertrauen auf- und Vorurteile abzubauen. Zur Realität gehört aber auch, dass es gesellschaftliche Gruppen gibt, deren Vorbehalte gegenüber „dem anderen“ größer sind und damit die Bereitschaft zur Auseinandersetzung geringer. Das sind zum einen Ältere (v. a. Männer), die geprägt wurden in Zeiten, als bspw. Homosexualität noch strafbar, die Geschlechterrollen eindeutiger definiert und (zumindest in Westdeutschland) ein christlich geprägtes Weltbild die Norm war. Eine zweite bedenkenswerte Gruppe sind diejenigen, die selbst das Gefühl haben, von der Globalisierung weniger zu profitieren oder gar unter den neuen Bedingungen benachteiligt zu sein. Diesen Gruppen sollten von Politik und Gesellschaft Angebote gemacht werden, durch die sie sich ernst und mitgenommen fühlen – und nicht als Relikte oder Zurückgelassene in einer neuen Welt. So wichtig also die Anerkennung von Vielfalt ist, so wichtig ist es daneben, unterschiedliche Prägungen und Identitäten zu berücksichtigen. Beispielsweise scheint es mit Blick auf die deutlichen West-Ost-Unterschiede notwendig, anzuerkennen, dass schon biografisch bedingt der Blick auf Vielfalt und unterschiedliche Gruppen in Ostdeutschland ein anderer ist. Das gilt insbesondere für den Umgang mit religiös geprägten Menschen und religiöser Vielfalt. Die weitgehende Abwesenheit jedweder Religiosität scheint ein wichtiger Grund für die hohe Ablehnung von religiöser Vielfalt v. a. im Osten zu sein. Auch wenn durch die mediale Berichterstattung und darauf aufbauende gesellschaftliche Diskurse die Auseinandersetzung mit dem Islam in den Fokus rückt, so ist das ein zu enges Bild. Im Vielfaltsbarometer wurde die Dimension Religion so breit abgefragt, dass aus der geringen Zustimmung zu religiöser Vielfalt vielmehr eine generelle Skepsis gegenüber allem Religiösen herauszulesen ist.

Über die Studie „Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung“

Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung ist eine repräsentative Befragung zum Thema „Gesellschaftliche Vielfalt und Zusammenhalt“. Es liefert Daten über die Meinungen der Befragten zu unterschiedlichen Vielfaltsdimensionen wie Lebensalter, Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft, Religion und sozioökonomischer Schwäche. Dieses breite Verständnis von Vielfalt ist ein Alleinstellungsmerkmal der Studie, denn in anderen Forschungsvorhaben werden unter Vielfalt in der Regel lediglich ethnische und kulturell-religiöse Unterschiede gefasst. Die erhobenen Daten des Vielfaltsbarometers werden in einem sog. Vielfaltsgesamtindex gebündelt und geben Auskunft über den Grad der Akzeptanz von Vielfalt auf Bundes- und Länderebene. Die getroffenen Aussagen werden mit einer Abfrage zu Persönlichkeitsmerkmalen und mit vorhandenen soziodemografischen und sozioökonomischen Daten in Beziehung gesetzt, um Aussagen darüber treffen zu können, welche individuellen und strukturellen Faktoren die Akzeptanz von Vielfalt stärken. Darüber hinaus wird der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und zunehmender Vielfalt beleuchtet.

Die Studie wurde 2018 erstmals durchgeführt. Dafür wurden von Mai bis Juli 2018 bundesweit 3.025 Personen ab 16 Jahren telefonisch zu ihren Meinungen und ihrem Verhalten gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befragt. Die Datenerhebung erfolgte durch infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft aus Bonn, die wissenschaftliche Begleitung des Vorhabens übernahm die Jacobs University Bremen. Die Ergebnisse wurden im Frühjahr 2019 als Vielfaltsbarometer 2019 veröffentlicht.

Vielfalt ist ein Faktum unserer Gesellschaft. Gleichzeitig beruht der öffentliche Diskurs über die Bedeutung von zunehmender Vielfalt für gesellschaftliche Prozesse und den sozialen Zusammenhalt zumeist auf Mutmaßungen. Ziel dieses Projekts der Robert Bosch Stiftung ist es daher, die Diskussion über den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft zu versachlichen und einen datenbasierten Debattenbeitrag zu leisten.

Key findings in brief

Germany is a diverse country, a fact that offers opportunities for future development in a globalized world, but also poses challenges for the social coexistence of people. The majority of Germans tend to regard increasing diversity as an asset rather than a danger, and the acceptance of social diversity in Germany is well developed. At the same time, acceptance of diversity varies widely depending on the region and the dimension of diversity. While acceptance of people with disabilities or another sexual orientation than one's own is high, religious diversity is far less accepted.

These are the findings of a representative study, "*Cohesion in Diversity: Diversity Barometer 2019 of Robert Bosch Stiftung*," for which 3,025 German residents aged 16 and older were interviewed by telephone about their opinions and attitudes toward various social groups.

Where and with regard to whom are people especially accepting of diversity?

According to the overall diversity index, which is based on a scale from 0 to 100, the mean value for the acceptance of diversity in Germany currently stands at 68 points, clearly in the positive range. At the same time, there is a noticeable west-east and north-south divide: The top five ranks are occupied by Hamburg (72 points), Schleswig-Holstein (71 points), Bremen (71 points), Berlin (71 points), and Lower Saxony (70 points), in other words, the three city-states and two large states in northern Germany. Next come the other states in what used to be West Germany. Bringing up the rear are the former East German states (excluding Berlin), with scores between 65 and 61 points.

In addition to regional differences, there are sometimes significant differences in the acceptance of individual dimensions of diversity. In Germany, acceptance of people with disabilities (83 points) and non-heterosexual orientation (77 points), for instance, but also of people with a different ethnic background (73 points) is high. A majority are still open to people of a different age (70 points), a different sex (69 points), and low socio-economic standing (58 points). Skepticism seems to be predominant solely with regard to religion and religious diversity (44 points). However, the findings suggest that, despite the current media focus, this result is not a rejection of "Muslims" alone; the low approval rating tends to indicate a general reservation against religious lifestyles and traditions.

When it comes to factors that can positively impact approval of a pluralistic society, individual and personal aspects are particularly important; these include empathy, (a rather left) political leanings orientation, and a positive attitude toward globalization. Structural factors (economic strength, unemployment rate, etc.) in people's home region are of secondary importance, although regions with higher income disparities also show greater acceptance of diversity. This finding suggests that the existence of a certain level of diversity is a basic prerequisite for having to learn and practice a constructive way of dealing with diversity in the first place.

Is there a link between acceptance of diversity and social cohesion?

It is known from cohesion research, such as Bertelsmann Stiftung's *Social Cohesion Radar*, that "acceptance of diversity" is one of nine dimensions that determine the quality of social cohesion within a society. Robert Bosch Stiftung's Diversity Barometer demonstrates that "acceptance of diversity" is the decisive factor in strengthening social cohesion, alongside trust in institutions and trust in other people.

The Diversity Barometer also shows clearly that high acceptance of diversity is desirable and necessary, as there is a positive association between acceptance of diversity and social cohesion. In other words, in places where acceptance of diversity is high, social cohesion is strong as well, and people are happier and more satisfied with their lives.

How can we strengthen acceptance of diversity?

A key finding of the Diversity Barometer is that acceptance of diversity is less a matter of structural conditions than of individual attitudes. It is therefore crucial to strengthen people's capacity for empathy and reduce uneasiness toward 'foreign' social groups (intergroup anxiety). Just as contact theory suggests, this requires personal encounters and getting to know each other – or, as a participant in the study put it: "You don't fear what you know." The place for these encounters is the neighborhood because, as the Diversity Barometer shows, this is where people are most willing to deal with others who are different. Civil society can make it its task to initiate such encounters. No less important, however, is the role of politics and the media, whose communication styles lay the foundation for how we speak about social diversity in Germany.

Generally speaking, it is of course an honorable goal to bring people together in order to build trust and break down prejudices. But we cannot ignore the fact that there are social groups who have greater reservations about 'others' and are therefore less willing to interact with them. These include primarily older people (especially men) who grew up in a time when homosexuality, for example, was still illegal, gender roles were more clearly defined, and (at least in West Germany) a Christian world view was the norm. A second group that must be considered in this context is those who feel that they benefit less from globalization or even suffer negative consequences from the new order. Politics and society should make these groups offers that take them seriously and bring them fully on board – and not as dinosaurs or die-hard traditionalists in a new world.

As important as the recognition of diversity is, it is also important to take into account different upbringings and identities. For instance, in view of the noticeable differences between west and east, it seems necessary to recognize that the view of diversity and different groups in East Germany is naturally different for merely historical reasons. This applies in particular to religious people and religious diversity. The general absence of religious faith in former East Germany seems to be one of the main reasons for the particularly high rejection of religious diversity in the east. Even though the media coverage, and the social discourse based on it, focus the debate on Islam, this is too narrow a view. The Diversity Barometer surveyed people on the dimension of religion in such a broad manner that one can clearly read a general skepticism toward anything religious into the low approval rates for religious diversity.

About the study “Cohesion in Diversity: Diversity Barometer 2019 of Robert Bosch Stiftung”

The *Diversity Barometer 2019 of Robert Bosch Stiftung* is a representative survey on the topic of social diversity and cohesion. It provides data on respondents' attitudes to different dimensions of diversity, such as age, gender, disability, sexual orientation, ethnic origin, religion, and low socio-economic standing. This broad understanding of diversity makes the study unique, as other research projects tend to define diversity only as ethnic and cultural-religious differences. The collected data of the Diversity Barometer are pooled in an 'overall diversity index' that provides information on the degree of acceptance of diversity at the federal level and that of the federal states. Respondents' answers were brought together with queried personal characteristics and existing socio-demographic and socio-economic data in order to make statements as to which individual and structural factors strengthen the acceptance of diversity. The study also highlights the association between social cohesion and increasing diversity.

The study was conducted for the first time in 2018. Between May and July 2018, 3,025 German residents aged 16 and older were interviewed by telephone about their opinions and attitudes toward various social groups. The data were collected by the infas Institute for Applied Social Sciences in Bonn. Jacobs University Bremen provided scientific support to the project. The findings were published in the spring of 2019 under the title of *Diversity Barometer 2019*.

Diversity is a fact of our society. At the same time, the public discourse about the significance of increasing diversity for social processes and social cohesion is mostly based on conjecture. This project of the Robert Bosch Stiftung therefore aims to de-emotionalize the debate on speculations in a diverse society and make a data-based contribution to the discussion.

1. Vielfalt und Zusammenhalt

1.1 Akzeptanz von Vielfalt als integraler Bestandteil von starkem gesellschaftlichem Zusammenhalt

Im Fokus der vorliegenden Studie stehen die Einstellungen und das Verhalten der Menschen im Angesicht zunehmender Vielfältigkeit in unserer Gesellschaft. Es geht um die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland. Laut dem Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung ist Akzeptanz von Vielfalt ein zentraler Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Bertelsmann Stiftung, 2016): Zusammenhalt ist immer dort höher, wo Menschen vielfältige Lebensweisen akzeptieren. Im aktuellsten Bundesländer-Vergleich (Bertelsmann Stiftung, 2017) ist dieser Baustein von Zusammenhalt sogar der wichtigste unter insgesamt neun Aspekten (s. u.), und zwar sowohl deutschlandweit als auch je Bundesland.

Das in den Radar-Studien eingesetzte multidimensionale Messkonzept von sozialem Zusammenhalt ist in Abbildung 1 dargestellt. Demnach ist eine kohäsive Gesellschaft durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet (Bertelsmann Stiftung, 2013). Im Einzelnen wird die Stärke oder Schwäche des gesellschaftlichen Zusammenhalts über die drei genannten Bereiche erfasst, die jeweils in drei Dimensionen gemessen werden. Der Bereich soziale Beziehungen spricht neben der Akzeptanz von Diversität die Intaktheit sozialer Netze und das generelle Vertrauen in die Mitmenschen an. Der Bereich Verbundenheit erfasst das Ausmaß der Identifikation mit dem jeweiligen Gemeinwesen, das Vertrauen in dessen Institutionen und das subjektive Erleben gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Ob Menschen sich anderen gegenüber

solidarisch und hilfsbereit zeigen, grundlegende Regeln des Miteinanders befolgen und sich gesellschaftlich und politisch engagieren, wird im Bereich Gemeinwohlorientierung erfasst.

Klar belegt ist inzwischen (Dragolov et al., 2016; Bertelsmann Stiftung, 2016; Bertelsmann Stiftung, 2017), dass sich sozialer Zusammenhalt in einem Gemeinwesen positiv auf das subjektive Wohlbefinden und bezogen auf einige Indikatoren sogar auf die objektive Gesundheit der Bevölkerung auswirkt. Akzeptanz von Vielfalt als Teilkomponente des sozialen Zusammenhalts birgt also das Potenzial in sich, die Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Die hierdurch geschaffenen positiven sozialen Interaktionen stärken so gleichzeitig das Gemeinwesen. Andersherum erschweren mangelndes Vertrauen sowie fehlende Bindungen und Beziehungen die Entwicklung von zwischenmenschlichen Interaktionen und schwächen dadurch das Gemeinwesen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist unter diesen Voraussetzungen gefährdet, mindestens aber herausgefordert.

Festzuhalten ist hierbei jedoch, dass nicht Vielfalt an sich glücklich oder unglücklich macht, sondern der individuelle und gemeinschaftliche Umgang mit ihr. Es spielt für den sozialen Zusammenhalt eines Gemeinwesens somit nur eine untergeordnete Rolle, wie vielfältig die Lebenswelt Einzelner tatsächlich zusammengesetzt ist. Die Anteile von Migrantinnen und Migranten an der Wohnbevölkerung eines Staates ebenso wie eines kommunalen Nahbereichs sagen nur wenig über den dort herrschenden sozialen Zusammenhalt aus. Wichtiger ist vielmehr, wie mit Vielfalt umgegangen wird, wie Einzelne diesen Umgang gestalten und was Politik und Zivilgesellschaft tun können, um – gesamtgesellschaftlich ebenso wie in der alltäglichen Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger – die Akzeptanz von Vielfalt zu stärken, um dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen und indirekt die Lebenszufriedenheit aller zu erhöhen.



Abbildung 1: Gesellschaftlicher Zusammenhalt mit seinen neun Dimensionen in drei Bereichen (Bertelsmann Stiftung, 2017)

Was die verschiedenen Radar-Studien jedoch nicht zufriedenstellend beantworten, ist

- wie es zu nachhaltiger Akzeptanz von Vielfalt kommt,
- welche Facetten von Vielfalt in der Bevölkerung überhaupt wahrgenommen und
- welche besonders akzeptiert oder auch abgelehnt werden.

Unklar ist ebenfalls,

- ob es strukturelle und individuelle Voraussetzungen für die Akzeptanz von Vielfalt gibt und
- wie wichtig die Akzeptanz von Vielfalt überhaupt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist.

All diesen Fragen gehen wir in der vorliegenden Studie nach, indem wir die Dimension „1.3 Akzeptanz von Diversität“ aus Abbildung 1 sozusagen groß ziehen und im Detail beleuchten. Dies soll nicht nur dabei helfen, den Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Umgang mit Vielfalt und sozialem Zusammenhalt besser zu durchdringen, sondern auch ganz grundsätzlich den Blick der Menschen in Deutschland auf Vielfalt zu verstehen. Dazu muss jedoch zunächst der Vielfaltsbegriff näher beleuchtet werden.

1.2 Vielfalt – Ein schwer zu fassendes Konstrukt

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion dominiert in der Regel das Thema Migration als Hauptmotor für das Wachstum von Vielfalt. Globale Wanderungsbewegungen führen in Deutschland zu einer Zunahme ethnischer und religiöser Diversität, die sich auch in größerer sprachlicher Vielfalt und einer sich verändernden Prävalenz von vorher nicht bekannten Sitten und Gebräuchen niederschlägt. Doch die seit dem Ende des Kalten Krieges und vermehrt noch einmal seit Beginn des neuen Millenniums angewachsenen Migrationen (Tessmer, 1994; Veser, 2015) stellen nicht die einzigen Quellen wachsender Vielfalt dar. Bezogen etwa auf religiöse Orientierungen spielen mittel- und langfristige Tendenzen der Säkularisierung eine große Rolle. Gab es in Deutschland über viele Jahrhunderte ausschließlich den Antagonismus zwischen Katholizismus und Protestantismus, so zeigte etwa eine Umfrage aus dem Jahr 2012, dass nicht nur ein Zuwachs der Anteile nichtchristlicher Religionen in Deutschland zu konstatieren ist, sondern dass insgesamt knapp ein Viertel (in Ostdeutschland sogar knapp zwei Drittel) der Bevölkerung nicht „an Gott glauben und dies auch früher nie getan haben“ (Statistica, 2017). Auch hier manifestiert sich die Diversifikation von religiösen Orientierungen nachdrücklich.

Zudem konstatiert die Soziologie seit Langem eine „Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen“ (Huinink & Wagner, 1998). Einzelne Teilgruppen der Gesellschaft fordern sehr viel selbstbewusster als zu früheren Zeiten ihre Rechte ein; die LGBTTIQ*-Community zählt ebenso dazu wie die Gruppe der Menschen mit Behinderungen. Gender-Mainstreaming wie auch der demografische Wandel und die höhere Lebenserwartung bei gleichzeitig über längere Zeit sinkender Geburtenrate leisten einen weiteren Beitrag zu einer sich wandelnden Gesellschaft: Männer übernehmen vermehrt neue Rollen (Boehnke, 2012; Dosch, 2016); Kinderlosigkeit wird zu einem relevanten Lebensentwurf insbesondere für Akademikerinnen (Boehnke, 2010). Soziale Klassen und Schichten, ja sogar bis vor Kurzem noch fest gefügt erscheinende Milieus verlieren ihre Prägekraft für konkrete Lebensweisen von Menschen in Deutschland (Wiesendahl, 2017). Die Einkommensungleichheit, viel eindeutiger aber noch die Vermögensungleichheit ist im letzten Vierteljahrhundert ebenfalls deutlich angestiegen (Grabka & Westermeier, 2014).

Die zunehmende Vielfalt in Deutschland lässt sich also nicht nur auf Migrationsbewegungen zurückführen, sondern umfasst weitgreifende Veränderungen in der Gesellschaft. Worum es geht, wenn man von Vielfalt spricht, ist deshalb nicht immer sofort eindeutig zu beantworten. Somit ist es auch nicht verwunderlich, dass gut ein Viertel der Befragten in unserer Studie spontan angab, den Begriff „Vielfalt“ bisher nicht mit Bezug auf unsere Gesellschaft gehört zu haben (vgl. Abbildung 2). Betrachtet man die Antworten auf Bundesländerebene, haben die Menschen in Sachsen-Anhalt (62 Prozent), Brandenburg (63 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (64 Prozent) den Begriff „Vielfalt“ mit Bezug auf unserer Gesellschaft am seltensten gehört. Auch in Niedersachsen sind es nur 67 Prozent, die Vielfalt mit unserer Gesellschaft in Zusammenhang bringen. Am geläufigsten ist der Begriff in Sachsen. Hier war Vielfalt 80 Prozent der Befragten mit Bezug auf die Gesellschaft ein bekannter Begriff, gefolgt von Berlin (78 Prozent) und dem Saarland (77 Prozent). Eine Erläuterung zu den Kurzbezeichnungen der Bundesländer in Abbildung 2 ist auf Seite 107 abgedruckt.

Da der Vielfaltsbegriff selbst „ein vielfältiges Ding“ – mit anderen Worten: facettenreich – ist, verwundert es kaum, dass je nach Bundesland zwischen 19 und 38 Prozent der Befragten in unserer Studie „Vielfalt“ als Sammelbegriff nicht als ein gesellschaftsrelevantes Thema betrachten. Wahrscheinlicher ist, dass für die Menschen einzelne Aspekte von Vielfalt von großer Bedeutung sind und sich ihre Einstellungen den einzelnen Facetten gegenüber unterscheiden. Im folgenden Abschnitt gehen wir näher auf den dieser Studie zugrundeliegenden Vielfaltsbegriff ein und erläutern, welche Aspekte dieses mehrdimensionalen Konstrukts wir als zentral erachten und wie wir sie messen.

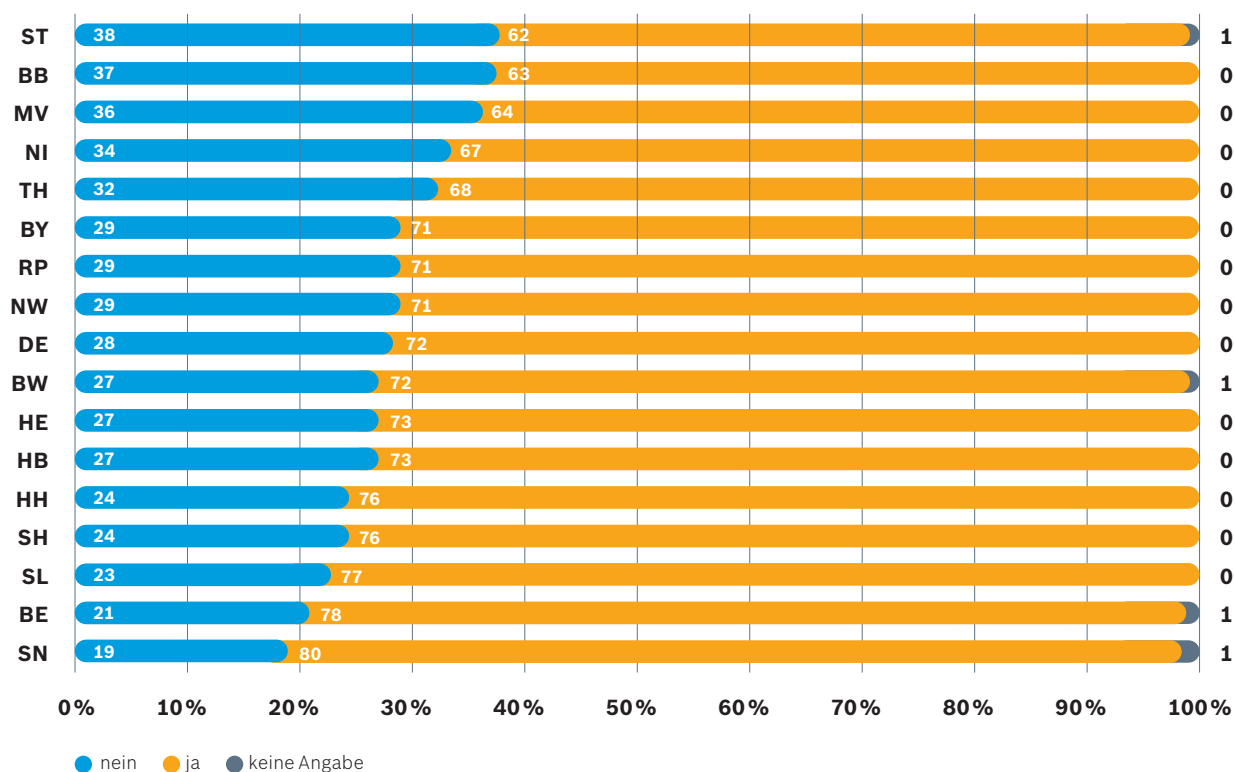


Abbildung 2: Verteilung der Antworten auf die Frage: „In letzter Zeit hört man immer öfter den Begriff ‚Vielfalt‘ mit Bezug auf unsere Gesellschaft. Haben Sie in diesem Zusammenhang von diesem Begriff gehört?“

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antwort auf die Frage: „In letzter Zeit hört man immer öfter den Begriff ‚Vielfalt‘ mit Bezug auf unsere Gesellschaft. Haben Sie in diesem Zusammenhang von diesem Begriff gehört?“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.3 Unser Ziel – Die Vielfältigkeit von Vielfalt messbar machen

Was bedeutet Vielfalt nun eigentlich? Wie bereits in Kapitel 1.2 erläutert, wird die öffentliche Diskussion in der Regel vom Thema Migration angetrieben, die zu einer Zunahme ethnischer, sprachlicher und religiöser Diversität führt. Beobachten lässt sich außerdem, dass sich Sitten, Gebräuche, Geschlechtsrollen bzw. -identitäten kontinuierlich verändern. Außerdem treten immer mehr Teilgruppen der Bevölkerung ins Bewusstsein der Gesellschaft; hierzu gehören ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und verschiedener sozialer Schichten sowie die LGBTQ*-Community. Im Zentrum des Forschungsinteresses der vorliegenden Studie steht, wie die Menschen in Deutschland mit dieser zunehmenden (wahrgenommenen) Vielfalt umgehen. Es soll detailliert erfasst werden, wie Menschen zu unterschiedlichen Gruppen stehen: Nur wenn die Einstellung gegenüber einzelnen Teilgruppen in der Gesellschaft bekannt ist, ist es möglich, dort Akzeptanz zu fördern, wo dies nötig ist, um dadurch letztlich auch den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens zu stärken. Hierzu muss jedoch zunächst festgelegt werden, welche Aspekte von Vielfalt zentral in unserer Gesellschaft sind. Wie Wissenschaft und Praxis hierbei zusammenspielen, erläutern wir im folgenden Abschnitt.

1.3.1 Bedeutsamkeit unterschiedlicher Dimensionen von Vielfalt

In der Psychologie wird der Umgang mit unterschiedlichen Aspekten von Vielfalt besonders intensiv in der Vorurteilsforschung untersucht. Allerdings beschränken sich empirische Studien häufig auf einige wenige Vielfaltsdimensionen, nämlich ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Geschlecht (mit einem klaren Fokus auf Frauen) sowie in jüngerer Zeit Behinderung (McFarland & Adelson, 1996; Ekehammar & Akrami, 2003; Bäckström, 2007). Obwohl sie sehr unterschiedliche Aspekte von Vielfalt darstellen, ist all diesen Gruppen gemeinsam, dass ihre Charakteristika relativ unveränderbar sind. So kann man z. B. weder eine andere ethnische Herkunft annehmen noch das – biologische – Geschlecht auf einfache Weise verändern.

Die wissenschaftliche Schwerpunktsetzung ist nicht überraschend, denn diese „klassischen“ Vielfaltsgruppen haben eine große Sichtbarkeit in der Gesellschaft, zum einen weil sie bereits gesetzlich gegen Diskriminierung geschützt sind und zum anderen weil sich – wie z. B. im Fall der sexuellen Orientierung – in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt

soziale Bewegungen öffentlich für die Rechte dieser Gruppen einsetzen. Trotz aller Bemühungen bleiben Mitglieder dieser Teilgruppen der Gesellschaft jedoch Zielscheiben für Vorurteile und Anfeindungen und sind damit der Gefahr, benachteiligt zu werden, ausgesetzt. Auch für die vorliegende Studie sind ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Geschlecht und Behinderung deshalb zentrale Dimensionen für die Untersuchung der Akzeptanz von Diversität.

Im Gegensatz zu der in weiten Teilen recht engen Betrachtung von Vielfalt sind in Politik und Wirtschaft in den vergangenen Jahren Konzepte von Diversität entstanden, die deutlich breiter angelegt sind und damit aufgreifen, dass weitere Facetten von Unterschiedlichkeit bedeutsam im alltäglichen Umgang miteinander sein können.

Ein aktuelles, dem gesellschaftspolitischen Kontext entstammendes Beispiel für die Betrachtung von Vielfalt finden wir im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (§ 1 AGG): „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen“ (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 2013). Damit kommen Religion und Alter als weitere Vielfaltsdimensionen in Betracht.

Darüber hinaus hat sich ein großes, praxisorientiertes Feld rund um das Thema Vielfalt und Diversity-Management entwickelt. Besonders hervorzuheben ist hier die Charta der Vielfalt, eine Arbeitgeberinitiative, die sich für die Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt einsetzt. Bereits 2006 gegründet, steht der Verein seit 2011 unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Knapp 3.000 Unternehmen und Institutionen haben sich verpflichtet, ein vorurteilsfreies, wertschätzendes Arbeitsumfeld für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen (Charta der Vielfalt, 2018).

Das der Charta zugrundeliegende Modell fasst den Vielfaltsbegriff noch einmal deutlich weiter. Es basiert auf dem sogenannten Diversity Wheel, dem „Vielfaltsrad“ von Loden und Rosener (1991). Im Zentrum steht die Persönlichkeit mit ihren individuellen Aspekten wie Emotionen, Einstellungen und Verhaltensmustern. Das ursprüngliche Modell schlägt zwei Ebenen von Vielfaltsdimensionen vor, auf denen Menschen sich unterscheiden können.



Abbildung 3: Modell der 4 Layers of Diversity nach Gardenswartz und Rowe (2003) adaptiert vom Diversity Wheel nach Loden und Rosener (1991).

Die internen Dimensionen beziehen sich auf Eigenschaften, die relativ schwer veränderbar sind und mit Ausnahme der Dimension Alter über unser Leben hinweg mehr oder minder konstant¹ bleiben. Alle hierzu zählenden Facetten haben wir bereits weiter oben als zentral für die Untersuchung der Akzeptanz von Vielfalt identifiziert, nämlich Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung (genannt „physische Fähigkeiten“), ethnische Herkunft (setzt sich zusammen aus ethnischer Zugehörigkeit und Hautfarbe) sowie Alter.

Die externen Dimensionen werden als weniger festgelegt und damit grundsätzlich veränderbar definiert. Die Autoren zählen neben Religion und Einkommen z. B. auch Ausbildung, Berufserfahrung, Freizeitverhalten und Gewohnheiten dazu. Obwohl dieses Modell in der wissenschaftlichen Literatur bisher kaum einen Niederschlag gefunden hat und damit auch nicht systematisch empirisch überprüft wurde, ist seine intuitive Struktur und die weite Definition von Vielfalt besonders ansprechend für den angewandten Kontext. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass es sich im Bereich Arbeit und Organisation großer Beliebtheit erfreut und für dieses Feld sogar um eine vierte organisationale Dimension erweitert wurde (Gardenswartz & Rowe, 2003), die für unsere Zwecke jedoch zu vernachlässigen ist. Abbildung 3 veranschaulicht das erweiterte Modell, das in etwas abgewandelter Form auch der Charta der Vielfalt zugrunde liegt.

1.3.2 Auswahl relevanter Dimensionen von Vielfalt

Um eine wissenschaftlich fundierte und gleichzeitig praxisorientierte Messung der Akzeptanz von Vielfalt zu ermöglichen, ist es notwendig, Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zu bündeln, denn unseres Wissens nach gibt es bisher kein Instrument, das den Facettenreichtum von Vielfalt nach wissenschaftlichen Standards adäquat misst. In der Regel werden Messinstrumente entwickelt, die sich auf eine bestimmte Facette von Vielfalt (z. B. Behinderung oder sexuelle Orientierung) konzentrieren. Die wenigen mehrdimensionalen Skalen sind lückenhaft und erfassen die jeweiligen Facetten häufig mit nur einer einzigen Frage. Dies ist zum Teil auch bei der Messung der Akzeptanz von Vielfalt im Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung der Fall. In der jüngsten Erhebung aus dem Jahr 2017 wurde die Akzeptanz von Vielfalt über fünf Items² erfasst.

Die Befragten sollten angeben, ob sie Menschen mit einem ganz anderen Lebensstil, anderen Religionen, Ausländer bzw. Migranten oder Homosexuelle ungern als Nachbarn hätten. Darüber hinaus wurde ebenfalls allgemein gefragt, ob die zunehmende Vielfalt in Deutschland als Bedrohung oder als Bereicherung erlebt wird. Diese Vorgehensweise ist für die zitierte Studie völlig in Ordnung, weil Vielfalt als eine von neun Dimensionen von Zusammenhalt gemessen wurde. Ziel der hier vorgelegten Studie ist es jedoch, die in der Gesellschaft relevanten Aspekte von Vielfalt differenziert aufzugreifen. Deshalb musste ein neuer Index entwickelt werden, der die Akzeptanz von Vielfalt mit möglichst all ihren Facetten ganzheitlich abbildet. Gegenüber bisherigen Untersuchungen musste das Instrumentarium zur Erfassung der Akzeptanz von Vielfalt aus diesem Grund deutlich erweitert werden. Modelle wie das Diversity Wheel und der Ansatz der Charta der Vielfalt waren deshalb hilfreich für uns, um relevante Vielfaltsgruppen zu identifizieren. Diese Informationen haben unsere wissenschaftliche Recherche ergänzt und bildeten die Grundlage für die Diskussion mit Expertinnen und Experten zum Themenbereich Vielfalt.

Auf der Basis der zusammengestellten Items zu den einbezogenen Vielfaltsdimensionen haben wir einen umfangreichen Pretest durchgeführt und konnten schließlich sieben Vielfaltsdimensionen identifizieren, die besonders zentral für das Leben der Menschen in Deutschland sind, nämlich: Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Religion und sozioökonomische Schwäche. Im Folgenden stellen wir diese sieben Dimensionen und ihre Indikatoren vor. Hierzu nutzen wir die Ergebnisse der Befragungsstudie. Zum einen geben wir einen Überblick über die Verteilung der Antworten zu den einzelnen Indikatoren für Deutschland als Ganzes. Zum anderen veranschaulichen wir jede Vielfaltsdimension anhand der Verteilung der Antworten eines Indikators auf Ebene der Bundesländer.

¹ Auch Alter bleibt, erfasst etwa als Geburtsjahrgang, natürlich für jeden Menschen ebenfalls konstant. Niemand kann sein Alter wählen oder es verändern. Alter stellt aber anders als etwa das Geschlecht ein Attribut (eine Variable) dar, das sich im Unterschied zu den anderen genannten Attributen „von allein“ verändert.

² Den Begriff „Items“ nutzen die Sozialwissenschaften, wenn sie Fragen in einem Fragebogen meinen.

1.4 Die untersuchten Vielfaltsdimensionen in dieser Studie

1.4.1 Lebensalter

Welche dramatischen Konsequenzen der demografische Wandel für Deutschland haben wird, ist seit Langem bekannt. Langfristig wird unsere Gesellschaft nicht nur altern, sondern auch schrumpfen. Zu diesem Ergebnis kam auch die jüngste Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (2015). Laut dieser Studie wird besonders der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter stetig abnehmen. Zudem wird prognostiziert, dass im Jahr 2060 nur noch 16 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre alt sein werden. „Bereits jeder Dritte (32 bis 33 Prozent) wird mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden fast doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden“ (Statistisches Bundesamt, 2015, S. 6). Kurz gefasst nimmt die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland stetig zu und die konstant niedrigen Geburtenraten können die Zahl der Sterbenden nicht kompensieren. Es ist davon auszugehen, dass auch der ungewöhnlich große Zuwachs an Zuwanderung in den vergangenen Jahren diesen Trend nicht völlig aufhalten oder gar umkehren kann, zumal dieser bereits wieder abflacht (Statistisches Bundesamt, 2018).

Diese Situation stellt nicht nur den Arbeitsmarkt und den Wohlfahrtsstaat vor große Herausforderungen. Da sich heute mehr Generationen aktiv in die Gesellschaft einbringen als noch vor 50 Jahren, gilt es im täglichen Zusammenleben, die Bedürfnisse und Prioritäten aller Altersgruppen zu berücksichtigen. Hierzu gehören auch unterschiedliche Werte, Lebensgewohnheiten und Einstellungen, die Jung und Alt vertreten.

Die Dimension Lebensalter erfasst deshalb, inwiefern Menschen die Lebensweisen von anderen Altersgruppen als ihrer eigenen akzeptieren. In unserer Untersuchung haben uns die Befragten z. B. Auskunft darüber gegeben, ob sie mit Menschen, die deutlich älter oder jünger sind als sie selbst, gut zurechtkommen oder ob sie sich vorstellen können, in einem Mehrgenerationenhaushalt zu leben. Alle Fragen, die wir als Indikatoren für die Messung der Dimension Lebensalter genutzt haben, sind in Tabelle 1 aufgeführt. Angegeben ist dort auch eine Übersicht über die Verteilung der Antworten über die Gesamtstichprobe. Die Ergebnisse zeigen, dass nur 16 Prozent der Befragten nicht so gut mit Menschen zurechtkommen, die deutlich älter oder jünger sind als sie selbst, aber für gut ein Viertel (28 Prozent) das Leben in einem Mehrgenerationenhaushalt nicht infrage kommt. Abbildung 4 veranschaulicht allerdings, dass die Ergebnisse zu dieser Frage auf Bundesländerebene weit auseinandergehen. Während im Saarland nur 16 Prozent der Befragten das Leben in einem Mehrgenerationenhaushalt ablehnen, sind es in Sachsen-Anhalt 42 Prozent. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf einen grundsätzlichen Einstellungsunterschied zwischen West und Ost hin, denn bei allen neuen Bundesländern sind die Ablehnungsraten mit mindestens 32 Prozent im bundesweiten Vergleich am höchsten.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
Mit Menschen, die deutlich älter oder deutlich jünger sind als ich, komme ich nicht so gut klar.	68%	16%	8%	8%
In einem Mehrgenerationenhaushalt – also einem Haushalt, in dem mehr als zwei Generationen einer Familie oder verschiedener Familien miteinander leben – möchte ich auf keinen Fall leben.	50%	20%	13%	15%
Wer alt ist, ist alt und soll nicht immer so tun, als wäre er noch jung.	32%	27%	22%	17%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension Lebensalter für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 1: Indikatoren der Vielfaltsdimension Lebensalter

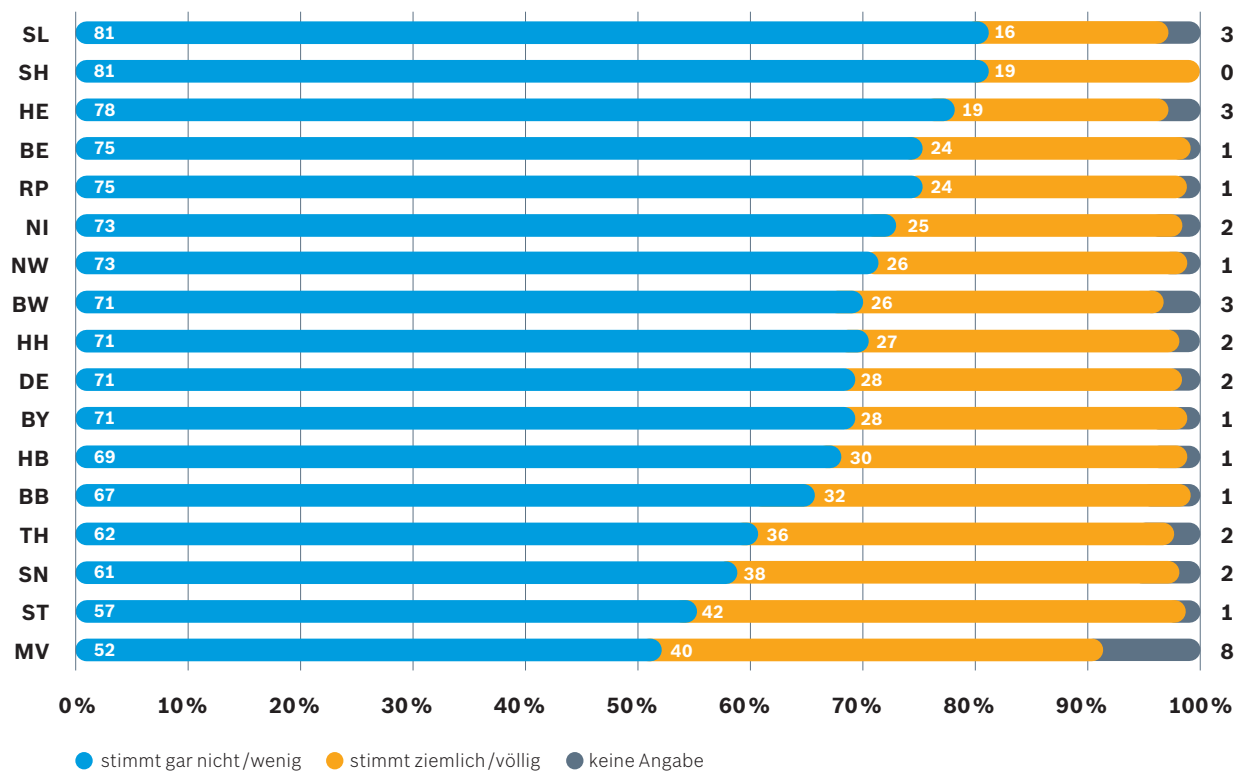


Abbildung 4: Verteilung der Antworten zu der Aussage, auf keinen Fall in einem Mehrgenerationenhaushalt wohnen zu wollen

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „In einem Mehrgenerationenhaushalt – also einem Haushalt, in dem mehr als zwei Generationen einer Familie oder verschiedener Familien miteinander leben – möchte ich auf keinen Fall leben“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.4.2 Behinderung

Im Grundgesetz ist festgelegt, dass niemand aufgrund seiner Behinderung in Deutschland benachteiligt werden darf (Art. 3 Abs. 3 Satz 2). Um dieses Benachteiligungsverbot effektiv umzusetzen, gilt seit 2002 das Behindertengleichstellungsgesetz. Trotz dieser staatlichen Bemühungen sehen sich Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen im Alltag häufig mit Herausforderungen konfrontiert, die so unterschiedlich sein können wie ihre Behinderungen selbst. Dies liegt mitunter auch daran, dass behinderte Menschen häufig noch immer als eine „soziale Randgruppe [betrachtet werden, die] sozialpolitische Unterstützung, den Abbau von Barrieren und bürgerrechtliche Gleichstellung“ benötigen (Waldschmidt, 2006, S. 40). Obwohl all diese Forderungen berechtigt sind, wird eine Behinderung aus dieser Sichtweise heraus in erster Linie als Problem konzeptualisiert. Dabei macht unsere heutige Zeit deutlich, dass Behinderung vielmehr sozial konstruiert ist, dass also weniger die Art und Schwere der Beeinträchtigung entscheidend dafür ist, was wir unter Behinderung verstehen, sondern wie die Gesellschaft auf sie reagiert und mit ihr umgeht (Waldschmidt, 2006).

Veranschaulichen lässt sich dies anhand der Ergebnisse einer Schweizer Studie, die der Frage nachgegangen ist, wie sich aktuelle gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und technologische Veränderungen auf das Leben von Menschen mit Behinderung bis zum Jahr 2035 auswirken können (Hauser & Tenger, 2015). Die Autoren ziehen grundsätzlich eine positive Bilanz und kommen zu dem Schluss, dass der rasante medizinische Fortschritt sowie der demografische Wandel ein verändertes Verständnis von Behinderung nach sich ziehen. Bessere Diagnostik führt nicht nur zu einer Zunahme und Erweiterung von Behinderungsdiagnosen, z. B. im Bereich psychischer Erkrankungen. Eine frühzeitige Erkennung und verbesserte Rehabilitationstechnologien versprechen darüber hinaus auch bessere Heilungschancen, ausgeklügelte Hilfsmittel und somit eine höhere Lebenserwartung. Der Umgang mit behinderten Menschen wird zunehmend normaler, was jedoch auch mit einem Paradigmenwechsel auf politischer Ebene zu tun hat. Neben dem bereits erwähnten Behindertengleichstellungsgesetz, hat die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) als ein Hauptziel die integrative Förderung im Kindesalter formuliert. Jedes Kind soll nach seinen individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten optimal auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt gefördert werden.

Auf lange Sicht vereinfachen all diese Entwicklungen die gesellschaftliche Teilhabe vieler behinderter Menschen, führen aber auch zu gestiegenen Ansprüchen ans eigene Leben und Anforderungen, die von anderen – z. B. in der Berufswelt – gestellt werden. Im alltäglichen Zusammentreffen von behinderten und nicht behinderten Menschen gilt es deshalb nach wie vor, dass bestehende und sich neu entwickelnde Herausforderungen überwunden werden müssen.

In unserer Studie erfassen wir mit der Dimension Behinderung deshalb, inwiefern die Menschen in Deutschland unterschiedliche Aspekte dieses Themenbereichs akzeptieren oder ablehnen. Hierbei haben wir die Befragten gebeten, uns Auskunft darüber zu geben, ob sie die Forderungen von Behinderten als überzogen betrachten, wie sie zum Thema Inklusion in der Schule stehen und ob sie der Anblick von behinderten Menschen stört. Die vollständigen Fragen sowie die Ergebnisse für die Gesamtstichprobe sind in Tabelle 2 abgebildet. Die Ergebnisse weisen auf eine sehr hohe Akzeptanz von behinderten Menschen in der Gesellschaft hin. Während 88 Prozent der Befragten die Forderungen von Behinderten überhaupt nicht oder nur wenig überzogen finden, geben sogar 98 Prozent an, dass sie der Anblick behinderter Menschen wenig oder überhaupt nicht stört. Etwas anders verteilen sich die Antworten beim Thema Inklusion. Obwohl mit 73 Prozent zwar knapp drei Viertel der Befragten der Meinung sind, dass die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern normal entwickelte Kinder gar nicht oder nur wenig benachteiligt, sind deutschlandweit immerhin 24 Prozent der Befragten der Ansicht, dass dies durchaus der Fall ist. Vergleicht man die Ergebnisse auf der Ebene der Bundesländer, ergibt sich auch hier ein recht diverses Bild. Wie Abbildung 5 veranschaulicht, lassen sich keine regionalen Tendenzen ausmachen. Am positivsten sind die Menschen in Niedersachsen, Berlin, Hamburg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen dem Thema Inklusion gegenüber eingestellt. Hier liegen die Zustimmungsraten mit 78 bis 74 Prozent am höchsten und damit über dem deutschlandweiten Durchschnitt. Auf diese Bundesländer folgt ein breites Mittelfeld geografisch sehr unterschiedlich gelegener Länder: Baden-Württemberg, Hamburg, Schleswig-Holstein. Gerade in Bremen, dem Heimatland der Autorinnen und Autoren dieser Studie, ist es um die Akzeptanz der Inklusion schlecht bestellt, was vermutlich auf die derzeit durchaus „holprige“ Einführung schulischer Inklusion im Land Bremen zurückzuführen ist.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	60%	28%	5%	3%
Inklusion – also die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern – benachteiligt normal entwickelte Kinder.	44%	29%	13%	11%
Mich stört der Anblick von behinderten Menschen.	89%	9%	1%	0%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension Behinderung für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorie „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 2: Indikatoren der Vielfaltsdimension Behinderung

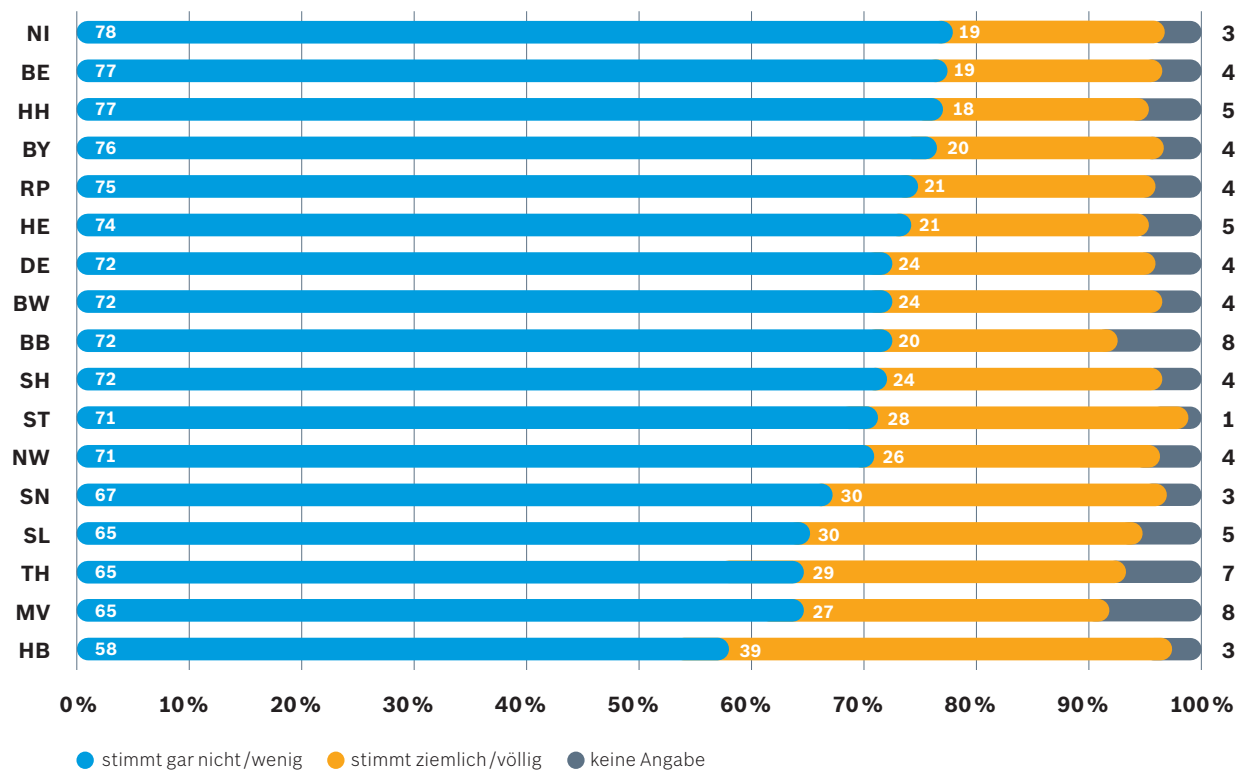


Abbildung 5: Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass Inklusion normal entwickelte Kinder benachteiligt

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „Inklusion – also die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern – benachteiligt normal entwickelte Kinder“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.4.3 Geschlecht

Das Geschlecht spielt in Fragen der Gleichstellung seit jeher eine große Rolle. Bis in die jüngste Zeit ging es hier im Wesentlichen um das Verhältnis von Männern und Frauen. Besonders der demografische Wandel und die höhere Lebenserwartung bei gleichzeitig über längere Zeit sinkenden Geburtenraten haben dazu geführt, dass Männer vermehrt neue Rollen übernehmen (Boehnke, 2012; Dosch, 2016), auch und besonders wenn es um Erziehung und Familie geht. Im Gegensatz dazu ist (bewusste) Kinderlosigkeit zu einem relativ weit verbreiteten Lebensentwurf insbesondere für Akademikerinnen geworden (Boehnke M., 2009). Auch wenn die Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nach wie vor zumeist männlich besetzt sind, wird angestrebt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Arbeitsmarkts vertreten sind. Hierbei geht es jedoch nicht unbedingt darum, dass ein bestimmter Prozentsatz an Führungspositionen mit Frauen besetzt, also eine sogenannte Frauenquote eingehalten wird. „Ziel ist vielmehr die Berücksichtigung geschlechter-spezifischer Werte, Verhaltensweisen, Umstände und Präferenzen“ (Charta der Vielfalt, 2018).

Neben diesem klassischen, eher biologisch geprägten Geschlechterbegriff messen wir ebenfalls der etwas jüngeren Diskussion um das soziale Geschlecht, das unter den Begriff „Gender“ fällt, eine hohe Bedeutung zu. Das soziale Geschlecht repräsentiert die soziale Rolle bzw. die Identität eines Menschen in Bezug auf sein Geschlecht und erfasst ebenfalls den Umgang der Gesellschaft damit. Die frühere Auffassung, dass das biologische Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) identisch seien, ist mittlerweile abgelöst: „Heute wird betont, dass Sex und Gender voneinander unabhängig sind. Zudem setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass auch das biologische Geschlecht nicht eindeutig sein muss. Erstens kann es also sein, dass das biologische Geschlecht unklar ist, und zweitens, selbst wenn es eindeutig sein sollte, muss sich ein ‚biologischer‘ Mann noch lange nicht als ‚sozialer‘ Mann verstehen“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2015). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass eine eindeutige Zuschreibung, was „männlich“ und was „weiblich“ ist oder sein soll, für das Individuum diskriminierend sein kann und der Gleichstellung der Geschlechter im Weg steht.

In unserer Studie erfassen wir die Dimension Geschlecht mit insgesamt vier Items. In Tabelle 3 sind die vollständigen Fragen sowie die Antwortverteilung für die Gesamtstichprobe aufgeführt. Demnach sprechen sich 31 Prozent der Befragten gegen die Frauenquote aus, genau ein Drittel gibt an, dass Frauen zu viel Aufhebens um das Thema sexuelle Belästigung machen und immerhin knapp ein Viertel (24 Prozent) glaubt, dass Frauen sich in einer Opferrolle sehr wohlfühlen. Betrachtet man die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Studienteilnehmenden, zeigt sich ein weiteres relevantes Detail: Frauen gehen mit Frauen etwas härter ins Gericht als Männer. Während 29 Prozent der Männer glauben, dass Frauen zu viel Aufhebens um das Thema sexuelle Belästigung machen, sind es unter den Frauen im deutschlandweiten Schnitt 36 Prozent. Auch bei der Einschätzung, dass Frauen sich in einer Opferrolle sehr wohlfühlen, zeigt sich diese Geschlechterdiskrepanz. Während nur 21 Prozent der Männer dieser Auffassung sind, sind es mit 6 Prozentpunkten mehr immerhin 27 Prozent der Frauen. Nur geringfügige Differenzen gibt es jedoch beim Thema Frauenquote und bei der Frage, ob ein Mann nur dann ein richtiger Mann ist, wenn er sich durchsetzt.

Bei diesem Item zeigt unsere Befragungsstudie jedoch deutliche Unterschiede auf Bundesländerebene auf. In Norddeutschland ist nur eine sehr kleine Minderheit der Meinung, dass ein Mann sich durchsetzen muss, weil er sonst kein richtiger Mann ist. In Bremen sind es mit gerade einmal sechs Prozent die allerwenigsten Menschen, dicht gefolgt von Schleswig-Holstein und Hamburg mit jeweils acht Prozent. Berlin, Sachsen und Niedersachsen gruppieren sich mit 14 bis 15 Prozent um den deutschlandweiten Durchschnitt. Deutlich höher ist die Zustimmung in Mittel- und Süddeutschland mit Zustimmungsraten von 16 Prozent in Baden-Württemberg, jeweils 17 Prozent in Rheinland-Pfalz und Bayern, sowie 21 Prozent in Hessen. Aber auch in Brandenburg glaubt knapp ein Fünftel der Befragten (19 Prozent), dass ein Mann nur dann ein richtiger Mann sei, wenn er in der Lage sei, sich durchzusetzen. Angeführt wird die Tabelle jedoch klar von Mecklenburg-Vorpommern, hier sind es mit 27 Prozent sogar gut ein Viertel der Befragten. Obwohl die Ergebnisse deutliche Unterschiede zwischen Nord- und Mittel- bzw. Süddeutschland aufzeigen, verteilen sich alle anderen Bundesländer nicht nach regionalen Mustern. Im Gegensatz zum Spitzenreiter Mecklenburg-Vorpommern liegen Sachsen-Anhalt und Thüringen z. B. im unteren Mittelfeld.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
Ich bin gegen die Frauenquote.	42 %	23 %	14 %	17 %
Frauen machen viel zu viel Aufhebens um das Thema sexuelle Belästigung.	33 %	31 %	20 %	13 %
Ein Mann muss sich durchsetzen, sonst ist er kein richtiger Mann.	61 %	24 %	9 %	6 %
Viele Frauen fühlen sich in der bzw. einer Opferrolle sehr wohl.	36 %	35 %	16 %	8 %

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension Geschlecht für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 3: Indikatoren der Vielfaltsdimension Geschlecht

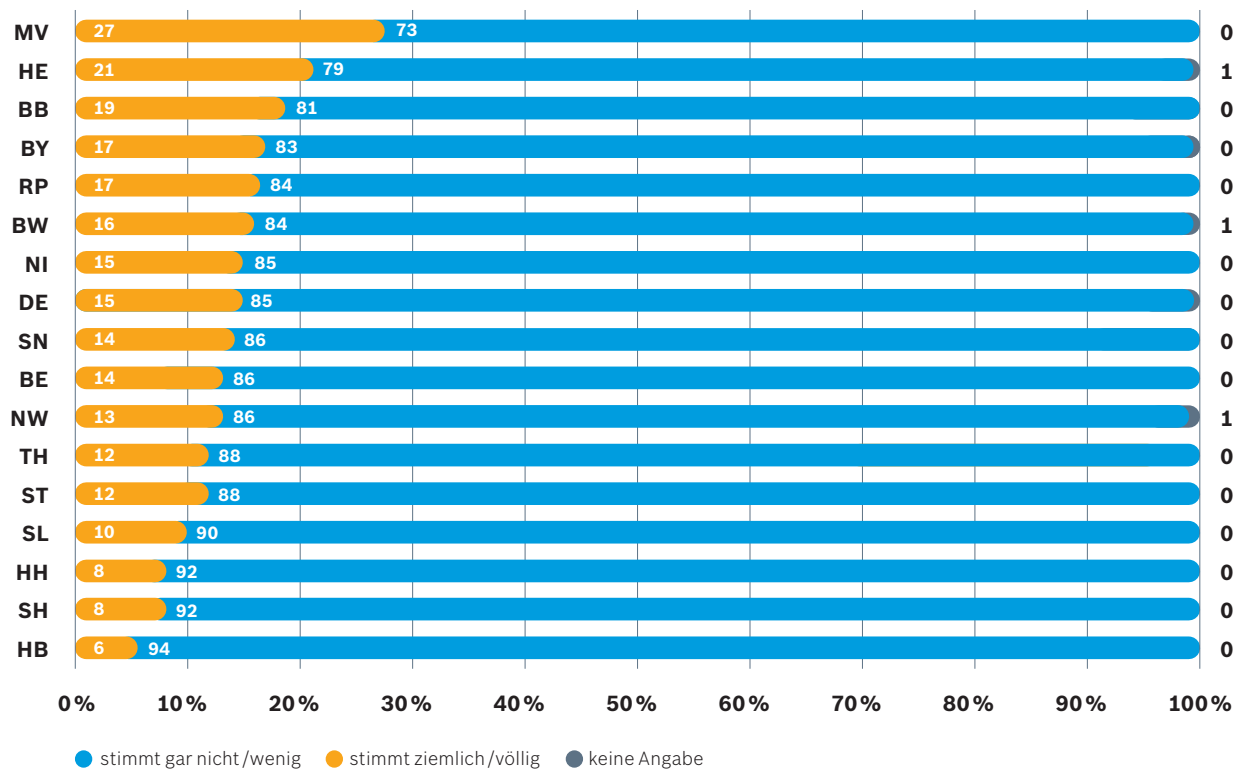


Abbildung 6: Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass ein Mann sich durchsetzen muss, weil er sonst kein richtiger Mann ist

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „Ein Mann muss sich durchsetzen, sonst ist er kein richtiger Mann.“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.4.4 Sexuelle Orientierung

Die sexuelle Orientierung einer Person ist für andere in der Regel nicht sichtbar. Zwar denken die meisten Menschen bei diesem Thema an die Unterscheidung zwischen hetero- und homosexuell, diese ist jedoch nach heutigem Verständnis eher eng gefasst. Unter dem Begriff LGBTTIQ*-Community werden Menschen zusammengefasst, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, intersexuell und/oder queer betrachten, wenn sie sich überhaupt einem dieser Begriffe zuordnen möchten. Gleichzeitig gibt das Kürzel LGBTTIQ* nicht nur Auskunft über die sexuelle Orientierung (also die Frage, wen man liebt), sondern auch über die sexuelle Identität (also die Frage, als was man sich versteht – z.B. als intersexuell).

Obwohl die Akzeptanz gegenüber Menschen jeglicher sexueller Orientierung in vielen Teilen der Welt stetig zunimmt (ILGA, 2017) und die Offenheit gegenüber anderen sexuellen Orientierungen als der heterosexuellen – also der Geschlechtsbeziehung zwischen Mann und Frau – auch in Deutschland seit vielen Jahrzehnten immer weiter wächst, haben gleichgeschlechtliche Paare erst seit dem 1. Oktober 2017 ein Recht auf Eheschließung. In den Niederlanden ist dies dagegen z.B. schon seit 2001 möglich. Zwar wurde das entsprechende Gesetz mit einer großen Mehrheit im Bundestag verabschiedet – SPD, Grüne und Linke stimmten geschlossen dafür –, jedoch gab es auch viele Gegenstimmen aus den Reihen von CDU und CSU. Auch Kanzlerin Angela Merkel sprach sich gegen die „Ehe für alle“ aus.

Um zu untersuchen, wie hoch die Akzeptanz in der Gesellschaft liegt, erfassen wir mit der Dimension sexuelle Orientierung eine weitere wichtige Facette von Vielfalt. Die jeweiligen Fragen sind in Tabelle 4 abgebildet. So wollten wir wissen, ob transsexuelle Menschen unter sich bleiben sollen und ob die Menschen in Deutschland der Meinung sind, dass es wider die Natur ist, das Geschlecht zu ändern. Außerdem haben wir die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, wie sie dazu stehen, dass Homosexuelle Kinder haben oder sich in der Öffentlichkeit küssen. Betrachtet man die Ergebnisse auf Bundesländerebene, wird deutlich, dass die Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen sexuellen Orientierungen sehr hoch ist, es allerdings auch eine größere Gruppe von Menschen gibt, die dieser Vielfaltsdimension kritisch gegenübersteht. Die große Mehrheit von 89 Prozent spricht sich dagegen aus, dass Transsexuelle unter sich bleiben sollen und immerhin knapp drei Viertel (74 Prozent) glauben nicht, dass es unnatürlich ist, das eigene Geschlecht zu ändern. Ähnlich ist auch die Einstellung gegenüber Homosexuellen. Jeweils etwa ein Fünftel der Befragten spricht sich gegen Kinder bei homosexuellen Paaren (21 Prozent) sowie das Küssen in der Öffentlichkeit (18 Prozent) aus.

In den einzelnen Bundesländern gehen die Einschätzungen zum Küssen in der Öffentlichkeit dagegen teilweise stark auseinander. Während in Norddeutschland und in allen Stadtstaaten die wenigsten Menschen damit ein Problem haben, ist die Ablehnungsrate in vielen ostdeutschen Bundesländern am höchsten. So liegen zwischen Schleswig-Holstein mit gerade einmal 9 Prozent und den Schlusslichtern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen knapp 20 Prozentpunkte Unterschied.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
Transsexuelle Menschen sollten unter sich bleiben.	74 %	15 %	4 %	7 %
Homosexuelle und eigene Kinder – das passt einfach nicht zusammen.	57 %	20 %	7 %	14 %
Das Geschlecht zu ändern ist wider die Natur.	54 %	20 %	8 %	15 %
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	62 %	19 %	8 %	10 %

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension sexuelle Orientierung für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 4: Indikatoren der Vielfaltsdimension sexuelle Orientierung

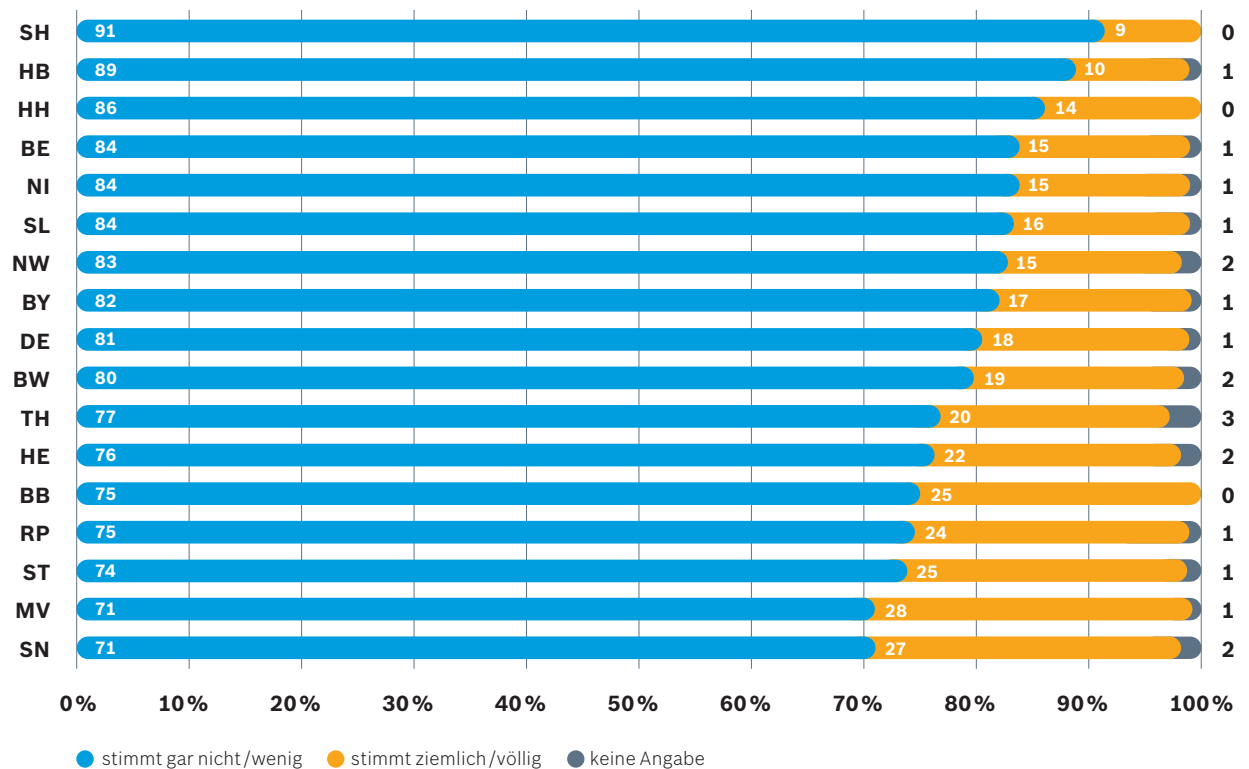


Abbildung 7: Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass es ekelhaft ist, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.4.5 Ethnische Herkunft

Obwohl sich die deutsche Gesellschaft durch zunehmende Vielfalt in vielen Lebensbereichen auszeichnet, wird in der Öffentlichkeit vor allem der Einfluss kontinuierlicher Einwanderung aus anderen Ländern und Kulturen kontrovers diskutiert. Die Zunahme von ethnischer Vielfalt bringt dabei auch den vermehrten Gebrauch fremder Sprachen mit sich sowie eine veränderte Häufigkeit des Vorkommens vorher nicht bekannter Sitten und Gebräuche. Nicht nur in der Öffentlichkeit werden Sorgen laut, dass diese Entwicklung negative Folgen für die Gesellschaft hat oder zukünftig haben wird. In Teilen der wissenschaftlichen Literatur wird ebenfalls argumentiert, dass zunehmende ethnische oder kulturelle Vielfalt zu einem Schwinden der gemeinsamen kulturellen Wertebasis beitragen kann (Green & Janmaat, 2011). Außerdem wird angenommen, dass die Kommunikation zwischen Mitgliedern der Gesellschaft bei steigender ethnischer Vielfalt erschwert wird, was wiederum negative Folgen für den Zusammenhalt haben kann (Dahrendorf, 2004). Der Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt konnte solche negativen Effekte von wachsender ethnischer Vielfalt auf die Gesellschaft in Deutschland jedoch weder in der Studie aus dem Jahr 2014 noch aus dem Jahr 2017 bestätigen. Vielmehr scheint es tatsächlich der Umgang der Menschen und der Gesellschaft als Ganzes mit der (wachsenden) ethnischen Vielfalt zu sein, der richtungsweisend für die Güte des Zusammenhalts ist. Anders ausgedrückt hat also nicht die ethnische Vielfalt an sich, sondern ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft insgesamt etwas damit zu tun, ob sie als Bedrohung oder als Bereicherung erlebt wird.

Aus diesem Grund erfassen wir mit der Dimension ethnische Herkunft, inwieweit die Befragten Menschen mit anderen ethnischen und kulturellen Wurzeln akzeptieren. Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Fragen, die als Indikatoren in die Messung der Dimension eingehen. Wir wollten z. B. wissen, ob die Befragten lieber nichts mit Ausländern zu tun haben wollen, wenn sie die Wahl hätten. Deutschlandweit trifft das jedoch nur auf eine Minderheit von 14 Prozent zu. Insgesamt sind darüber hinaus 64 Prozent der Befragten der Meinung, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, darin unterstützt werden sollten, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren, und sogar 83 Prozent sind überzeugt davon, dass sie immer etwas Neues lernen, wenn sie mit Menschen aus anderen Ländern zusammen sind.

Allerdings unterscheiden sich auch bei dieser Dimension die Antworten je nach Bundesland stark, wie Abbildung 8 in Bezug auf das Bewahren der kulturellen Wurzeln zeigt. Erneut zeigen sich die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen gemeinsam mit dem Saarland als besonders unterstützend. Hier sind jeweils über 70 Prozent der Befragten der Meinung, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, darin unterstützt werden sollten, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren. Dies mag damit zu tun haben, dass gerade in städtischen Ballungsgebieten die ethnische Vielfalt besonders groß ist und die Menschen den Umgang miteinander gewöhnt sind. Auch scheint das Vorhandensein von progressiven oder eben traditionellen Grundeinstellungen für die Zustimmung oder Ablehnung zu dieser Aussage relevant zu sein. Dies würde auch erklären, warum die Zustimmung zu dieser Aussage in den ostdeutschen Bundesländern und in Bayern geringer ausfällt. Während es in Brandenburg noch 63 Prozent sind – der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei knapp 65 Prozent – sind es in Bayern noch 60, in Sachsen 51 und in Thüringen 50 Prozent der Befragten. Sachsen-Anhalt ist das einzige Bundesland, in dem die Meinungen umgekehrt ausfallen: Hier sind 50 Prozent der Befragten dagegen, dass Menschen aus anderen Ländern darin unterstützt werden sollten, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren, aber nur 46 Prozent dafür.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
Wenn ich die Wahl hätte, würde ich mit Ausländern lieber nichts zu tun haben.	62 %	24 %	8 %	6 %
Menschen, die nach Deutschland kommen, sollten darin unterstützt werden, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren.	11 %	23 %	41 %	23 %
Ich lerne immer etwas Neues, wenn ich mit Menschen aus anderen Ländern zusammen bin.	5 %	11 %	31 %	52 %

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension ethnische Herkunft für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 5: Indikatoren der Vielfaltsdimension ethnische Herkunft

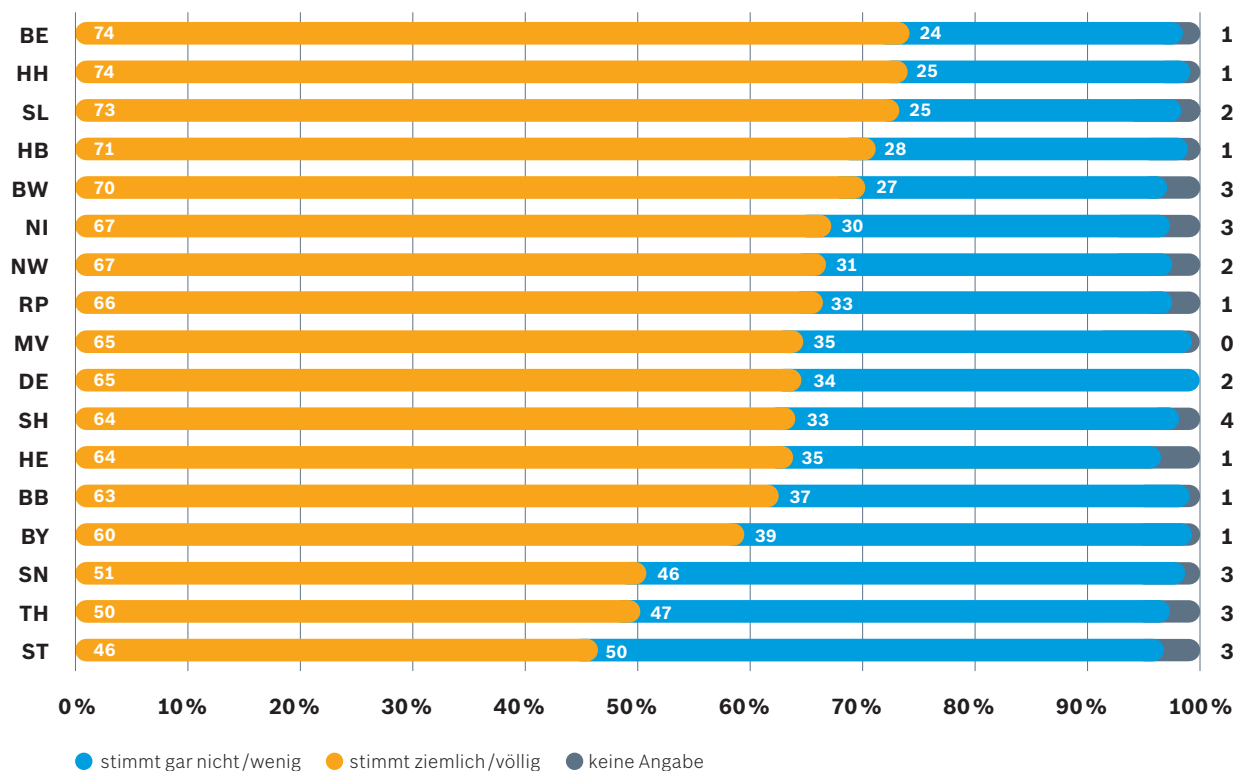


Abbildung 8: Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, darin unterstützt werden sollten, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „Menschen, die nach Deutschland kommen, sollten darin unterstützt werden, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren.“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.4.6 Religion

Auch der Umgang mit religiöser Vielfalt ist in den vergangenen Jahren ein immer wichtigeres Thema geworden. Bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts war Deutschland fast ausschließlich christlich geprägt. Im Jahr 1950 gehörten nur gut vier Prozent der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland einer nichtchristlichen oder gar keiner Religionsgemeinschaft an. Damit fühlten sich knapp 96 Prozent der Bevölkerung dem evangelischen oder katholischen Glauben zugehörig. Im Jahr 2013 waren es nur noch knapp 59 Prozent (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2016).

Zum einen spielen hierbei mittel- und langfristige Tendenzen der Säkularisierung eine große Rolle. Gab es in Deutschland über viele Jahrhunderte ausschließlich den Antagonismus zwischen Katholizismus und Protestantismus, so zeigte eine bereits angesprochene Umfrage aus dem Jahr 2012, dass knapp ein Viertel (in Ostdeutschland sogar knapp zwei Drittel) der Bevölkerung nicht „an Gott glauben und dies auch früher nie getan haben“ (Statistica, 2017). Damit ist der Anteil derer, die sich als Atheisten verstehen, in der deutschen Gesamtbevölkerung in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Gleichzeitig werden Atheisten von religiösen Gruppen durchaus mit Vorurteilen betrachtet. Unterschiedliche Studien belegen, dass sie als weniger vertrauenswürdig eingeschätzt werden als Religiöse und ihre Konfessionslosigkeit darüber hinaus als Gefahr für moralische Werte in der Gesellschaft erachtet wird (Gervais, Shariff, & Norenzayan, 2011; Cook & Webster, 2015). Ein Grund hierfür könnte sein, dass Gott und die heiligen Schriften der jeweiligen Religion als Basis für die moralischen Werte gläubiger Menschen dienen, während Atheisten unterstellt wird, dass ihnen eine solche Grundlage fehle (Gervais, 2013; Simpson, Piazza & Rios, 2016).

Allerdings manifestiert sich die Diversifikation religiöser Orientierungen zunehmend auch über den deutlichen Zuwachs nichtchristlicher Religionen in Deutschland. Im Jahr 2013 lag der Anteil bei gut zehn Prozent (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2016). Freikirchen, jüdische und muslimische Gemeinden sowie Buddhisten, Hindus oder auch Jesiden werden in unserer Gesellschaft sichtbarer.

Dabei ist der Umgang im Hinblick auf Religionszugehörigkeit nicht immer wertschätzend und respektvoll. Im Fokus stehen hier in erster Linie der Islam sowie das Judentum. Obwohl mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der beispiellose Antisemitismus in Deutschland ein Ende gefunden zu haben schien, existieren Vorbehalte gegen jüdische Mitbürger bis heute (Bunzl, 2005). Jüngste Ereignisse deuten sogar darauf hin, dass offene Anfeindungen gegenüber Juden wieder zunehmen: In Chemnitz wurde das seit etwa 20 Jahren etablierte koschere Restaurant Shalom von Rechtsextremisten attackiert.³ Besonders groß sind jedoch die Vorbehalte gegenüber dem Islam. Obwohl diese häufig mit terroristischen Angriffen auf die westliche Welt begründet werden (Abrams, van de Vyver, Houston & Vasiljevic, 2017), waren bereits vorher islamophobe Äußerungen weit verbreitet (van der Noll & Dekker, 2010; Bunzl, 2005; Poynting & Mason, 2007).

In unserer Studie greifen wir unterschiedliche Aspekte der Dimension Religion auf, um die Akzeptanz bzw. Ablehnung in der Gesellschaft zu messen. Wie in Tabelle 6 aufgeführt, haben wir die Befragten gebeten, uns darüber Auskunft zu geben, ob sie finden, dass es neben christlichen auch gesetzliche Feiertage zu Festen anderer Religionen geben sollte. Außerdem wollten wir wissen, ob sie der Meinung sind, dass der Islam in die westliche Welt passt und ob Religion Privatsache ist, religiöse Bekundungen und Symbole wie Kruzifix, Kopftuch oder Kippa mit anderen Worten also nichts in der Öffentlichkeit verloren haben. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die deutsche Gesamtbevölkerung beim Thema Religion recht zerrissen ist. Insgesamt ist jeweils etwa die Hälfte der Befragten der Meinung, dass der Islam sehr wohl (49 Prozent) bzw. nicht (48 Prozent) in die westliche Welt passt. Diese klare Zweiteilung spiegelt die Vorbehalte in der Gesellschaft ziemlich gut wider. Interessanterweise findet mit 48 Prozent ebenfalls etwa die Hälfte der Befragten, dass religiöse Symbole und Bekundungen durchaus einen Platz in der Öffentlichkeit haben dürfen. Hierzu gehört z. B. auch das Tragen eines Kopftuches. Dennoch wird deutlich, dass die Toleranz gegenüber anderen Religionen als dem Christentum begrenzt ist. Nur ein Drittel der Befragten findet, dass gesetzliche Feiertage zu anderen Religionen eingeführt werden sollten, 65 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Bricht man dieses Ergebnis jedoch auf die Ebene der Bundesländer herunter, wird deutlich, dass es starke regionale Unterschiede gibt, wie Abbildung 9 veranschaulicht. Am meisten Ablehnung findet die Einführung gesetzlicher Feiertage für andere Religionen als das Christentum zwar in Sachsen-Anhalt (77 Prozent), allerdings unterscheiden sich die neuen Bundesländer insgesamt stark. Thüringen (68 Prozent) und Sachsen (66 Prozent) liegen im oberen Mittelfeld, während in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg die Ablehnung mit jeweils 62 Prozent deutlich geringer ausfällt. Insgesamt hoch ist die Ablehnung der Einführung nichtchristlicher religiöser Feiertage in Mittel- und Süddeutschland. In Hessen (72 Prozent), Rheinland-Pfalz (69 Prozent) und Bayern (68 Prozent) sprechen sich besonders viele Menschen gegen diese Möglichkeit aus. Am geringsten fällt die Ablehnung mit 57 Prozent in Schleswig-Holstein und 60 Prozent in Hamburg in Norddeutschland sowie mit 59 Prozent in Nordrhein-Westfalen aus.

³ <https://www.watson.de/deutschland/rechtsextremismus/673107229-ueberfall-auf-juedisches-lokal-shalom-in-chemnitz-staatsschutz-ermittelt>.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
In Deutschland gibt es viele christliche Feiertage. Ich finde, dass es gesetzliche Feiertage auch zu den Festen anderer Religionen geben sollte.	37 %	28 %	19 %	14 %
Der Islam passt durchaus auch in die westliche Welt.	24 %	24 %	30 %	19 %
Religion ist Privatsache. Religiöse Bekundungen und Symbole, wie Kruzifix, Kopftuch oder Kippah haben in der Öffentlichkeit nichts verloren.	23 %	25 %	19 %	30 %

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension Religion für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 6: Indikatoren der Vielfaltsdimension Religion

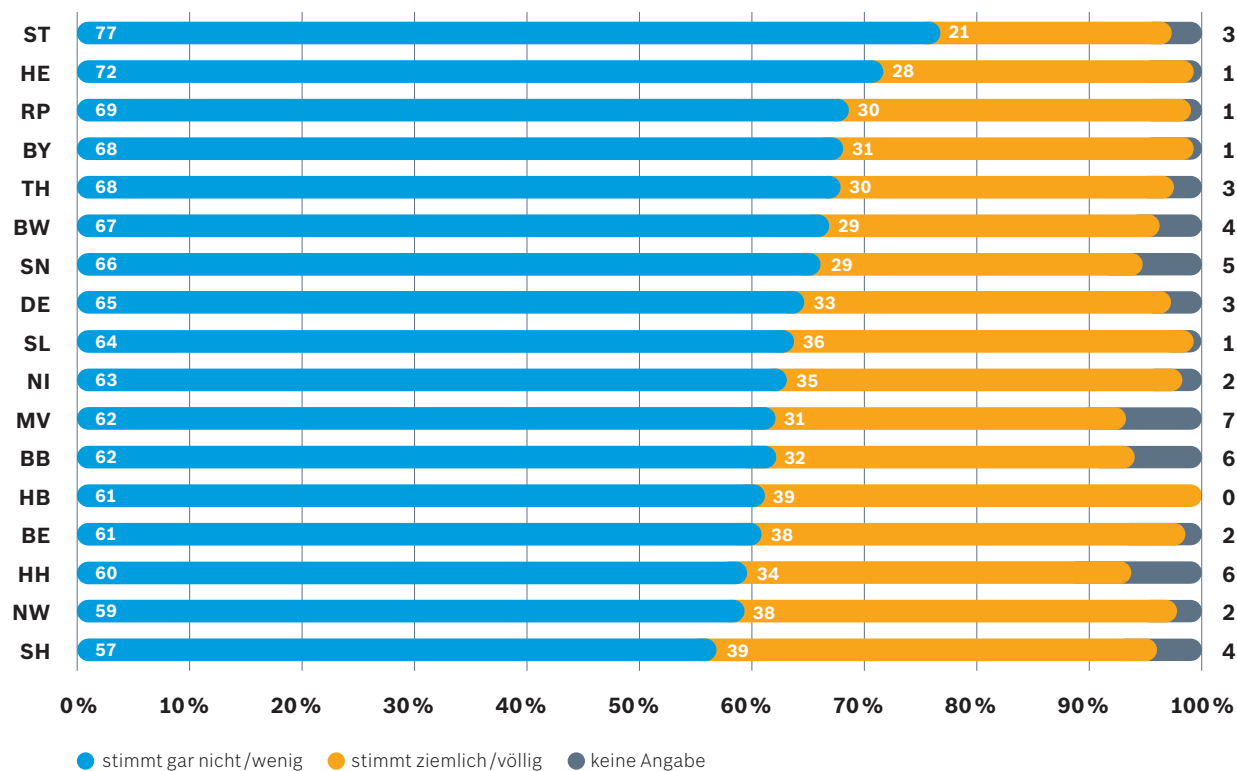


Abbildung 9: Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass es gesetzliche Feiertage auch zu den Festen anderer Religionen geben sollte

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „In Deutschland gibt es viele christliche Feiertage. Ich finde, dass es gesetzliche Feiertage auch zu den Festen anderer Religionen geben sollte.“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

1.4.7 Sozioökonomische Schwäche

Am 29. Juni 2018 titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung „Deutschland nähert sich der Vollbeschäftigung“ (FAZ, 2018). Mit einer Quote um fünf Prozent und 2,276 Millionen Menschen ohne Beschäftigung erreichte die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Stand seit der deutsch-deutschen Vereinigung. Trotz dieser konstant guten wirtschaftlichen Lage vergrößert sich die Schere zwischen Arm und Reich vielerorts stark. Die Schwachen und Benachteiligten fühlen sich zunehmend abgehängt.

Ein niedriger sozioökonomischer Status fällt beim Thema Akzeptanz von Vielfalt zunächst nicht unbedingt ins Auge. Dies liegt vermutlich unter anderem daran, dass diese Dimension in erster Linie über die Ressourcen des Einzelnen definiert wird und weniger über immanente Eigenschaften wie die Hautfarbe oder das Geschlecht.

Dennoch beschäftigen sich vor allem Soziologinnen und Soziologen mit unterschiedlichen „Kulturen“, die sich aus sozialen Schichten entwickeln (Khan, 2012; Savage, et al., 2013; Stephens, Markus & Phillips, 2014). Forschung hierzu legt nahe, dass Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status durchaus eine Projektionsfläche für Vorurteile sein können. Zum einen wird sozioökonomische Schwäche häufig mit Persönlichkeitsmerkmalen wie Faulheit oder geringer Intelligenz assoziiert (Cozzarelli, Wilkinson & Tagler, 2001; Spencer & Castano, 2007). Zum anderen zeigen Studien, dass Menschen aus der Arbeiterklasse bei Einstellungsentscheidungen tendenziell aus der Überzeugung heraus übergangen werden, dass die Werte, die die Bewerber mitbringen, nicht mit der eigenen Unternehmenskultur vereinbar sind (Stephens, Markus & Phillips, 2014).

Um die Akzeptanz gegenüber sozioökonomisch Schwachen in der Gesellschaft zu messen, haben wir in unserer Studie unterschiedliche Fragen gestellt. Die bundesweite Verteilung der Antworten zu allen Indikatoren ist in Tabelle 7 abgebildet. So ist über die Hälfte (57 Prozent) der Befragten der Meinung, dass es in Deutschland ein so gutes soziales Netz gibt, dass eigentlich niemand obdachlos sein muss. Nur 17 Prozent stimmen dem gar nicht zu. Mit einer noch deutlicheren Mehrheit von 72 Prozent wird die Aussage, dass die meisten Hartz-IV-Empfänger arbeitsscheu sind, abgelehnt. Ähnlich verhält es sich mit der Rücksichtnahme auf Versager in der Gesellschaft, einer abwertenden Beschreibung für Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status. Während nur neun Prozent der Befragten vollkommen der Meinung sind, dass zu viel Rücksicht genommen wird, stimmt die große Mehrheit von 72 Prozent dieser Aussage nicht zu.

Allerdings unterscheiden sich die Antwortraten auf Bundesländerebene erneut enorm. Abbildung 10 verdeutlicht dies. Im Stadtstaat Bremen lehnen mit 83 Prozent mit Abstand die meisten Menschen die Aussage ab, dass wir in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager nehmen. Auch die anderen norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein (78 Prozent), Niedersachsen und Hamburg (jeweils 77 Prozent) zeigen ähnliche Antwortmuster. Sie liegen auf einer Ebene mit Bayern (77 Prozent). Berlin liegt mit 75 Prozent ebenfalls über dem bundesdeutschen Durchschnitt, was verdeutlicht, dass in den Stadtstaaten eine besonders positive Einstellung gegenüber sozioökonomisch Schwächeren vorherrscht. Besonders wenig Verständnis herrscht dagegen in Ostdeutschland. In Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen glauben mit jeweils über 30 Prozent die meisten Menschen, dass in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager genommen wird.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
In Deutschland gibt es ein so gutes soziales Netz, da braucht eigentlich niemand obdachlos zu sein.	17%	26%	27%	30%
Die meisten Hartz-IV-Empfänger sind arbeitsscheu.	27%	45%	18%	7%
Wir nehmen in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager.	33%	39%	15%	9%

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in der Dimension sozioökonomische Schwäche für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgeschlossen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

Tabelle 7: Indikatoren der Vielfaltsdimension sozioökonomische Schwäche

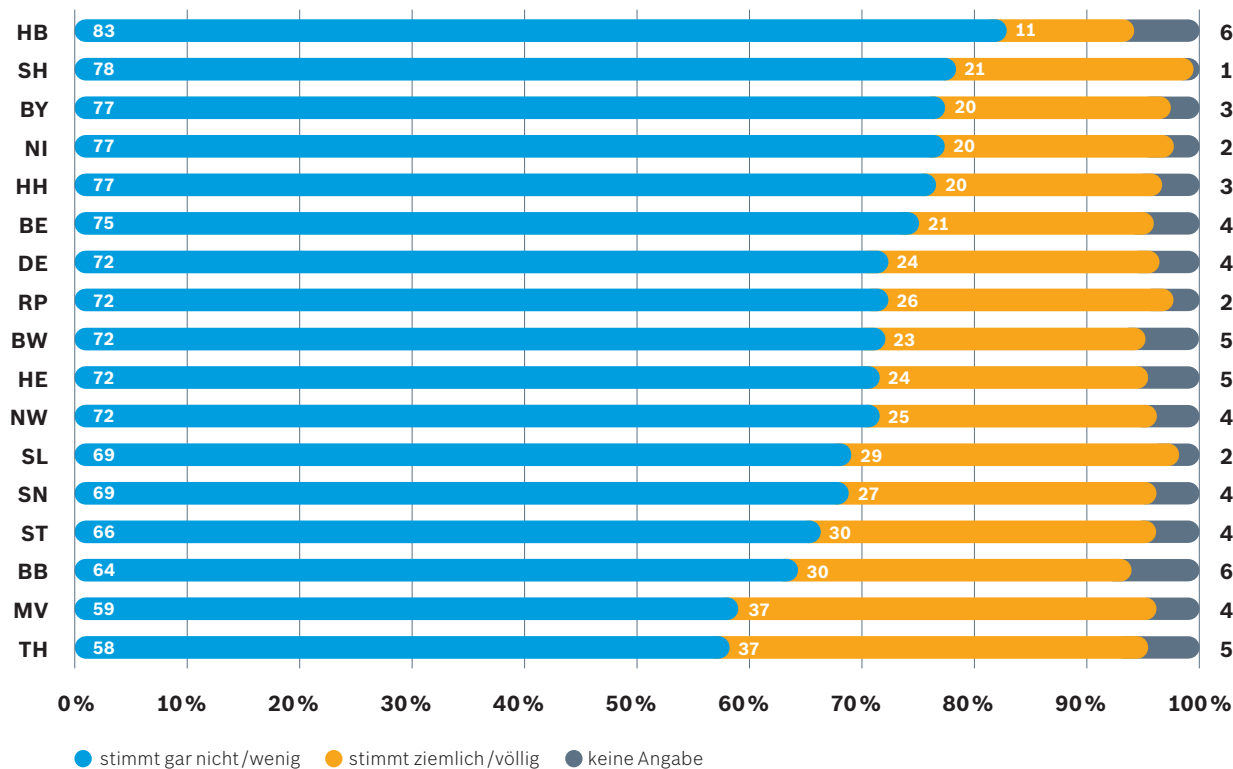


Abbildung 10: Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass wir in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager nehmen

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zu der Aussage: „Wir nehmen in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager.“ nach Bundesländern sowie für Deutschland als Ganzes (2.937 Befragte). Aufgrund von vorgenommenen Rundungen summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100.

2. Wie untersucht man überhaupt Vielfalt?

2.1 Die Idee der Studie

Wie bereits in der Einführung zu diesem Bericht dargelegt, werden immer wieder Stimmen laut, die den vermeintlich schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf die vielerorts zunehmende Vielfalt zurückführen. Belege für diese These gibt es aus dem deutschen Raum bisher nicht (Bertelsmann Stiftung, 2013; Bertelsmann Stiftung, 2017). Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass nicht Vielfalt als solche, sondern der gesellschaftliche Umgang mit ihr die Stärke des Zusammenhalts beeinflusst.

Mithilfe der vorliegenden Studie haben wir deshalb untersucht, wie es um die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland bestellt ist. Dabei ist es uns wichtig, Vielfalt möglichst facettenreich abzubilden und uns nicht auf einzelne Aspekte, die derzeit besonders große Aufmerksamkeit in der Gesellschaft erhalten (wie etwa die ethnische Herkunft oder die Religion), zu beschränken. In einer solchen Breite ist der Umgang mit Vielfalt unseres Wissens nach noch nicht untersucht worden.

Zwar ist unser multidimensionaler Ansatz mit einem erheblichen wissenschaftlichen Aufwand verbunden, bietet aber den klaren Vorteil, dass wir zum ersten Mal detailliert untersuchen können, welche Relevanz nicht nur Vielfalt insgesamt, sondern auch die einzelnen Dimensionen in der Alltagswahrnehmung der deutschen Bevölkerung haben. Wir können also feststellen, welche Facetten von Vielfalt besonders akzeptiert oder abgelehnt werden. Des Weiteren gehen wir in der vorliegenden Studie der Frage nach, welche persönlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Akzeptanz von Vielfalt nötig sind. Da es jedoch nicht bei einer reinen Analyse des Ist-Zustands bleiben soll, versuchen wir in einem dritten Schritt, konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft zu formulieren, die einen Beitrag dazu leisten sollen, die Akzeptanz von Vielfalt – bzw. einzelner Facetten davon – zu stärken.

Um die Akzeptanz verschiedener Aspekte von Vielfalt zu untersuchen, müssen diese jedoch zunächst messbar gemacht werden. In Kapitel 1 haben wir bereits ausführlich dargelegt, was wir unter dem Begriff – in den Sozialwissenschaften sagt man „Konstrukt“ – „Vielfalt“ verstehen und welche Facetten wir in der vorliegenden Studie untersuchen. Für die Messung ist es jedoch nötig, verschiedene Daten und Methoden miteinander zu kombinieren. Hierzu haben wir 3.025 Menschen aus allen 16 Bundesländern telefonisch, repräsentativ und standardisiert befragt. Auf der Basis dieser Daten ermitteln wir den aktuellen Ist-Zustand der Akzeptanz von Vielfalt. Anschließend wurden die erhobenen Daten mit Strukturdaten zu den einzelnen Bundesländern verknüpft, die aus unterschiedlichen Quellen stammen. Dies hat zum Ziel, gesellschaftliche Bedingungen und Auswirkungen der Akzeptanz von Vielfalt zu bestimmen.

2.2 Die Akzeptanz von Vielfalt messen – Von der Auswahl der Fragen bis zum fertigen Befragungsinstrument

Um die Einstellung der Menschen in Deutschland gegenüber Vielfalt zu erfassen, mussten wir einen geeigneten Fragebogen entwickeln. Dieser sollte jedoch nicht nur Fragen zur Akzeptanz von verschiedenen Dimensionen von Vielfalt enthalten, sondern auch Bedingungen für die und Auswirkungen der Akzeptanz von Vielfalt erfragen. Zudem galt es, die Güte des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland zu messen sowie die wichtigsten demografischen Merkmale der Befragten zu erfragen.

Während wir für die Messung von Bedingungen und Auswirkungen der Akzeptanz von Vielfalt, für die Erfassung der Güte des sozialen Zusammenhalts sowie der demografischen Daten auf bereits vorliegende Fragen (Fragebatterien) zurückgreifen konnten, musste der Vielfaltsindex selbst neu konstruiert werden: Da unser Konzept in seiner Mehrdimensionalität besonders breit angelegt ist, gibt es bisher keine repräsentativen Daten auf Bundesländerebene, mit denen die Akzeptanz von Vielfalt in der Bevölkerung zufriedenstellend untersucht werden kann.

Die Auswahl der für die Studie genutzten Fragen erfolgte über ein mehrschrittiges Verfahren. Zunächst stellte das wissenschaftliche Team der Jacobs University Items zur Akzeptanz von Vielfalt zusammen, die in deutschen wie internationalen Studien bereits zum Einsatz gekommen und damit in der Forschung und häufig auch im angewandten Bereich etabliert sind. Für Aspekte unseres mehrdimensionalen Konstrukts von Vielfalt, die auf diese Weise nicht abgedeckt werden konnten, wurden neue Fragen formuliert.

In einem zweiten Schritt wurde dieser große Pool an Items in einem Workshop mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis im Januar 2018 intensiv diskutiert, reduziert und teilweise angepasst. Die aus diesem Vorgang resultierende, nach wie vor sehr umfangreiche Fragebatterie von insgesamt 160 Items wurde schließlich im März 2018 einem groß angelegten Online-Pretest unterzogen. Das wissenschaftliche Team der Jacobs University hat hiermit das Unternehmen respondi beauftragt, das sich auf digitale Datenerhebung spezialisiert hat. Insgesamt wurden so 960 Menschen aus allen 16 Bundesländern befragt.

Schließlich wurden die im Pretest erhobenen Daten einer sogenannten explorativen Faktorenanalyse unterzogen. Mithilfe dieses in den Sozialwissenschaften etablierten statistischen Verfahrens wurden so die Indikatoren ausgewählt, die die jeweilige Dimension von Vielfalt am besten abbilden. Aus diesem Prozess resultierten insgesamt 23 Indikatoren, sodass jede der sieben Vielfaltsdimensionen mit drei bis vier Fragen gemessen wird.

In einem letzten Schritt wurde dann der finale Fragebogen zusammengestellt, der neben dem umfangreichen Instrument zur Erfassung der Akzeptanz von Vielfalt Fragen zu Bedingungen, Auswirkungen, zur Güte des sozialen Zusammenhalts sowie zentrale demografische Daten enthielt und als Grundlage für die bundesweite Telefonbefragung diente.

2.3 Bundesweite Telefonbefragung – Was denken die Menschen über Vielfalt?

Die Akzeptanz von Vielfalt weist deutliche historisch gewachsene regionale Unterschiede auf (Bertelsmann Stiftung, 2013; Bertelsmann Stiftung, 2017), die mit einer Studie, die ausschließlich für Deutschland als Ganzes repräsentativ ist, nicht angemessen abgebildet werden könnten. Um Unterschiede herausarbeiten zu können, hat sich die Robert Bosch Stiftung deshalb entschieden, die 16 Bundesländer als Untersuchungseinheiten der vorliegenden Studie festzulegen. Uns ist klar, dass diese Analyseebene nicht immer die Lebensrealität der Menschen widerspiegelt, allerdings bietet sie einen guten Kompromiss, um regionale Unterschiede in der Akzeptanz von Vielfalt zu erfassen.

Da es bisher keine repräsentativen Daten auf Bundesländerebene zu unserer Konzeptualisierung der Akzeptanz von Vielfalt in der Bevölkerung gab, mussten eigene Daten erhoben werden, um die subjektive Einschätzung der Menschen zu erfassen. Hierzu wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 2018 insgesamt 3.025 deutschsprachige Personen ab 16 Jahren telefonisch befragt. Mit dieser Datenerhebung hat die Robert Bosch Stiftung das Markt- und Sozialforschungsinstitut infas beauftragt, das häufig Daten für wissenschaftliche Studien erhebt.

Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 34 Minuten. Die Telefonnummern wurden über die Arbeitsgemeinschaft ADM-Telefonstichproben zur Verfügung gestellt. Um möglichst viele Menschen mit der Befragung zu erreichen, wurde ein sogenannter Dual-Frame-Ansatz gewählt, bei dem die Stichprobe nicht nur aus Festnetz-, sondern auch aus Mobilfunknummern besteht (Verhältnis 55:45). Bei Festnetzanschlüssen wurde immer die Person für die Befragung ausgewählt, die im Haushalt zuletzt Geburtstag hatte (Last-Birthday-Verfahren). Dieses Vorgehen ermöglicht eine zufällige Auswahl der Befragungsperson in Mehrpersonenhaushalten, weil Geburtstage annähernd zufällig über das Jahr verteilt sind. Bei Mobilfunknummern wurde die Befragung mit dem Hauptnutzer bzw. der Hauptnutzerin des Handys durchgeführt.

Um verlässliche Ergebnisse auf Ebene der Bundesländer berichten zu können, ist es erforderlich, eine ausreichend hohe Anzahl an Interviews zu führen. Weil sich die Bevölkerungszahlen der einzelnen Bundesländer sehr stark unterscheiden, würden bei einem proportionalen Stichprobenansatz kleine Bundesländer wie Bremen oder das Saarland aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht adäquat abgebildet. Die Ziehung einer proportionalen Stichprobe bedeutet, dass sich die Menge der Befragten proportional zur Bevölkerung verhält. Bei einer Anzahl von insgesamt 3.025 Befragten würden auf das Bundesland Bremen so z. B. nur 25 Interviews entfallen. Dies ist jedoch zu wenig, um statistisch verlässliche Aussagen über die Akzeptanz von Vielfalt im norddeutschen Stadtstaat zu treffen. Um für jedes Bundesland repräsentative Ergebnisse zu erzielen, haben wir uns deswegen gemeinsam mit infas für einen disproportionalen Stichprobenansatz entschieden, bei dem in den bevölkerungsschwächeren Bundesländern mehr Interviews durchgeführt werden, als dies bei einem proportionalen Ansatz der Fall wäre. Entsprechend reicht der Umfang pro Bundesland von 75 realisierten Interviews im Saarland bis zu jeweils mehr als 400 Interviews in Nordrhein-Westfalen und Bayern.⁴

Die genauen Fallzahlen können im Anhang in Tabelle 17 eingesehen werden. Von den insgesamt 3.025 Interviews ließen sich 87 nicht eindeutig einem Bundesland zuordnen. Darüber hinaus fehlte in einem Fall die Angabe des Geschlechts, sodass schließlich 2.937 Interviews für die Auswertung berücksichtigt werden konnten.

⁴ Grundsätzlich sollte bei der Stichprobenziehung immer sichergestellt sein, dass auch in den kleinen bzw. bevölkerungsärmeren Bundesländern wie Bremen und dem Saarland Teilstichproben einbezogen werden, die den Notwendigkeiten des – mathematisch-statistischen – Gesetzes der großen Zahl genügen: Keine der Bundesländerteilstichproben sollte einen Umfang von weniger als 30 bis 40 Befragten haben. Würde man von diesem Mindeststichprobenumfang für kleine Bundesländer mit Blick auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands linear extrapolieren, also eine proportionale Stichprobe ziehen, so ergäbe sich ein wünschenswerter Gesamtstichprobenumfang von ca. 5.000 Personen. Da dieser Gesamtumfang in der vorliegenden Studie nicht realisierbar war, wird bei der Auswertung mit Designgewichten gearbeitet, die die gewählte Disproportionalität der 16 Bundesländerteilstichproben ausgleichen können.

2.4 Die Vielfaltsdimensionen

2.4.1 Von Individualdaten zu Maßzahlen für die Bundesländer und Deutschland als Ganzes

Nach Abschluss der telefonischen Befragung lagen uns repräsentative Daten von 3.025 Menschen aus Deutschland vor. Von diesen gingen 2.937 in unsere Analysen ein (vgl. Kapitel 2.3). Da ein Hauptziel der vorliegenden Studie die Kartierung der Akzeptanz von Vielfalt auf Ebene der Bundesländer ist, mussten die individuellen Befragungsdaten der Teilnehmenden in Maßzahlen für die Bundesländer umgewandelt werden. Hierfür haben wir zunächst alle Variablen umskaliert, sodass die Zustimmung zu einer Frage auf einer Skala von 0 (schwächste Zustimmung) bis 100 (stärkste Zustimmung) abgelesen werden kann.⁵ Dies hat nicht nur mathematisch-statistische Vorteile, sondern erleichtert auch die Interpretation der Ergebnisse. Fehlende Werte der Indikatoren wurden durch den Indikator-Mittelwert im jeweiligen Bundesland ersetzt. Die umskalierten Daten wurden dann auf Ebene der Bundesländer aggregiert. Hierzu haben wir jeweils die Mittelwerte der Antworten aller Teilnehmenden aus einem Bundesland gebildet.⁶

2.4.2 Erfassung der Dimensionen der Akzeptanz von Vielfalt

Mithilfe von explorativen Faktorenanalysen und Prüfungen auf interne Konsistenz der einzelnen gestellten Fragen zu den jeweiligen Dimensionen (siehe Tabelle 18 im Anhang) konnten wir insgesamt acht Dimensionen der Akzeptanz von Vielfalt valide und zuverlässig erfassen. Hierbei handelt es sich um: Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Religion, sozioökonomische Schwäche und Eliten. Unter diesen Dimensionen bildet die Dimension Eliten einen Sonderfall; weitere Erläuterungen hierzu werden in Kapitel 2.5 und im Exkurs auf S. 58 angeführt. Jede Dimension wurde durch arithmetische Mittelung der Werte auf den zutreffenden Fragen konstruiert. Die Ergebnisse zu den jeweiligen Dimensionen auf Ebene der Bundesländer und für Deutschland insgesamt werden in Kapitel 3 ausführlich diskutiert.

⁵ Wird eine Umskalierung vorgenommen, muss auch der Umgang mit fehlenden Werten überdacht werden. Da der Anteil jedoch bei allen Variablen sehr gering war (niemals über 5 Prozent), wurden fehlende Werte anhand des Mittelwerts der jeweiligen Variable pro Bundesland substituiert (Peng, Harwell, Liou & Ehman, 2006).

⁶ Auf weitere technische Details verzichten wir an dieser Stelle. Über die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung bestimmter Items wurde auf der Basis von Faktoren- und Konsistenzanalysen entschieden.

2.5 Der Vielfaltsgesamtindex – Ein reflexives Modell zur Akzeptanz von Vielfalt

Ein weiteres Anliegen der Studie ist es, die Ergebnisse stärker zu verdichten, weshalb wir neben Aussagen zu den einzelnen Dimensionen von Vielfalt außerdem einen Vielfaltsgesamtindex gebildet haben. Hierbei folgen wir analog zur Bildung der Vielfaltsdimensionen einem sogenannten reflektiven Messansatz. Dies bedeutet, dass wir nicht qua Plausibilitätsschluss davon ausgehen, dass alle Dimensionen Bausteine der Akzeptanz von Vielfalt sind. Zwar haben wir jede einzelne Dimension theoretisch hergeleitet und ihre Relevanz für unser Konstrukt begründet (siehe Kapitel 1), allerdings muss die tatsächliche Zugehörigkeit empirisch überprüft werden.⁷

Deshalb sind wir mithilfe einer weiteren explorativen Faktorenanalyse der Frage nachgegangen, ob jede Vielfalt dimension tatsächlich die Akzeptanz von Vielfalt als übergeordnetes Konstrukt angemessen abbildet bzw. reflektiert. Mit Ausnahme der Dimension Eliten erreichten die anderen sieben Dimensionen jeweils eine zufriedenstellend hohe Faktorladung ($\geq 0,40$; siehe Tabelle 19 im Anhang). Deshalb haben wir uns entschieden, einen Gesamtindex zur Akzeptanz von Vielfalt anhand arithmetischer Mittelung der Dimensionswerte zu Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft, Religion und sozioökonomischer Schwäche zu bilden. Die Dimension Eliten bleibt also im Umkehrschluss aus methodischen Gründen für den Vielfaltsgesamtindex unberücksichtigt.

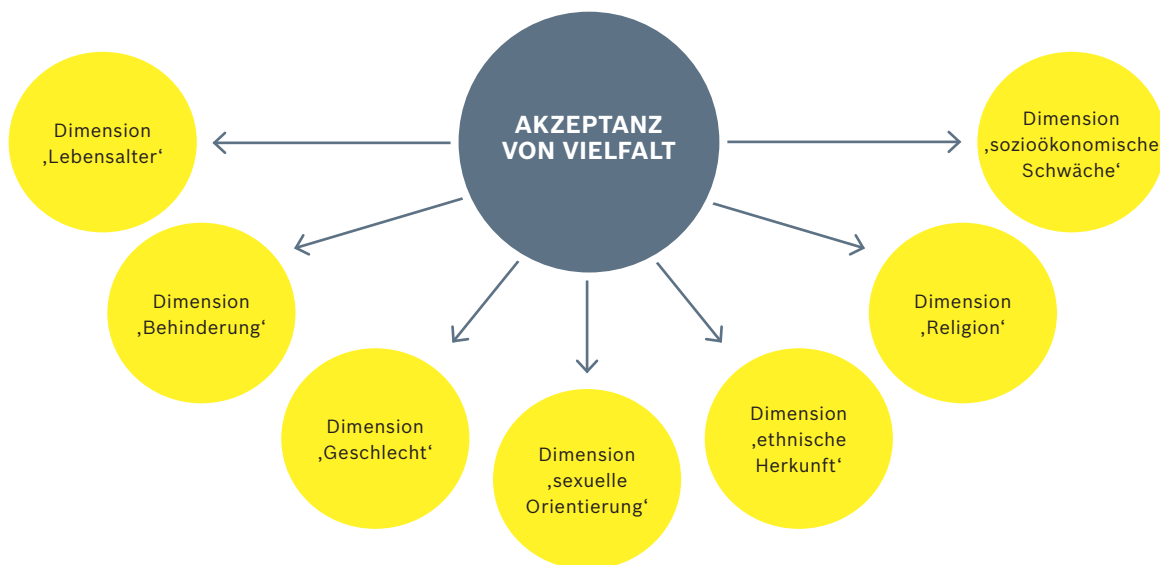


Abbildung 11: Die sieben Dimensionen der Akzeptanz von Vielfalt

⁷ Für methodisch interessierte Leserinnen und Leser hier noch einige zusätzliche Erläuterungen: Der sogenannte reflektive Messansatz geht vereinfacht formuliert davon aus, dass alle Indikatoren einer Messung (hier der Akzeptanz von Vielfalt) im Prinzip das gleiche große Ganze, das gleiche Konstrukt, messen. Diesem Ansatz folgen wir hier. Ein anderer Messansatz ist die sogenannte formative Messung, bei der auf der Basis rein theoretischer Überlegungen Indikatoren für das zu messende Konstrukt zusammengestellt werden. Dieser Messansatz folgt einem Warenkorbmodell, dem wir etwa bei der Festlegung der Preissteigerungsrate begegnen: Expertinnen und Experten legen fest, welche Waren in einen Preissteigerungsindex eingehen. Nicht von allen Waren bzw. Gütern wird – wie beim reflektiven Messmodell – verlangt, dass sie das aktuelle Preisniveau (= das zur Messung anstehende Konstrukt) in gleicher Weise reflektieren; nur der Gesamtindex ergibt Sinn. Diesen Ansatz verfolgt etwa der Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt.

2.6 Was beeinflusst den Umgang mit Vielfalt vor Ort?

Ziel der vorliegenden Studie war es nicht nur, den Status quo bezüglich der Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland zu untersuchen. Darüber hinaus ist es ein zentrales Anliegen, Bedingungen für und Auswirkungen von hoher bzw. niedriger Akzeptanz von Vielfalt zu identifizieren. Wir gehen also der Frage nach, welche kontextuellen und personalen Bedingungen für die Akzeptanz von Vielfalt eine Rolle spielen. Die Maßzahlen hierfür stammen dabei sowohl aus unserer Befragung als auch aus bereits vorliegenden soziodemografischen und sozioökonomischen Daten, die z. B. vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt werden.

2.6.1 Personale Einfluss- und Wirkungsfaktoren

Personale Einflussfaktoren auf die Akzeptanz von Vielfalt liegen aus bevölkerungsrepräsentativen Befragungsstudien nur selten vor. Sie sind eher in der psychologisch-sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung zu finden, weshalb wir zentrale Konzepte mit schlanken Skalen in unseren Fragebogen aufgenommen haben. Neben Persönlichkeitsmerkmalen (Larsen, Esanliev, Brück, & Boehnke, 2018), die wir über eine Kurzfassung des Big-Five-Persönlichkeitsinventars messen (Rammstedt & John, 2007), gehen wir davon aus, dass auch die Empathiefähigkeit (Davis, 1983) eine wichtige individuelle Bedingung für die Akzeptanz von Vielfalt ist, weil sie eng mit prosozialer Motivation verknüpft ist (Boehnke, 1988; Lamsfuss, Silbereisen & Boehnke, 1990).

Um die individuelle Bedeutung von Vielfalt für Menschen in Deutschland zu erfassen, wurden die Befragten in theoretischer Anlehnung an die Integrated Threat Theory bzw. den Intergroup-Anxiety-Ansatz von Stephan (2014) dazu befragt, in welchem Umfang und auf welche Art und Weise ihnen Vielfalt Angst macht. Außerdem sind wir in theoretischer Anlehnung an das Social-Distance-Modell von Bogardus (1926) der Frage nachgegangen, wo die Menschen Vielfalt in ihrem persönlichen Nahbereich akzeptieren und wo nicht. Neben der allgemeinen Einstellung zu Vielfalt haben wir somit auch die Akzeptanz in der Nachbarschaft und der eigenen Familie bezüglich der einzelnen Vielfaltsgruppen gemessen (eine gesonderte Diskussion des Konzepts und der Ergebnisse findet sich in Kapitel 6).

Da aus der Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bekannt ist, dass Menschen dort, wo der Zusammenhalt hoch ist, glücklicher, gesünder und zufriedener sind (Bertelsmann Stiftung, 2013; Bertelsmann Stiftung, 2016; Bertelsmann Stiftung, 2017) und die Akzeptanz von Vielfalt ein wichtiger Aspekt für das Ausmaß des Zusammenhalts in einem Gemeinwesen ist, untersuchen wir in der vorliegenden Studie auch den Zusammenhang zwischen der Akzeptanz von Vielfalt und dem individuellen Wohlbefinden. Hierfür haben wir etablierte Fragen in die Befragungsstudie aufgenommen.

2.6.2 Strukturelle Einfluss- und Wirkungsfaktoren

Obwohl unsere eigenen Befragungsdaten bereits weite Bereiche unseres Forschungsinteresses abdecken, lohnt es sich, diese in einem zweiten Schritt mit sogenannten Strukturdaten in Beziehung zu setzen. Dies sind bereits vorliegende soziodemografische und sozioökonomische Daten, die z. B. vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt werden. Solche Daten erlauben es, zu untersuchen, welche strukturellen Merkmale der Lebenswelt in Deutschland insgesamt und in den jeweiligen Bundesländern einen Einfluss auf die Akzeptanz von Vielfalt haben. Dazu gehört z. B. das mittlere Einkommen, der Anteil an Migranten (je Bundesland), der Anteil an alten oder jungen Menschen oder die Arbeitslosenquote. Unsere Daten entstammen den Datenbeständen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (StABL) und denen von infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft für die Jahre 2012 bis 2016.

2.7 Zusammenhalt messen

Zur Erinnerung: Im „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung, 2013) ist die „Akzeptanz von Diversität“ eine von neun Dimensionen, um die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu bestimmen (vgl. Kapitel 1.1). Wie es um die „Akzeptanz von Vielfalt“ in Deutschland bestellt ist, untersuchen wir in der vorliegenden Studie sehr umfassend. Wollen wir aber das Verhältnis zwischen Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt verstehen, ist es zwingend notwendig, auch die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts über unsere

Fragebogenstudie zu ermitteln. Hierfür haben wir uns wiederum am „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung orientiert und eine Kurzfassung – den sog. Kurzindex gesellschaftlicher Zusammenhalt – aus dessen Fragebogen erarbeitet und auf seine Brauchbarkeit hin geprüft. Die im Kurzindex gesellschaftlicher Zusammenhalt enthaltenen Items sind in Tabelle 20 im Anhang dokumentiert. Abbildung 12 veranschaulicht den schrittweisen Ansatz zur Bestimmung des Zusammenhangs zwischen Akzeptanz von Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

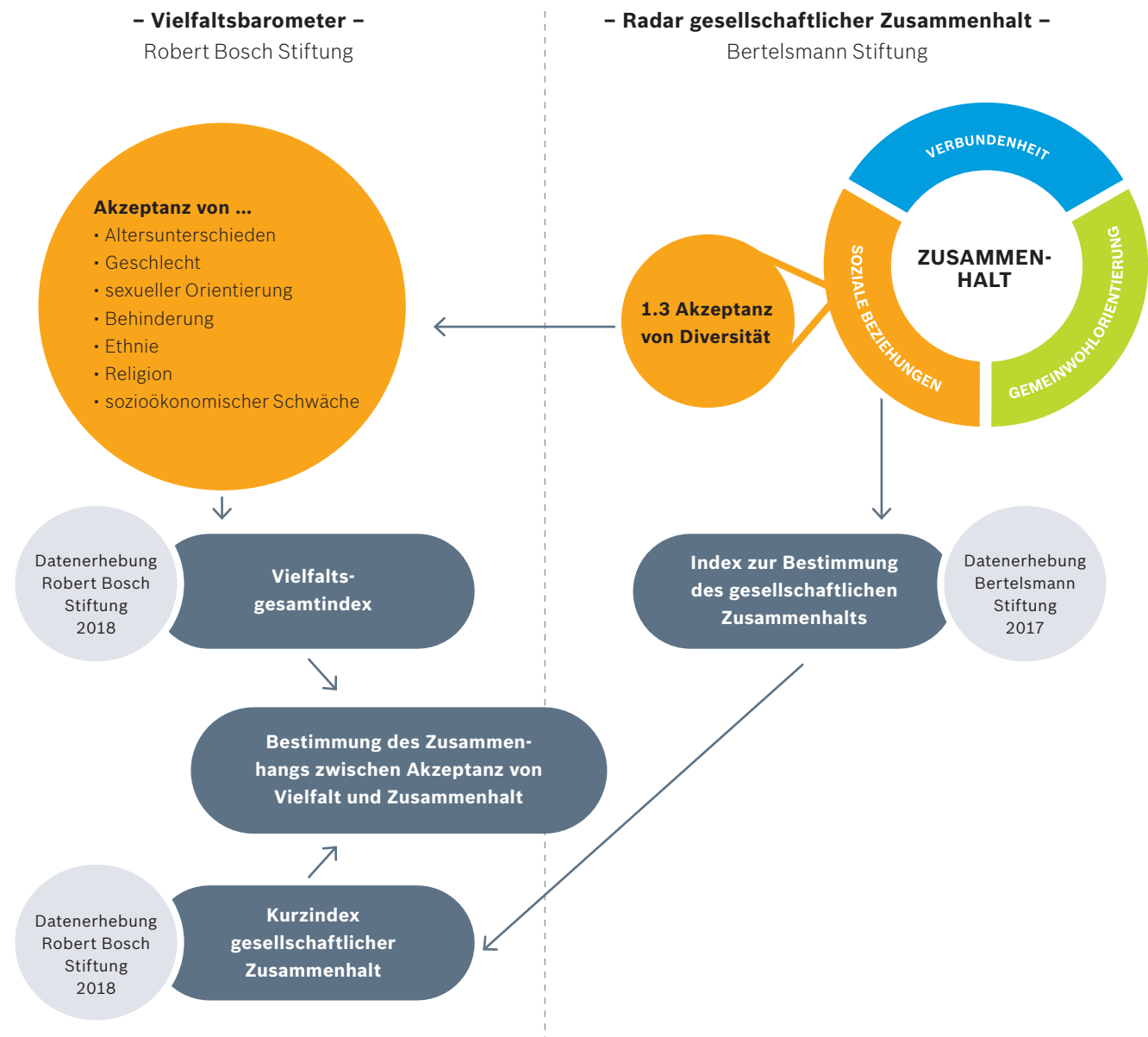


Abbildung 12: Zusammenhang zwischen „Vielfaltsbarometer“ der Robert Bosch Stiftung und dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung

3. Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland – Ergebnisse zum Status quo

Wie stark oder schwach ist derzeit die Akzeptanz von Vielfalt in den 16 deutschen Bundesländern ausgeprägt? Um diese Frage zu beantworten, werfen wir zunächst einen Blick auf den Vielfaltsgesamtindex (Kapitel 3.1) und diskutieren bundesländerübergreifende Stärken und Schwächen der einzelnen Vielfaltsdimensionen (Kapitel 3.2) bevor wir diese jeweils detailliert betrachten (Kapitel 3.3). Wie in Kapitel 2.4 erläutert, messen wir die Stärke der Akzeptanz von Vielfalt insgesamt sowie der einzelnen Dimensionen auf einer Skala von 0 bis 100. Für die Ergebnisdarstellung verwenden wir Karten, in denen die Bundesländer entsprechend der Farbskala auf Seite 50 eingefärbt sind. Darüber hinaus berichten wir in Tabelle 8 die absoluten Werte, die jedes Bundesland auf dem Vielfaltsgesamtindex und seinen sieben Dimensionen aufweist.

In Kapitel 3.4 wenden wir uns von der regionalen Betrachtung der Akzeptanz von Vielfalt ab und stellen vier Vielfaltsprofile vor, die Auskunft darüber geben, welche Menschen Vielfalt eher akzeptieren und welche eher nicht. Es geht also um so etwas wie die personalen Attribute von Vielfaltsakzeptanz. Zum Abschluss gehen wir in Kapitel 3.5 kurz darauf ein, welche Vielfaltsdimensionen für die Befragten unserer Studie derzeit besonders große Relevanz haben.

3.1 Der Vielfaltsgesamtindex

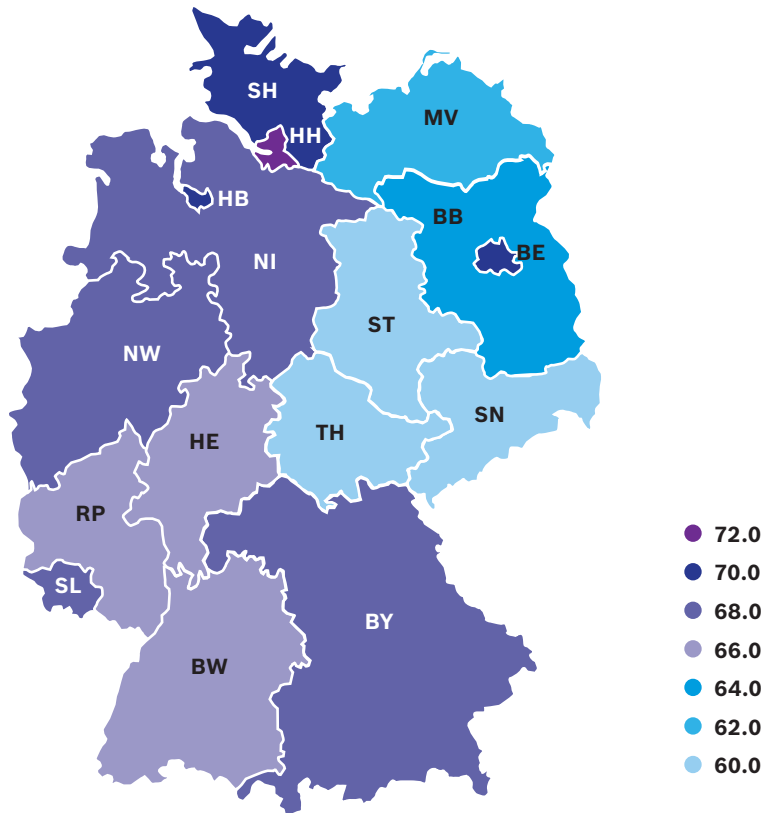
Einen ersten Überblick darüber, wie es um die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland bestellt ist, verschaffen uns die Ergebnisse für den Vielfaltsgesamtindex, in den die sieben Vielfaltsdimensionen Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Religion und sozioökonomische Schwäche gleichgewichtig einfließen.

Insgesamt ist es um die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland überall recht gut bestellt. Auf einer Skala von 0 bis 100 erreicht die Akzeptanz von Vielfalt für die gesamtdeutsche Stichprobe einen Wert von 68. Mit Werten von 61 bis 72 Punkten liegen alle Bundesländer über dem Skalendurchschnitt von 50.

Allerdings unterscheiden sich die Bundesländer bezüglich ihrer Akzeptanzwerte, denn 11 Punkte trennen das stärkste und das schwächste Land (vgl. Tabelle 8). Hierbei ergibt sich ein deutliches geografisches Muster. Wie Karte 1 veranschaulicht, ist die Akzeptanz von Vielfalt in Norddeutschland sowie in den Stadtstaaten am höchsten. Auf Hamburg folgen Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin und Niedersachsen. Daran schließen sich die übrigen west- und süddeutschen Bundesländer an. Schwächer ist die Akzeptanz von Vielfalt in Ostdeutschland ausgeprägt. Auf Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern folgen Thüringen und Sachsen-Anhalt. Am schwächsten ist die Vielfaltsakzeptanz in Sachsen.

Damit ergibt sich ein klares West-Ost-Gefälle. Dieses bestätigt sich jedoch bei der Analyse der einzelnen Vielfaltsdimensionen nicht immer, wie wir in Kapitel 3.3 sehen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Akzeptanz der unterschiedlichen Facetten von Vielfalt in Deutschland regional teils deutlich unterscheidet und das West-Ost-Gefälle in einigen Fällen aufgebrochen wird.

Bevor wir uns den einzelnen Dimensionen zuwenden, werfen wir im nächsten Abschnitt zunächst einen Blick auf bundesländerübergreifende Tendenzen, um zu verstehen, welche vielfaltsrelevanten sozialen Gruppen in der Gesellschaft in besonders hohem Maß und welche weniger akzeptiert sind.



Karte 1: Akzeptanz von Vielfalt (Vielfaltsgesamtindex) im Bundesländervergleich

3.2 Stärken und Schwächen – Bundesländerübergreifende Tendenzen

Der Vielfaltsgesamtindex gibt einen ersten Überblick darüber, wie es um die Akzeptanz von Vielfalt in den Bundesländern bestellt ist. Um jedoch zu verstehen, welche Gruppen in der Gesellschaft in besonders hohem Maß und welche weniger akzeptiert sind, müssen die einzelnen Vielfaltsdimensionen genauer unter die Lupe genommen werden. Die berechneten Werte (vgl. Tabelle 8) erlauben nicht nur, die Stärke und Schwäche einzelner Dimensionen abzulesen, sondern diese auch direkt miteinander zu vergleichen.

Im Gegensatz zu dem Unterschied von nur 11 Punkten zwischen der stärksten und der schwächsten Ausprägung des Vielfaltsgesamtindex, ist der Abstand auf Ebene der Dimensionen deutlich größer. Während Hamburg bei der Akzeptanz von Behinderung mit gut 87 Punkten den höchsten Wert überhaupt erreicht, haben wir die schwächste Ausprägung einer Dimension in Thüringen gemessen: Religion erzielt in diesem Bundesland nur einen Wert von knapp 30. Die Akzeptanz der unterschiedlichen Vielfaltsdimensionen ist

also in den verschiedenen Bundesländern mitunter deutlich ausgeprägt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass einige Vielfaltsdimensionen über alle Bundesländer hinweg stärkere Akzeptanz erfahren als andere. Dies lässt sich in Tabelle 8 deutlich am Farbverlauf ablesen. Deutschlandweit erzielen die Dimensionen Behinderung (87 bis 79 Punkte), sexuelle Orientierung (86 bis 69 Punkte) und ethnische Herkunft (80 bis 61 Punkte) die höchsten Akzeptanzwerte. Die Dimensionen Lebensalter (74 bis 60 Punkte) und Geschlecht (74 bis 64 Punkte) liegen im Mittelfeld. Besonders schwach ausgeprägt ist im Gegensatz dazu deutschlandweit die Akzeptanz für sozioökonomische Schwäche (68 bis 52 Punkte) und vor allem die Akzeptanz für den Themenkomplex Religion (50 bis 30 Punkte).

Infobox: Zur Bedeutsamkeit von Unterschieden zwischen den Bundesländern

Bevor wir uns nun den Ergebnissen zu den einzelnen Dimensionen auf Bundesländerebene zuwenden, sollte die Bedeutsamkeit der gefundenen Unterschiede kurz diskutiert werden. Dahinter steckt die Frage, ob Unterschiede zwischen zwei Skalenwerten auf dem Gesamtindex oder einer Dimension tatsächlich aussagekräftig – oder anders ausgedrückt: ob sie statistisch interpretierbar sind. Dazu nutzen wir die sogenannte Standardabweichung. Sie ist ein statistisches Maß, das die durchschnittliche Unterschiedlichkeit von Werten in einer Stichprobe angibt. In der vorliegenden Studie betrachten wir den Unterschied zwischen zwei Indexwerten dann als bedeutsam, wenn ihre Differenz größer als die doppelte Standardabweichung der jeweiligen Dimension ist (Döring & Bortz, 2015). Veranschaulichen lässt sich dies am besten mit einem Blick auf Tabelle 8. Die Standardabweichung für die Dimension ethnische Herkunft beträgt 5,36. Verdoppelt man diese, erhält man einen Wert von 10,72. Nur Differenzen, die über diesem Wert liegen, können als statistisch bedeutsam – also sinnvoll interpretierbar – angesehen werden. Dies sind in diesem Fall z. B. die Unterschiede zwischen Sachsen-Anhalt und Hessen (60,94 Punkte bzw. 72,55 Punkte) oder Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (67,66 Punkte bzw. 79,87 Punkte), nicht jedoch zwischen Thüringen und Bayern (63,57 Punkte bzw. 71,09 Punkte).

Für die Gesamtheit der vorliegenden Ergebnisse bedeutet dies, dass unmittelbar aufeinanderfolgende Länder sich niemals substantiell unterscheiden, ganz egal ob im Gesamtindex oder in den einzelnen Dimensionen. Unterschiede zwischen Bundesländern mit den höchsten und niedrigsten Skalenwerten sind allerdings immer bedeutsam. Wir können somit festhalten, dass die vorliegende Studie in der Tat relevante Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern aufzeigt. Ob ein Bundesland auf einem vorderen oder hinteren Platz landet, spiegelt reale Unterschiede bezüglich der Akzeptanz von Vielfalt wider. Vorsicht ist allerdings bei der Interpretation direkt aufeinanderfolgender Rangplätze geboten. Die Unterschiede zwischen Bundesländern auf Rang 4, 5, 7 oder 10 können durchaus zu gering ausfallen, um sie sinnvoll zu interpretieren.

Bundesland	Vielfalts- gesamtindex	Lebens- alter	Behin- derung	Ge- schlecht	Sexuelle Orientierung	Sozio- ökonomische Schwäche	Ethnische Herkunft	Religion
Hamburg	72,30	73,63	87,16	73,15	80,33	64,12	79,87	47,87
Schleswig-Holstein	71,25	74,20	82,15	74,39	85,61	61,03	74,98	46,40
Bremen	70,98	67,47	79,12	72,65	85,15	67,65	75,58	49,28
Berlin	70,94	72,65	84,61	70,36	84,07	62,78	76,55	45,57
Niedersachsen	69,99	72,44	83,96	71,39	81,33	60,74	73,63	46,44
Saarland	69,67	73,80	82,06	67,06	81,71	59,35	76,90	46,81
Nordrhein-Westfalen	69,42	70,94	83,27	70,31	78,50	56,84	75,80	50,24
Bayern	68,05	70,99	83,74	67,43	78,10	59,87	71,09	45,11
Deutschland (insgesamt)	67,71	69,68	83,04	68,79	77,43	58,33	72,54	44,17
Baden-Württemberg	67,50	70,23	82,86	67,47	75,95	58,53	73,85	43,60
Rheinland-Pfalz	67,47	73,82	82,25	67,32	71,92	56,19	76,61	44,20
Hessen	66,74	71,24	82,68	67,16	73,96	58,79	72,55	40,79
Brandenburg	64,98	66,85	83,81	68,20	74,43	52,19	67,86	41,54
Mecklenburg-Vorpommern	62,39	61,13	78,48	67,35	69,30	53,10	67,66	39,75
Thüringen	61,90	62,20	82,93	67,03	75,05	52,81	63,57	29,75
Sachsen-Anhalt	61,52	60,10	82,67	66,40	74,37	52,17	60,94	33,96
Sachsen	61,49	60,58	81,06	64,33	68,74	54,99	64,26	36,47
Standard- abweichung	3,64	5,00	1,97	2,73	5,15	4,39	5,36	5,50

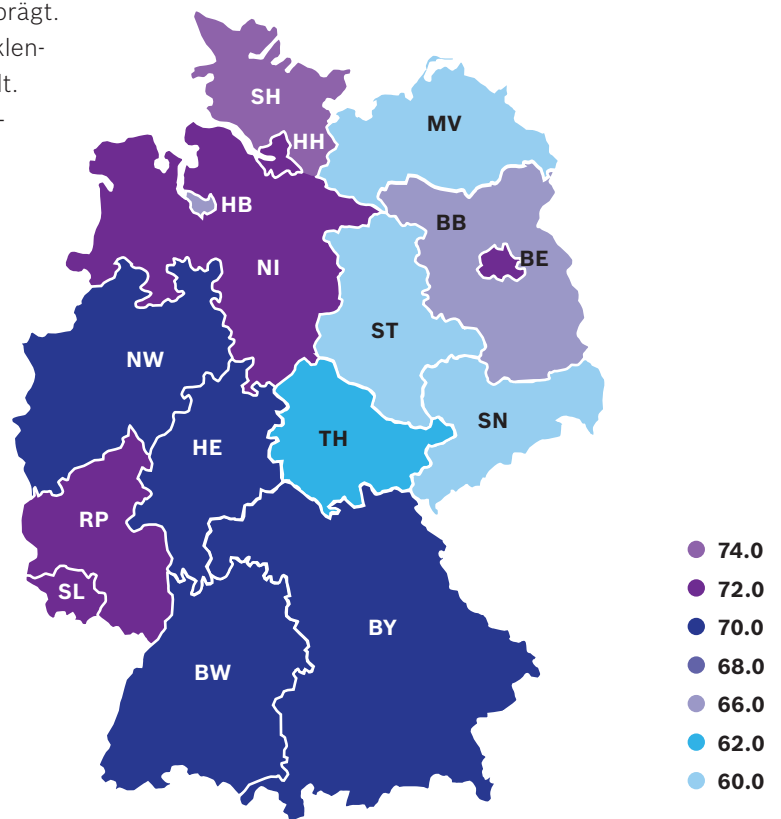
**Tabelle 8:** Akzeptanz von Vielfalt 2018 im Bundesländervergleich

Die Tabelle zeigt die Werte der 16 Bundesländer und Deutschland insgesamt auf dem Vielfaltsgesamtindex sowie dessen sieben Dimensionen. Gesamtindex und Dimensionen können jeweils Werte von 0 (schwache Akzeptanz) bis 100 (starke Akzeptanz) annehmen. Bei den Werten handelt es sich um an Bevölkerungsanteilen gewichtete Mittelwerte (Designgewicht). Die Standardabweichung haben wir für die Streuung der Bundesländer ohne Miteinbeziehung der Werte für Deutschland (insgesamt) berechnet. Zur Frage der Bedeutsamkeit von Rangplatzunterschieden zwischen Bundesländern findet sich eine Infobox auf Seite 49.

3.3 Befunde zu den sieben Dimensionen von Vielfalt

3.3.1 Lebensalter

Mit der Dimension Lebensalter wird in der vorliegenden Studie erfasst, inwiefern Menschen die Lebensweisen anderer Altersgruppen als ihrer eigenen akzeptieren (vgl. Kapitel 1.4.1). Mit 74 bis 60 Punkten (vgl. Kapitel 3.2 und Tabelle 8) liegt der Grad der Akzeptanz leicht über dem Skalendurchschnitt von 50 Punkten. Am höchsten ist die Akzeptanz von Menschen anderer Altersgruppen in Schleswig-Holstein gefolgt vom Saarland, Rheinland-Pfalz und Hamburg. Auch Berlin, Niedersachsen, Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg liegen über dem deutschlandweiten Durchschnitt von knapp 70 Punkten. Alle genannten Bundesländer liegen mit insgesamt 4 Punkten Abstand sehr nahe beieinander. Im Gegensatz dazu unterscheiden sich die Akzeptanzwerte der verbleibenden Bundesländer mit 10 Punkten deutlich stärker. Sowohl in Bremen als auch in allen ostdeutschen Bundesländern ist die Akzeptanz von Menschen anderer Altersgruppen deutschlandweit am geringsten ausgeprägt. Auf Bremen folgen Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Sachsen und Sachsen-Anhalt. Karte 2 veranschaulicht die Akzeptanz dieser Vielfaltsdimension farblich.

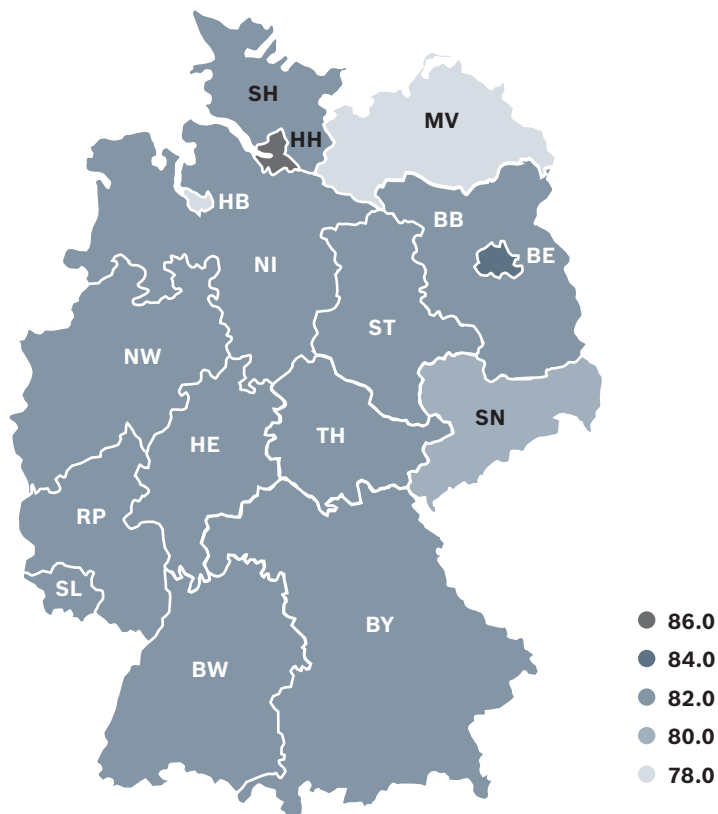


Karte 2: Vielfaltsdimension Lebensalter im Bundesländervergleich

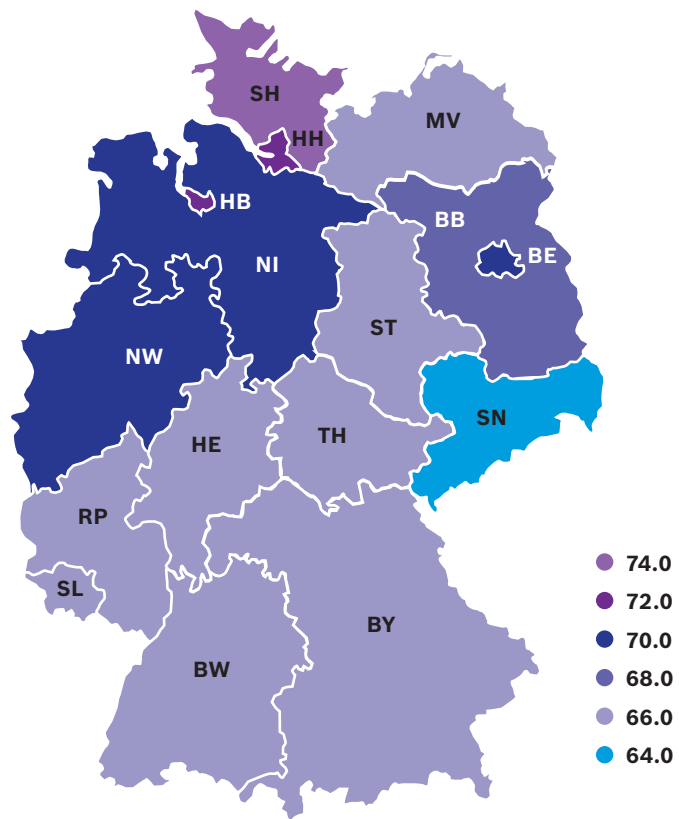
3.3.2 Behinderung

Menschen mit Behinderung erfahren als eine der klassischen Vielfaltsgruppen vergleichsweise viel Aufmerksamkeit in unserer Gesellschaft. Daher ist es nicht verwunderlich, dass diese Dimension deutschlandweit mit 83 Punkten die höchste Akzeptanz erfährt (vgl. Tabelle 8). Interessanterweise lassen sich die Akzeptanzwerte auf Ebene der Bundesländer keinem speziellen Muster zuordnen, wie Karte 3 veranschaulicht. Am höchsten ist die Akzeptanz von Menschen mit Behinderung in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Dies ist wenig verwunderlich, weil es in großen Städten nicht nur besonders viele Möglichkeiten für die Integration behinderter Menschen gibt, sondern diese aufgrund der hohen Einwohnerzahlen auch viel häufiger im Stadtbild vertreten sind. Dazu passt jedoch nicht, dass Bremen als dritter Stadtstaat nur auf dem vorletzten Platz landet – ein Ergebnis, das sicherlich einer genaueren Analyse der Bedingungen

und des Klimas vor Ort bedarf, um es abschließend einzuordnen. Das breite Mittelfeld wird von Ländern aus dem gesamten Bundesgebiet bestritten. Diese Dimension ist somit eines der Beispiele dafür, dass ostdeutsche Länder bei einigen Vielfaltsdimensionen durchaus vordere Akzeptanzplätze belegen. Auf Berlin folgen Niedersachsen, Brandenburg und Bayern vor Nordrhein-Westfalen, das knapp über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 83 Punkten liegt. Daran schließen sich Baden-Württemberg, Thüringen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland an. Am geringsten ist die Akzeptanz von Menschen mit Behinderung in Sachsen und Bremen ausgeprägt. Schwäbisch-Gmünd mit knapp 79 Punkten nur Mecklenburg-Vorpommern ab, wobei dieser Wert immer noch weit über dem Skalendurchschnitt von 50 Punkten liegt.



Karte 3: Vielfaltsdimension Behinderung im Bundesländervergleich



Karte 4: Vielfaltsdimension Geschlecht im Bundesländervergleich

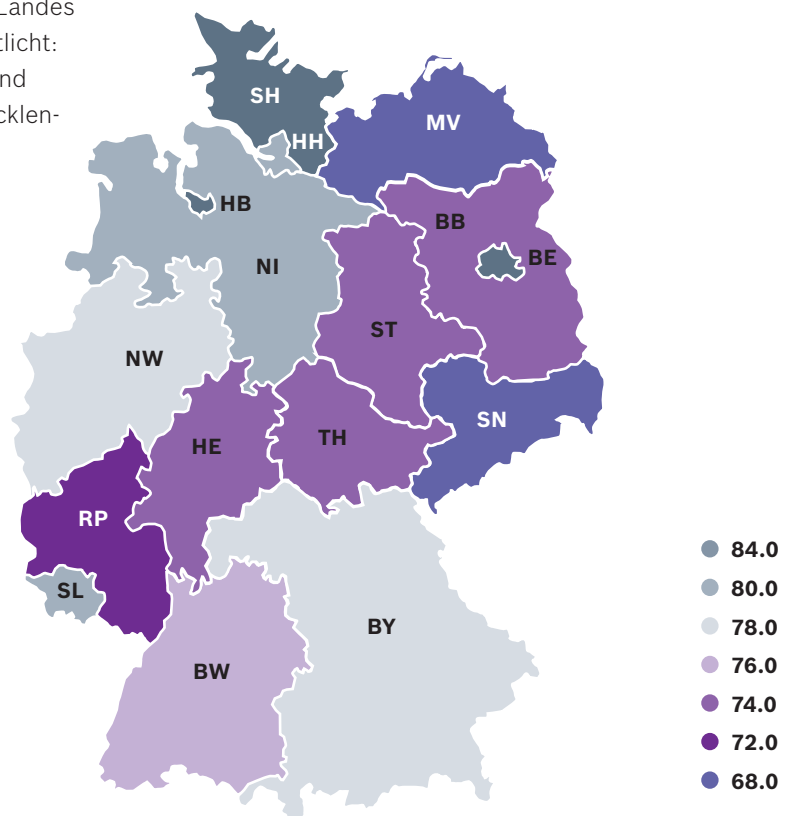
3.3.3 Geschlecht

Bei Fragen der Gleichstellung spielt das Geschlecht seit jeher eine zentrale Rolle. Neben dem Verhältnis von Mann und Frau erfährt mittlerweile auch die Diskussion um das soziale Geschlecht Aufmerksamkeit in der Gesellschaft (vgl. Kapitel 1.4.3). Deutschlandweit liegen die Akzeptanzwerte dieser Vielfaltsdimension im Vergleich zu den anderen Dimensionen dennoch nur im unteren Mittelfeld (Tabelle 8). Auffällig ist das regionale Muster, das anhand des Farbverlaufs in Karte 4 erkennbar wird. Besonders hoch ist die Akzeptanz der Dimension in Norddeutschland. Schleswig-Holstein,

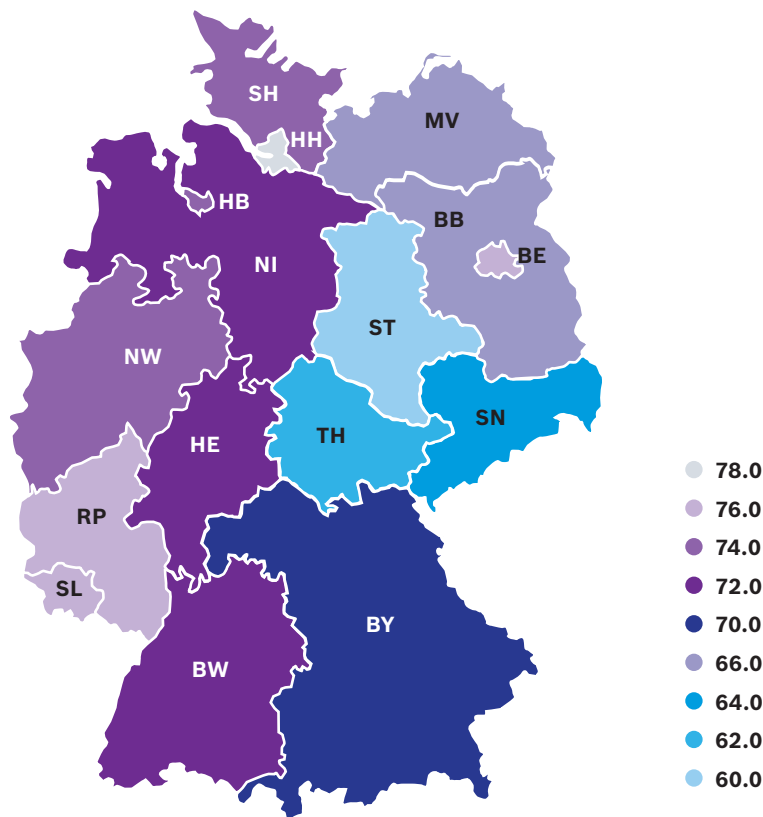
Hamburg, Bremen und Niedersachsen erzielen die höchsten Werte. Diesen Bundesländern folgen Berlin, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg – ebenfalls nördlichere Länder, die sich quer durch die Republik ziehen. Daran schließen sich die südlichen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern an. Am schwächsten ist die Akzeptanz der Dimension Geschlecht in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Hessen, dem Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen ausgeprägt.

3.3.4 Sexuelle Orientierung

Die Akzeptanz gegenüber Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen nimmt weltweit und auch in Deutschland stetig zu (ILGA, 2017). Seit dem 1. Oktober 2017 haben gleichgeschlechtliche Paare hierzulande z. B. nun auch das Recht auf Eheschließung (vgl. Kapitel 1.4.4). Dass dieses Gesetz nicht nur politisch motiviert ist, sondern die tatsächlich gelebte Akzeptanz der deutschen Bevölkerung widerspiegelt, zeigen die Ergebnisse unserer Studie. Mit gut 77 Punkten erreicht die Dimension sexuelle Orientierung die zweitstärksten Werte deutschlandweit. Allerdings unterscheiden sich die Bundesländer in der Akzeptanz mit 86 bis 69 Punkten teils sehr deutlich. Besonders stark ist die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen im Nordwesten und in Süddeutschland ausgeprägt. Schleswig-Holstein und Bremen erzielen die höchsten Werte bei dieser Dimension, gefolgt von den kleinen Bundesländern Berlin und dem Saarland. Auf Niedersachsen folgen Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Sie alle liegen über dem bundesdeutschen Durchschnitt. In den verbleibenden Bundesländern ist die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen schwächer ausgeprägt. Sie ziehen sich vom südlichen Westdeutschland über die Mitte des Landes in den Osten, wie der Farbverlauf auf Karte 5 verdeutlicht: Auf Baden-Württemberg, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt folgen Hessen, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.



Karte 5: Vielfaltsdimension sexuelle Orientierung im Bundesländervergleich



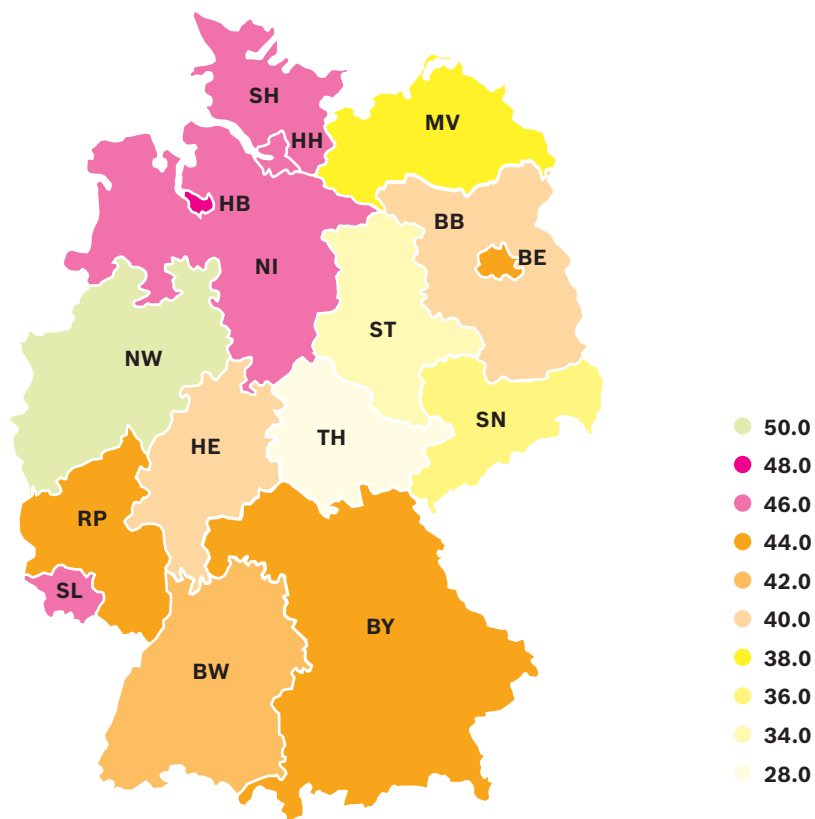
Karte 6: Vielfaltsdimension ethnische Herkunft im Bundesländervergleich

3.3.5 Ethnische Herkunft

Mit der Dimension ethnische Herkunft erfassen wir, inwieweit in Deutschland Menschen mit anderen ethnischen, kulturellen oder nationalen Wurzeln akzeptiert werden. Mit knapp 73 Punkten erreicht diese Dimension einen vergleichsweise hohen Wert in der Gesamtbevölkerung. Allerdings klaffen die Bundesländer teils sehr weit auseinander. Zwischen dem Spitzenreiter Hamburg (knapp 80 Punkte) und Sachsen-Anhalt (knapp 61 Punkte), wo die Dimension am schwächsten ausgeprägt ist, liegen immerhin 19 Skaleneinheiten Unterschied (vgl. Tabelle 8). Wo die Akzeptanz stärker und schwächer ist, wird bei Betrachtung von Karte 6 deutlich. Bundesländer, in denen Menschen mit fremder ethnischer Herkunft in besonders hohem Maß akzeptiert werden, finden sich im Westen Deutschlands – alle drei Stadtstaaten eingeschlossen – und ziehen sich hier vom Norden bis in den Süden. Hamburg, das Saarland und Rheinland-Pfalz erzielen die höchsten Werte, gefolgt von Berlin, Nordrhein-Westfalen,

Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Auch Niedersachsen liegt einen Punkt über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Schwächer ausgeprägt ist die Akzeptanz dieser Dimension in Süd- und Ostdeutschland. Hessen und Bayern folgen Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Auch dieses Ergebnis wirft hinsichtlich seiner Interpretation einige Fragen auf. Die allfällige Kontakthypothese (Allport, 1954) (mehr Kontakt mit Menschen anderer ethnischer Herkunft = mehr Akzeptanz) greift hier nicht, liegt doch etwa Hessen in seinem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Wohnbevölkerung deutlich über dem Bundesdurchschnitt.⁸ Gewachsene Mentalitäten scheinen im Vordergrund zu stehen und wie diese zustande kommen, ist und bleibt eine der schwierigsten Fragen der politischen Sozialisationsforschung (Larsen, Arant, Grossert & Boehnke, 2018).

⁸ https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus/_Tabellen/MHG_1_LaenderGemeinden.html



Karte 7: Vielfaltsdimension Religion im Bundesländervergleich

3.3.6 Religion

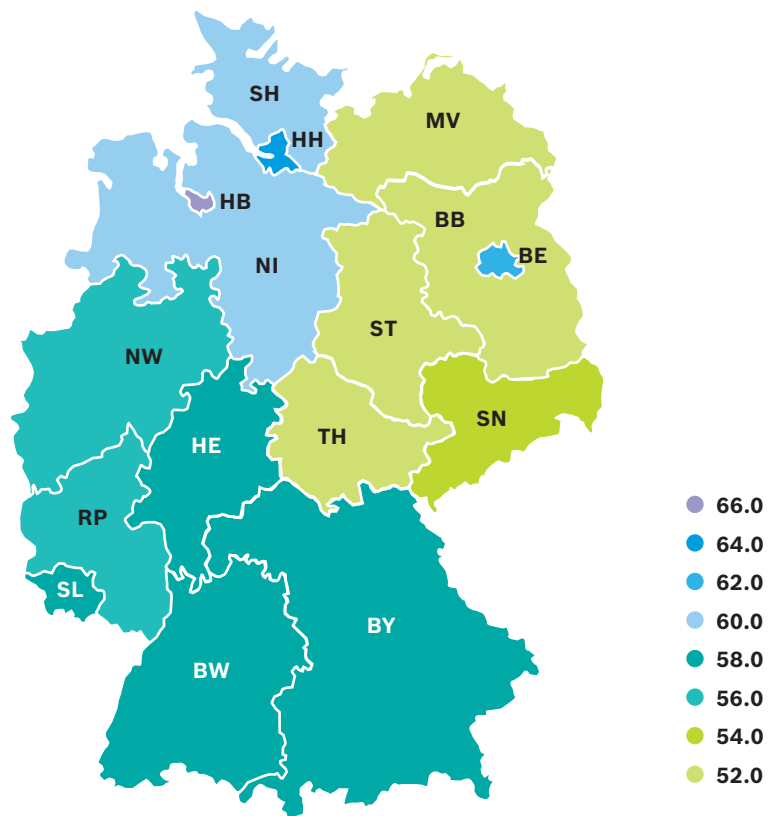
Besonders in den vergangenen Jahrzehnten hat die religiöse Vielfalt in Deutschland stetig zugenommen. Neben einer fortschreitenden Ablösung von christlichen Glaubensrichtungen nimmt der Anteil von Menschen, die nichtchristlichen Religionen angehören, stetig zu (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2016). Wie es um die Akzeptanz bei diesem Thema bestellt ist, erfassen wir mit der Dimension Religion. Unsere Studie kommt dabei zu einem eindeutigen Ergebnis. Im Vergleich zu allen anderen Dimensionen fallen die Akzeptanzwerte mit maximal 30 bis 50 Punkten hier deutlich niedriger aus: Nur in einem einzigen Bundesland liegen sie über dem Skalenmittelwert von 50. Wie Karte 7 verdeutlicht, ist die Akzeptanz unterschiedlicher Religionen in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg und dem Saarland am höchsten ausgeprägt. Auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin und Bayern liegen über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 44 Punkten. Gleichauf ist Rheinland-Pfalz,

gefolgt von Baden-Württemberg, Brandenburg und Hessen. In den mittel- und ostdeutschen Bundesländern ist die Akzeptanz der Dimension schon deutlich schwächer als in den zuerst genannten Ländern ausgeprägt. Besonders niedrige Werte erzielen allerdings die verbleibenden ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wenn man bedenkt, dass zur Erfassung dieser Dimension der Akzeptanz von Vielfalt sowohl ein Item eingesetzt wurde, dem man einen islamkritischen Kern zuschreiben kann, als auch Items, in denen eine allgemeine Aversion gegenüber Religiosität und Religion zum Ausdruck kommt, wird man vor dem Hintergrund, dass erneut vier von fünf ostdeutsche Bundesländer am Ende der Akzeptanzrangliste stehen, spekulieren dürfen, dass es hier um eines der wenigen Felder geht, in denen die im Kern atheistische Staatsideologie der DDR mit Erfolg in die Mentalität der Ostdeutschen eingedrungen ist.

3.3.7 Sozioökonomische Schwäche

Die Akzeptanz gegenüber Menschen mit einem geringen sozioökonomischen Status ist in Deutschland mit gut 58 Punkten vergleichsweise gering ausgeprägt. Nur die Akzeptanz der Dimension Religion erzielt deutschlandweit noch geringere Werte. Mit gut 15 Punkten liegen darüber hinaus auch die Akzeptanzwerte in den einzelnen Bundesländern teilweise weit auseinander. Auffällig bei dieser Dimension ist eine gewisse Dreiteilung: An der Spitze stehen die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin. Dies ist nicht verwunderlich, denn in solchen Ballungsgebieten finden sich viele arme oder von Armut bedrohte Menschen. Auch in den anderen alten Bundesländern ist die Akzeptanz von sozioökonomischer Schwäche vergleichsweise hoch. Auf Schleswig-Holstein folgen Niedersachsen, Bayern, das Saarland, Hessen, Baden-Württemberg und die beiden Nachbarländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Vergleichsweise geringer ist die Akzeptanz gegenüber Menschen mit

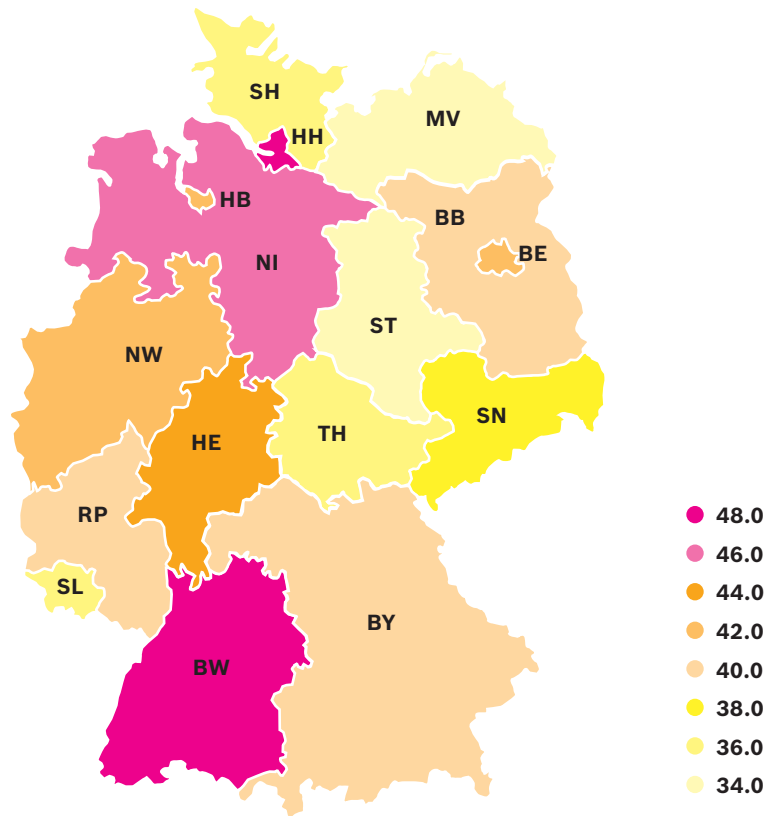
niedrigem sozioökonomischem Status in den neuen Bundesländern ausgeprägt: Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt erzielen mit 55 bis 52 Punkten die niedrigsten Akzeptanzwerte in dieser Dimension. Eine Interpretation dieses Befundes fällt schwer. Der „vormundschaftliche Staat“ (Henrich, 1989) DDR hat immer dafür gesorgt, dass es sozioökonomisch Schwache im Sinne des hier Erfragten (Obdachlose, Sozialhilfeempfänger) nicht geben durfte, aber eben auch kaum gab. Es ist denkbar, dass Bürgerinnen und Bürger der vormaligen DDR diesen Grundsatz der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, wie es im Ideologie-Jargon der SED (VIII. Parteitag) hieß, ihrerseits verinnerlicht haben und nun Individuen gegenüber besonders kritisch sind, die ein Attribut (sozioökonomische Schwäche) aufweisen, das ihnen als im real existierenden Sozialismus als abgeschafft dargestellt wurde.



Karte 8: Vielfaltsdimension sozioökonomische Schwäche im Bundesländervergleich

Exkurs: Elitenhass – ein weiterer Schwachpunkt der Akzeptanz von Vielfalt?

Jenseits der sieben Dimensionen von Vielfalt, die in den Gesamtindex eingehen, gibt es eine weitere gesellschaftliche (Vielfalts-)Gruppe, die in politischen Diskussionen immer wieder eine Rolle spielt, nämlich „die da oben“, die Eliten. Ein gewisser „Elitenhass“, zumindest aber Kritik an bzw. eine Ablehnung von Eliten, bricht sich über Protestbewegungen wie z. B. Occupy und wohl auch den G20-Protest, aber auch populistische Parteien immer wieder Bahn. Um dieses wichtige Thema abzubilden, wurden in der vorliegenden Studie deshalb auch drei Items abgefragt, die sich mit Einstellungen gegenüber Eliten beschäftigen. Eliten, das sind in unserer Befragung nicht nur Superreiche und Spitzenmanager, sondern auch Intellektuelle. Unsere Analysen bestätigen, dass die genannten Gruppen gleichermaßen relevant für unsere Konzeption der Elitenakzeptanz sind (siehe Tabelle 18 im Anhang). Mit dem Ausmaß des Elitenhasses, also der Nichtakzeptanz von Vielfalt bezogen auf Aspekte wie Reichtum, ökonomische Macht und geistige Kompetenz, wird allerdings, so haben unsere Analysen ergeben, nicht dasselbe gemessen, was mit dem Vielfaltsgesamtindex erfasst wird: Elitenhass ist etwas anderes als Nichtakzeptanz von Vielfalt. So können politische Bewegungen, die sich den Widerstand gegen zunehmende Vielfalt auf die Fahne geschrieben haben, nicht mit Bewegungen in einen Topf geworfen werden, die Widerstand gegen Eliten leisten. Da also aufgrund unserer explorativen Faktorenanalyse festgestellt wurde, dass die Akzeptanz von Eliten nicht ausreichend und angemessen auch die Akzeptanz von Vielfalt abbildet (siehe Tabelle 19 im Anhang), musste aus diesen methodisch-statistischen Gründen darauf verzichtet werden, die „Akzeptanz von Eliten“ als achte Dimension in den Gesamtindex aufzunehmen. Da jedoch die Nichtakzeptanz von Eliten in der deutschen Bevölkerung sehr weit verbreitet ist, soll in diesem kurzen Exkurs dennoch berichtet werden, wie es um die Akzeptanz von Eliten in den 16 Bundesländern bestellt ist.



Karte 9: Vielfaltsdimension Eliten im Bundesländervergleich

Mit Werten zwischen 34 und 50 Punkten erreicht diese Dimension ähnlich niedrige Werte wie die Dimension Religion. Auch hier liegt kein einziges Bundesland über dem Skalenmittelwert von 50. Deutschlandweit liegt der Durchschnitt bei 42 Punkten. Wie Karte 9 verdeutlicht, ist die Akzeptanz von Eliten in den Bundesländern am höchsten, die sich von Norden nach Süden durch die Mitte Deutschlands ziehen. Auf Hamburg folgen Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Unter dem deutschlandweiten Schnitt liegen die übrigen westdeutschen Länder Rheinland-Pfalz, Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein. Besonders niedrig ist die Akzeptanz von Eliten in Ostdeutschland und dem Saarland ausgeprägt: Brandenburg und Sachsen liegen vor dem Saarland. Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern erzielen die geringsten Werte auf der Skala.

Ähnlich wie bei der Dimension Religion könnte die Vermutung naheliegen, dass die Ursache für diese Aversion gegen Eliten in den neuen Bundesländern in der Staatsideologie der DDR zu finden ist, die immer wieder die führende Rolle der Arbeiterklasse hervorhob. Ob allerdings diese Interpretation wirklich angebracht ist, erscheint fraglich, symbolisierte doch das Staatswappen der DDR das Bündnis von Arbeitern (Hammer), Bauern (Ährenkranz) und Intellektuellen (Zirkel). Womöglich kommt hier auch eine Art Wut derer zum Ausdruck, die in den Eliten die Verursacher aktueller Misere sehen.

3.4 Vielfaltsprofile – Welche Menschen akzeptieren welche Art von Vielfalt?

3.4.1 Clusteranalysen – ein erster Überblick

Bisher haben wir uns in der Ergebnisdiskussion auf die Stärke des Gesamtindex und der Dimensionswerte in den Bundesländern konzentriert, um zu verstehen, wie es um die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland und seinen Regionen bestellt ist. Allerdings ist es auch möglich, die Akzeptanz von Vielfalt aus der Perspektive der Befragten zu betrachten, anstatt die Bundesländer als Analyseeinheit auszuwählen. Auf diese Weise kann der Frage nachgegangen werden, welche Menschen welche Vielfaltsdimensionen in hohem Maß oder auch überhaupt nicht akzeptieren. Der „geopolitische“ Blickwinkel der bisherigen Analysen bleibt außen vor. Dem vorliegenden Kapitel kommt eine Brückenfunktion zu: Die Akzeptanzwerte, die im Mittelpunkt der Analysen stehen, werden mit personalen Attributen der Befragten verknüpft. Dies stellt in gewisser Weise eine Brücke zu Analysen der Bedingungen und Auswirkungen von hohen bzw. niedrigen Akzeptanzwerten dar, die in Kapitel 4 genauer betrachtet werden.

Die nachfolgend berichteten Analysen spüren in der Gesamtstichprobe Antwortmuster auf. Befragte mit ähnlichen Antwortmustern werden zu Gruppen zusammengefasst. Das statistische Verfahren, das zur Gruppenbildung eingesetzt wird, nennt die sozialwissenschaftliche Methodenlehre „Clusteranalyse“⁹. Es fasst also Befragte zu Gruppen – auch „Cluster“ genannt – zusammen, deren Antwortprofile starke Ähnlichkeit aufweisen, was die Akzeptanz von Vielfalt angeht.

Auch wenn, wie im Exkurs auf Seite 58 beschrieben, die Akzeptanz von Eliten aus methodischen Gründen nicht Bestandteil des Vielfaltsgesamtindex ist, werden die Antworten hinsichtlich der Einstellungen gegenüber Eliten hier ebenfalls in die Analysen einbezogen. In unserer Analyse konnten wir vier Gruppen identifizieren, je zwei eher akzeptierende und ablehnende Cluster. Die Werte, die die jeweiligen Cluster im Gesamtindex erzielt haben, sowie die Anzahl der Befragten, die den Clustern zugeordnet wurden, sind in Tabelle 9 dargestellt.

⁹ Es handelt sich hier um ein hierarchisch-agglomeratives Verfahren mit Ward-Algorithmus und quadrierter euklidischer Distanz als Ähnlichkeitsmaß (n = 2.937).

Gruppe	Vielfaltsgesamtindex	n	%
Cluster 1 – Kosmopoliten	82,18	678	23,1
Cluster 2 – Säkulare Liberale	70,25	1.176	40,0
Cluster 3 – Wertkonservative	61,76	453	15,4
Cluster 4 – Skeptiker	51,17	630	21,5

Die Tabelle zeigt die Werte der vier Cluster auf dem Vielfaltsgesamtindex sowie die Anzahl (n) bzw. Anteil der Befragten (%) in jedem Cluster. Der Index kann Werte von 0 (schwache Akzeptanz) bis 100 (starke Akzeptanz) annehmen. N = 2.937.

Tabelle 9: Ergebnisse der Clusteranalyse

Abbildung 13 stellt die typischen Profile der vier unterschiedlichen Vielfaltsakzeptanz-Gruppen dar. Hierbei handelt es sich jeweils um die Mittelwerte innerhalb einer Gruppe in der jeweiligen Dimension. Noch einmal zur Erinnerung: Wir messen die Akzeptanz von Vielfalt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei der Minimalwert 0 die völlige Ablehnung und der Maximalwert 100 die vollständige Akzeptanz der jeweiligen Dimension ausdrückt.

Die vier Profillinien unterscheiden sich deutlich voneinander. Die blaue Linie (Cluster 1) erreicht in allen Dimensionen das höchste Level, das heißt, die Befragten in diesem Cluster haben ähnlich hohe Werte über alle Dimensionen der Akzeptanz von Vielfalt hinweg. Dieses Cluster umfasst also die Vielfaltsakzeptierenden. Es dürfte sich bei dieser Gruppe wohl vor allem um **Kosmopoliten** handeln. Etwa ein knappes Viertel in unserer bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe hat diese Orientierung.

Im Gegensatz dazu weist die rote Linie (Cluster 4) in fünf der sieben Dimensionen und hinsichtlich der Akzeptanz von Eliten die niedrigsten Werte auf. Nur hinsichtlich der Dimensionen Geschlecht und sexuelle Orientierung liegt dieses Cluster mit seinen Akzeptanzwerten nicht auf dem letzten Platz. Die Befragten dieser Gruppe können als Vielfaltsablehnende bezeichnet werden. Für vier der acht berücksichtigten Dimensionen liegen die Akzeptanzwerte dieses Clusters bei Werten unterhalb von 50. Bei den Dimensionen Lebensalter und ethnische Herkunft liegen die Akzeptanzwerte dieses Clusters besonders deutlich unterhalb der Werte der anderen Cluster. Bei dieser Gruppe von **Skeptikern** zu sprechen scheint angemessen. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung hat diese Orientierung.

Die beiden verbleibenden Gruppen liegen zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Cluster 2 (gelbe Linie) verläuft unterhalb der Kosmopoliten (blaue Linie, Cluster 1), hat aber eine sehr ähnliche Profillinie der Höhen und Tiefen von Akzeptanz über die 7+1 Dimensionen. Auffallend ist allerdings die besonders niedrige Akzeptanz religiöser Vielfalt. Diese sollte man nicht als Islamophobie missverstehen. Es geht vielmehr um eine generelle Skepsis gegenüber allem Religiösen. Insofern als dieses Cluster in der Regel Akzeptanzwerte deutlich über dem mittleren Wert von 50 aufweist, kann man durchaus von einer eher akzeptierenden Gruppe sprechen. Bei dieser Gruppe von **säkularen Liberalen** zu sprechen, scheint angemessen. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung bringen diese Orientierung zum Ausdruck.

Cluster 3 (grüne Linie) liegt in puncto Akzeptanz mit seinem Durchschnittswert auf dem 3. Platz, weist aber ein von den anderen drei Clustern durchaus abweichendes Profil auf. Bei den Dimensionen Geschlecht und sexuelle Orientierung liegt dieses Cluster auf dem letzten Platz. Bei der Dimension ethnische Herkunft und insbesondere hinsichtlich der Dimension Eliten liegt dieses Cluster (sehr) nah an den Kosmopoliten. Zwar lehnt diese Gruppe von Menschen Vielfalt stärker ab als viele Mitmenschen, doch wird relativ deutlich nach Aspekten von Vielfalt differenziert. Das Cluster steht Vielfalt eher ablehnend gegenüber. Insgesamt ist man versucht anzunehmen, dass man hier **Wertkonservative** vor sich hat, die bei aller grundsätzlicher Reserviertheit gegenüber Vielfalt im Vergleich zu den anderen Clustern insbesondere ethnischen Minderheiten und Eliten relativ positiv gegenüberstehen. Etwa 15 Prozent der Bevölkerung bringen diese Orientierung zum Ausdruck.

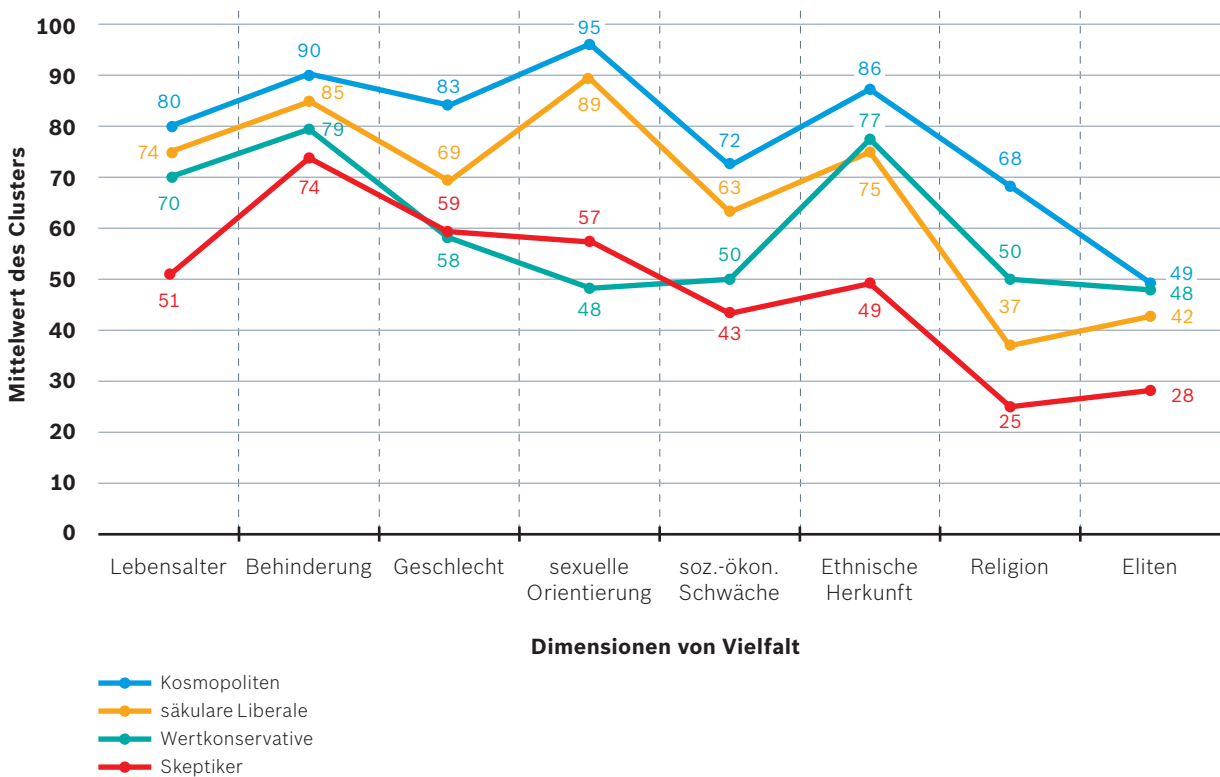


Abbildung 13: Profile der vier unterschiedlichen Vielfaltsakzeptanz-Cluster (2.937 Befragte). Dargestellt sind jeweils die Akzeptanzmittelwerte in den einzelnen Vielfaltsdimensionen.

Insgesamt betrachtet weisen die Cluster nicht nur Unterschiede bezüglich ihrer globalen Akzeptanz der einzelnen Vielfaltsdimensionen auf. Die Linien verdeutlichen zudem, dass die Cluster sich auch darin unterscheiden, wie stark oder schwach einzelne Vielfaltsdimensionen innerhalb einer Gruppe akzeptiert oder abgelehnt werden. So ist bei den Kosmopoliten (blaue Linie) der Wert in der Dimension Eliten sehr niedrig (knapp 50 Punkte), der in der Dimension sexuelle Orientierung hingegen ausgesprochen hoch (95 Punkte). Bei den säkularen Liberalen liegt der Hochpunkt ebenfalls bei der Dimension sexuelle Orientierung, der Tiefpunkt hingegen bei religiöser Vielfalt. Bei den Wertkonservativen gibt es einen Tiefpunkt der Akzeptanz bei der sexuellen Orientierung und einen relativen Hochpunkt bei der Akzeptanz von Behinderung. Den gleichen Hochpunkt gibt es bei den Skeptikern; ihren Tiefpunkt hat dieses Cluster hingegen bei der Akzeptanz religiöser Vielfalt. Insgesamt entspricht das Auf und Ab der Linien über alle Cluster hinweg den verschiedenen hohen Durchschnittswerten der einzelnen Dimensionen, die bereits in Kapitel 3.2 (siehe auch Tabelle 8) vorgestellt wurden. Die Cluster differenzieren diese Durchschnittswerte allerdings weiter aus. So beträgt der deutschlandweite Durchschnittswert der Dimension sexuelle Orientierung 77

Punkte. Im Gegensatz dazu liegen die Akzeptanzwerte bei den Kosmopoliten bei 95 Punkten und bei den Wertkonservativen nur bei gut der Hälfte dieses Werts, nämlich bei 48 Punkten. Auch bei den Dimensionen ethnische Herkunft und Religion sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Clustern sehr groß. Eine deutlich über Islamophobie hinausgehende Ablehnung alles Religiösen sowie Skepsis gegenüber „dem Fremden“ und dem „sexuell Andersartigen“ scheinen zentrale Trennlinien der bundesdeutschen Gegenwartsgesellschaft zu sein.

Der bei Weitem geringste Unterschied zwischen den Clustern findet sich in der Dimension Behinderung: Die Differenz zwischen dem höchsten (Kosmopoliten mit 90 Punkten) und dem niedrigsten durchschnittlichen Dimensionswert (Skeptiker mit 73 Punkten) beträgt nur 17 Punkte. Die beiden ablehnenden Cluster weisen hier – wie ausgeführt – ihre jeweils höchsten Akzeptanzwerte auf, was erklärt, warum die Dimension Behinderung deutschlandweit die höchste Akzeptanz erfährt (vgl. Kapitel 3.2 und Tabelle 8). Inklusion eignet sich offenbar nicht als Thema für gesamtgesellschaftliche Spaltungstendenzen.

3.4.2 Welche Menschen finden sich in welcher Gruppe?

Nachfolgend wollen wir beschreiben, aus welchen Menschen sich die einzelnen Gruppen zusammensetzen. Dazu vergleichen wir die soziodemografischen Angaben der Personen aus dem Fragebogen sowie ihre Selbstaussagen zu psychologischen Fragen mit der Clusterzugehörigkeit. Detaillierte Informationen zu allen Werten und Ergebnissen finden sich in Tabelle 21 im Anhang.

Geschlecht und Alter

Hinsichtlich der Geschlechterzusammensetzung der vier Cluster gibt es ein eindeutiges Ergebnis: Bei den Kosmopoliten und säkularen Liberalen überwiegen die Frauen, bei den Wertkonservativen und den Skeptikern die Männer. Das Durchschnittsalter der vier Cluster steigt mit dem Ausmaß der Ablehnung von Vielfalt an: Je älter die Befragten sind, desto höher ihre Vorbehalte gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt.

Lebensmittelpunkt

Kosmopoliten und säkulare Liberale leben deutlich häufiger in Großstädten, als dies bei Wertkonservativen (nur etwa ein Drittel) und Skeptikern (ein gutes Viertel) der Fall ist.

Migrationshintergrund

Interessant ist der Befund, dass es unter den Wertkonservativen viele Menschen mit Migrationshintergrund gibt (etwa ein Drittel), während es in allen drei anderen Clustern, also sowohl bei Kosmopoliten und säkularen Liberalen als auch bei Skeptikern, jeweils nur etwa ein Fünftel ist.

Religiosität

In Analogie zum Befund bezüglich des Migrationshintergrunds ist auch der Befund zur – eigenen – Religiosität der Befragten zu sehen: Unter den Wertkonservativen ist der Anteil religiöser Menschen am größten. Festzuhalten ist dabei aber, dass auch in diesem Cluster der Mittelwert der Religiosität unter dem Skalenmittelpunkt liegt: Er variiert auf einer Skala von 1 (gar nicht religiös) bis 5 (sehr religiös) zwischen 2,3 bei den säkularen Liberalen und 2,8 bei den Wertkonservativen.

Hochschulbildung

Das Ausmaß der Hochschulbildung unterscheidet sich zwischen den vier Clustern in einem Ausmaß, das durchaus als dramatisch bezeichnet werden kann: So hat ein Viertel der Skeptiker Hochschulbildung; bei den Kosmopoliten sind es hingegen 45 Prozent. Die anderen beiden Gruppen liegen mit 37 Prozent (säkulare Liberale) und 28 Prozent (Wertkonservative) dazwischen.

Einkommen

Des Weiteren verfügen die Mitglieder der beiden Vielfalt eher ablehnenden Gruppen (Wertkonservative und Skeptiker) auch über weniger Geld als die anderen beiden Cluster: Während Kosmopoliten und säkulare Liberale jeweils ein Nettoeinkommen von gut 2.600 € im Monat haben, sind es bei den anderen beiden Gruppen gut 2.200 €.

Digitalisierung

Fast frappierend erscheinen die Unterschiede in der Nutzung des Internets durch die vier Cluster. Während deutlich mehr als zwei Drittel der Kosmopoliten und der säkularen Liberalen täglich das Internet nutzt, ist es bei den Wertkonservativen und den Skeptikern jeweils nur eine Minderheit, die über derartige Nutzungsgewohnheiten berichtet. Am geringsten ist die Digitalisierung des Alltags bei den Skeptikern fortgeschritten.

Globalisierung

Alle vier Cluster liegen in ihrer Bewertung der Globalisierung als Bedrohung (0) oder als Chance (10) über dem Skalenmittelpunkt von 5. Dennoch zeichnet sich ein klarer Unterschied zwischen den drei Clustern Kosmopoliten, säkulare Liberale und Wertkonservative auf der einen Seite und Skeptikern auf der anderen Seite ab. Die Skeptiker bewerten das Ausmaß der Chancen, die die Globalisierung bietet, um einen ganzen Skalenpunkt niedriger als die Wertkonservativen, die sich von den anderen beiden Clustern in ihrer positiven Sichtweise der Globalisierung nur geringfügig unterscheiden.

Politische Orientierung

Die politische Orientierung der Befragten wurde auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) erfasst. Ähnlich dem Befund für die Einstellung zur Globalisierung unterscheidet sich auch hier die Gruppe der Skeptiker von den anderen drei Gruppen: Einzig bei ihnen findet sich eine „rechte“ Grundorientierung. Und nur hier liegt der Clustermittelpunkt über dem Skalenmittelpunkt von 5. Die anderen drei Cluster berichten von sich selbst eher eine politische Orientierung links des Skalenmittelpunkts: Kosmopoliten stehen dabei am weitesten links (3,6), säkulare Liberale folgen (4,3) und Wertkonservative liegen sehr nah am Skalenmittelpunkt (4,9).

Persönlichkeitsmerkmale

Wichtigste Unterscheidungsmerkmale zwischen den Clustern im Bereich der Persönlichkeitsmerkmale sind die Empathiefähigkeit und das Ausmaß der Intergruppenangst. Die Empathiefähigkeit steht in einem linearen Zusammenhang mit der Akzeptanz von Vielfalt in den vier Clustern: je mehr Empathiefähigkeit, desto größer die Akzeptanz von Vielfalt. Die Unterschiede zwischen den Clustern sind allerdings nicht sehr ausgeprägt, sie variieren auf einer Skala von 1 (gar keine) bis 5 (sehr starke) nur zwischen 3,9 und 4,2. Anders bei der Intergruppenangst: Dort unterscheiden sich insbesondere die Kosmopoliten und die Skeptiker massiv voneinander. Auf einer Skala von 0 (überhaupt keine Angst) bis 10 (sehr starke Angst) liegen fast zwei Skalenpunkte (3,4 vs. 5,2) zwischen ihnen. Die Skeptiker sind (erneut – wie auch bei der politischen Orientierung) die einzige Gruppe, deren Intergruppenangst über dem Skalenmittelpunkt von 5 liegt. Die beiden anderen Cluster liegen zwischen Kosmopoliten und Skeptikern und unterscheiden sich kaum (Liberale: 4,3; Wertkonservative: 4,4) voneinander.

Wer akzeptiert Vielfalt, wer ist kritisch?

Welche Menschen akzeptieren Vielfalt nun tendenziell mehr als andere? Fassen wir die Ergebnisse kurz zusammen, ergibt sich ein recht deutliches Bild: Kosmopoliten und säkulare Liberale haben durchschnittlich ein höheres Einkommen, eine höhere Bildung, sind politisch eher links orientiert und jünger als die Vielfaltsablehner; und es handelt sich eher um Frauen. Gruppen, die Vielfalt eher kritisch gegenüberstehen, zeichnen sich durch Mitglieder aus, die weniger empathisch sind und ein gerüttelt Maß an Intergruppenangst zum Ausdruck bringen. Wenig Aufmerksamkeit hat in der öffentlichen Diskussion bisher der Befund gespielt, dass Vielfaltsbefürworter und Vielfaltsablehner sich massiv in ihren Internetnutzungsgewohnheiten unterscheiden. Je höher das Ausmaß der täglichen Internetnutzung ist und damit ein Verständnis des Internets als „Tor in die Welt“, desto höher ist auch das Ausmaß der Akzeptanz von Vielfalt.

3.5 Welche Gruppen assoziieren die Menschen in Deutschland zurzeit mit dem Begriff „Vielfalt“?

Zum Schluss dieses Kapitels gehen wir der Frage nach, welche der von uns untersuchten Vielfaltsdimensionen für die Menschen in Deutschland derzeit besonders große Relevanz haben. Hierzu analysieren wir, wie stark die beiden Bereiche des Vielfaltsgesamtindex und seine Dimensionen (vgl. Kapitel 2.5) jeweils mit der Dimension Akzeptanz von Diversität aus dem Kurzindex gesellschaftlicher Zusammenhalt zusammenhängen. Die Akzeptanz von Vielfalt haben wir dort mit einer allgemein gehaltenen Frage gemessen: „Würden Sie sagen, dass das Leben in Deutschland im Allgemeinen durch zunehmende Vielfalt bedroht oder bereichert wird?“ (siehe auch Tabelle 20 im Anhang). Bringen wir nun diese Frage mit den einzelnen Dimensionen der Akzeptanz von Vielfalt in Verbindung, die wir für die vorliegende Studie entwickelt und gemessen haben, können wir herausfinden, welche Aspekte von Vielfalt die größte Relevanz haben. Dies tun wir mithilfe von sogenannten bivariaten Korrelationen.

Infobox: Zusammenhänge anhand von Korrelationen messen

Korrelationen geben Auskunft über die Stärke des Zusammenhangs zweier Variablen und können Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen. Erreicht eine Korrelation den Maximalwert von 1 bzw. -1 , stehen die beiden Variablen in einem idealtypischen linearen Zusammenhang zueinander; beträgt der Wert 0 , sind sie völlig unabhängig voneinander. Ist eine Korrelation positiv, bedeutet dies, dass immer dann, wenn eine Variable höhere Werte aufweist, dies auch für die andere Variable der Fall ist (ein Beispiel ist der Zusammenhang zwischen Körper- und Schuhgröße). Umgekehrt verhält es sich bei einer negativen Korrelation: Hohe Ausprägungen einer Variablen gehen mit niedrigen Ausprägungen der anderen Variable einher (z. B. Menge der gerauchten Zigaretten- und Lebenserwartung). Zudem unterscheidet man die Bedeutsamkeit eines gefundenen Zusammenhangs. Bei großen Stichproben wie in der vorliegenden Studie spricht man bei einem Korrelationskoeffizienten zwischen $0,1$ und $0,3$ von einem schwachen, zwischen $0,3$ und $0,5$ von einem mittleren und darüber von einem starken Zusammenhang (Cohen, 1988).

	Dimension 1.3 Akzeptanz von Diversität des Kurzindex Zusammenhalt
Vielfaltsgesamtindex	0,54 **
Lebensalter	0,19 **
Behinderung	0,20 **
Geschlecht	0,21 **
Sexuelle Orientierung	0,33 **
Sozioökonomische Schwäche	0,27 **
Ethnische Herkunft	0,57 **
Religion	0,46 **

Angegeben ist der Korrelationskoeffizient r zwischen der Variable „Würden Sie sagen, dass das Leben in Deutschland im Allgemeinen durch zunehmende Vielfalt bedroht oder bereichert wird?“, die im Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt die Dimension Akzeptanz von Diversität (1.3) misst, und dem Vielfaltsgesamtindex und seinen sieben Dimensionen. Es handelt sich um einfache, bivariate Korrelationen auf Basis der Gesamtstichprobe ($N = 2.937$). Signifikanz: ** $p \leq .01$, * $p \leq .05$

Tabelle 10: Zusammenhänge des Vielfaltsgesamtindex mit der Dimension 1.3 „Akzeptanz von Diversität“ des Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Ergebnisse sind in Tabelle 10 dokumentiert. Obwohl alle Zusammenhänge hoch signifikant sind, verdeutlichen die Korrelationskoeffizienten, dass – jenseits des Vielfaltsgesamtindex – in erster Linie die beiden Dimensionen ethnische Herkunft ($r = 0,57$) und Religion ($r = 0,46$) mit dem aus dem Bertelsmann-Radar entliehenen Item zur Messung der Akzeptanz von Vielfalt in Zusammenhang stehen. Der nächststärkste Zusammenhang findet sich für die Vielfaltsgesamtdimension sexuelle Orientierung ($r = 0,33$). Für alle anderen Dimensionen findet sich ein schwacher Zusammenhang.

Die Menschen in Deutschland assoziieren derzeit mit dem Begriff „Vielfalt“ also offenbar in erster Linie Dinge, die man als „kulturelle Aspekte“ bezeichnen könnte, nämlich die ethnische Herkunft und religiöse Diversität. Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen sowie des starken Zuzugs von geflüchteten Menschen aus Kriegsgebieten und wirtschaftlich schwachen Ländern in den vergangenen Jahren ist dies auch nicht verwunderlich. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass die vorherrschenden Gruppen, um die es bei der Akzeptanz von Vielfalt geht, gesellschaftlichen Trends und Veränderungen unterworfen sind. So lässt sich vermuten, dass die sexuelle Orientierung vor einigen Jahren noch deutlich präsenter in den Köpfen der Menschen war und in einigen Jahren andere Gruppen (wieder) ins Bewusstsein rücken. Schon jetzt zeichnet sich sogar innerhalb der Dimension Religion ab, dass nicht alle religiösen Gruppen von gleicher Bedeutung für die Menschen sind, wenn sie an Vielfalt in Deutschland denken.

4. Einflussfaktoren und Auswirkungen

Die vorliegende Studie setzt sich zum Ziel, nicht nur die Ausprägungen der Akzeptanz verschiedener Facetten von Vielfalt in den Bundesländern darzustellen, sondern auch zu erforschen, wie sich die gefundenen Unterschiede anhand Einflussfaktoren auf der Bundesländer- wie auch der Individualebene erklären lassen. Ebenso wichtig ist die Frage, inwieweit der konstruktive Umgang mit Vielfalt eine – positive – Rolle im Leben der Menschen spielt: Wir prüfen, ob ein gesellschaftliches Klima, das von einer stärkeren Akzeptanz von Vielfalt geprägt ist, zu einer höheren Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger beiträgt.

4.1 Wie haben wir untersucht?

4.1.1 Einflussfaktoren auf Bundesländerebene

Was prägt die Einstellungen zu verschiedenen Aspekten von Vielfalt in der deutschen Gesellschaft? Dieser Frage gehen wir zunächst mit einer Analyse der Rolle von ausgewählten strukturellen Merkmalen der Bundesländer nach. Es werden Einflussgrößen aus sechs Themenfeldern betrachtet: Wohlstandsniveau und Wirtschaftslage, Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat, Digitalisierung, Demografie, objektive ethnokulturelle Diversität sowie Bildung und Kultur. Die Maßzahlen für die untersuchten Merkmale stammen zumeist aus dem Datenbestand der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (StABL). Weitere Daten wurden von infas zur Verfügung gestellt und aus der hier vorgelegten eigenen Befragung aggregiert. Die Variablen sowie ihre Quellen und die Ergebnisse sind Tabelle 11 zu entnehmen.

4.1.2 Einflussfaktoren auf Individualebene

Neben Strukturmerkmalen untersuchen wir auch, ob individuelle Merkmale der Bevölkerung den Umgang mit Vielfalt steuern. Hierfür werden folgende soziodemografische und -ökonomische Charakteristika der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Befragungsstudie einbezogen: Geschlecht, Alter, Wohnortgröße, Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit und Religiosität, Bildungsgrad, Beschäftigungsstatus und Einkommensschicht.

Weiterhin wird überprüft, ob Modernisierung und Globalisierung mit individuellen Einstellungen gegenüber Vielfalt einhergehen. Hierfür vergleichen wir Befragte, die das **Internet** täglich für Privatzwecke nutzen, mit denen, die weniger häufig bis gar nicht online sind. Zur Rolle der Globalisierung erfassen wir die Einstellungen der Befragten anhand folgender Frage: „Sehen Sie die **Globalisierung** für sich persönlich eher als Bedrohung oder als Chance? Auf einer Skala von 0 bis 10, bei der 0 für Bedrohung und 10 für Chance steht, wo würden Sie sich verorten?“

Ebenfalls analysiert wird der Einfluss der individuellen **politischen Orientierung** auf die Akzeptanz von Vielfalt anhand folgender Frage: „In der Politik spricht man von links und rechts. Wie würden Sie ganz allgemein Ihren eigenen politischen Standort beschreiben? Auf einer Skala von 0 bis 10, bei der 0 für links und 10 für rechts steht, wo würden Sie sich verorten?“

Die letzte Gruppe von möglichen Einflussfaktoren erfasst psychologische Dispositionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Studie. Zum einen haben wir den Grad der **Empathie**, die die Befragten für andere Menschen empfinden, also ihr Mitgefühl, gemessen. Hierfür wurden die Befragten aufgefordert anzugeben, wie gut folgende drei hypothetischen Situationen ihre Gedanken und Gefühle beschreiben: „Ich erlebe mich mitfühlend und zugewandt gegenüber Leuten, die weniger Glück haben als ich“, „Wenn Leute ausgenutzt werden, habe ich das Gefühl, dass ich sie schützen möchte“, „Ich bin oft ganz schön berührt über Dinge, die ich so mitbekomme“. Die Antwortmöglichkeiten für jedes Item variierten zwischen 1 („beschreibt mich gar nicht gut“) bis 5 („beschreibt mich sehr gut“). Zum anderen haben wir in unserer Studie die sogenannte **Intergruppenangst** (intergroup anxiety) erfasst. Hierbei geht es um die Gefühle, die die Befragten gegenüber der zunehmenden Vielfalt in Deutschland empfinden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Studie waren aufgefordert, auf einer Antwortskala von 0 bis 10¹⁰ anzugeben, wie stark sie die folgenden acht Gefühle empfinden: ängstlich, gelassen, behaglich, entspannt, angestrengt, unruhig, besorgt und zufrieden.

4.1.3 Auswirkungen

Was die allgemeine Lebensqualität der Menschen (und hier wenden wir uns wieder der Bundesländerebene zu) als angenommene Auswirkung eines konstruktiven Umgangs mit Vielfalt angeht, unterscheiden wir nach Gesundheit und subjektivem Wohlbefinden. Wir untersuchen damit im Prinzip, ob eine hohe Akzeptanz von Vielfalt mit einer besseren Gesundheit der Befragten und höherem subjektivem Wohlbefinden einhergeht.

Gesundheit erfassen wir anhand zweier Indikatoren. Zum einen nutzen wir Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (StABL) zur **Suizidrate**. Zurückgehend auf die klassischen Arbeiten von Émile Durkheim gilt diese als objektiver Indikator dafür, wie verbreitet Anomie (der Zustand mangelhafter Integration) in einer Gesellschaft ist. Zum anderen haben wir in unserer Befragung die **subjektive Einschätzung der Menschen zu ihrer Gesundheit** wie folgt gemessen: „Wie würden Sie Ihren Gesundheitszustand im Allgemeinen beschreiben?“ Die Antwortmöglichkeiten variieren auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut). Für unsere Berechnungen nutzen wir den Bundesländermittelwert. Es geht uns also um die Frage, inwieweit eine große Akzeptanz von Vielfalt den allgemeinen Gesundheitsstatus der Bevölkerung verbessert.

Zur Erfassung des subjektiven Wohlbefindens haben wir zwei Aspekte gemessen: **Glück**, die affektive Komponente, und **Lebenszufriedenheit**, die kognitive Komponente. Zur Messung ersterer wurde folgende Frage gestellt: „Alles in allem betrachtet, was würden Sie sagen, wie glücklich sind Sie?“ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Studie konnten ihre Antwort auf einer Skala von 0 (sehr unglücklich) bis 10 (sehr glücklich) abstufen. Lebenszufriedenheit haben wir mit folgender Frage erfasst: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem – mit Ihrem Leben?“ Die Antwortmöglichkeiten variierten zwischen 0 (ganz und gar unzufrieden) und 10 (ganz und gar zufrieden). Auch hier geht der jeweilige Bundesländermittelwert in unsere Berechnungen ein. Es geht uns also um die Frage, ob eine hohe Akzeptanz von Vielfalt im Allgemeinen die Zufriedenheit der Bevölkerung positiv beeinflusst.

¹⁰ Wobei 0 bedeutet, dass sie das jeweilige Gefühl überhaupt nicht empfinden, während 10 bedeutet, dass sie es in sehr starkem Maße empfinden.

4.2 Strukturelle Ursachen für die Akzeptanz von Vielfalt auf Bundesländerebene

Tabelle 11 zeigt die bivariaten sowie die partiellen Korrelationskoeffizienten für die untersuchten Zusammenhänge zwischen dem Vielfaltsgesamtindex und den Strukturmerkmalen der Bundesländer. In unseren Interpretationen beziehen wir uns hauptsächlich auf die um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereinigten Partialkorrelationen.

Wohlstandsniveau und Wirtschaftslage

Die Modernisierungsthese des amerikanischen Politikwissenschaftlers Ronald Inglehart (1998) besagt, dass Postmaterialismus (also eine Zuwendung zu Lebenszielen des Nichtmateriellen bzw. des „Übergeordneten“) erst nach Erfüllung von materiellen Bedürfnissen entstehen kann. Akzeptanz von Vielfalt lässt sich problemlos einer postmaterialistischen Orientierung zuordnen und es liegt nahe anzunehmen, dass wirtschaftliche Prosperität in einem positiven Zusammenhang mit dieser steht. Die Korrelation zwischen dem BIP pro Kopf und dem Vielfaltsgesamtindex in den Bundesländern fällt tatsächlich hoch und positiv aus ($r = 0,73$). Je reicher das Bundesland, umso stärker ist dort auch die durchschnittliche Akzeptanz von Vielfalt. Abbildung 14 verdeutlicht diesen Befund noch einmal in einem sogenannten Streudiagramm. Dort wird dargestellt, wie es in jedem einzelnen Bundesland um die Ausprägung des BIP und der Akzeptanz von Vielfalt gemessen über den Gesamtindex bestellt ist. Die Grafik zeigt, dass tendenziell immer dort Vielfalt stärker akzeptiert wird, wo ein hohes BIP vorliegt. Veranschaulicht wird dies durch die ansteigende sogenannte Regressionslinie.

Neben der wirtschaftlichen Prosperität untersuchen wir den Einfluss der aktuellen Wirtschaftslage. Hierfür ziehen wir die Arbeitslosenquote heran, sowohl allgemein als auch für bestimmte soziale Gruppen wie junge Menschen (im Alter von 15 bis 24), Menschen vor der Rentenzeit (55 bis 64 Jahre), Langzeitarbeitslose und Nichtdeutsche. Zwar ergeben sich auf den ersten Blick überall negative Zusammenhänge zwischen allen Arbeitslosigkeitsindikatoren und dem Vielfaltsgesamtindex: je höher die Arbeitslosigkeit, desto geringer die Akzeptanz von Vielfalt, was wenig überraschend ist. Es fällt allerdings auf, dass nur eine hohe Arbeitslosenquote unter Menschen im Alter von 55 bis 64 Jahren statistisch signifikant ist und auch nach Kontrolle des BIP Bestand hat ($r = -0,73$). Daraus lässt sich schließen, dass Menschen, die das Ende ihres Berufslebens in Arbeitslosigkeit erreichen, eine deutlich negativere Einstellung gegenüber Vielfalt haben als Menschen anderer Altersgruppen. Die Frage, ob dieser Befund möglicherweise auf Belange wie empfundene Ungerechtigkeit hindeutet oder daher rührt, dass in Ostdeutschland gerade Menschen dieses Alters eine in besonderem Maße gebrochene Biografie haben, bedarf weiterer Analysen.

Merkmal	Einfache Korrelation	Um BIP bereinigte Korrelation	Quelle
<i>Wohlstandsniveau und Wirtschaftslage</i>			
(In) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	0,73**		StABL
% Arbeitslosigkeit	-0,23	0,07	StABL
% Arbeitslosigkeit (15 – 24 Jahre alt)	-0,23	0,15	StABL
% Arbeitslosigkeit (55 – 64 Jahre alt)	-0,87**	-0,73**	StABL
% Arbeitslosigkeit (Langzeit)	-0,09	0,15	StABL
% Arbeitslosigkeit (Nicht-Deutsche)	-0,21	0,18	StABL
<i>Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat</i>			
Einkommensungleichheit (Gini)	0,85**	0,63*	StABL
Einkommensreichumsquote	0,70**	0,24	StABL
Armutsgefährdung	-0,25	-0,01	StABL
Mindestsicherung	0,13	0,21	StABL
<i>Digitalisierung</i>			
Verfügbarkeit des Internets > 50 Mbps	0,89**	0,75**	infas
<i>Demographie</i>			
Jugendquotient	0,62*	0,42	StABL
Altenquotient	-0,71**	-0,31	StABL
Durchschnittsalter	-0,79**	-0,49	StABL
Bevölkerungsdichte	0,53*	0,32	StABL
<i>Diversität</i>			
% Nicht-Deutsche insgesamt	0,75**	0,30	StABL
% mit türkischem Migrationshintergrund	0,74**	0,46	infas
% mit ex-sowjetischem Migrationshintergrund	0,75**	0,40	infas
% Migranten aus EU-Mitgliedsstaaten	0,72**	0,24	infas
% ohne Migrationshintergrund	-0,75**	-0,33	infas
<i>Bildung und Kultur</i>			
% Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	-0,64**	-0,24	StABL
Selbsteinschätzung Religiosität	0,62**	0,43	Befragung

Angegeben ist der Korrelationskoeffizient r zwischen dem Vielfaltsgesamtindex und der jeweiligen Variable jeweils für den einfachen Zusammenhang und für den um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereinigten Zusammenhang. Signifikanz der Korrelation bei zweiseitigen Tests: * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$. $N = 16$ Bundesländer.

Tabelle 11: Zusammenhänge des Vielfaltsgesamtindex mit ausgewählten strukturellen Merkmalen

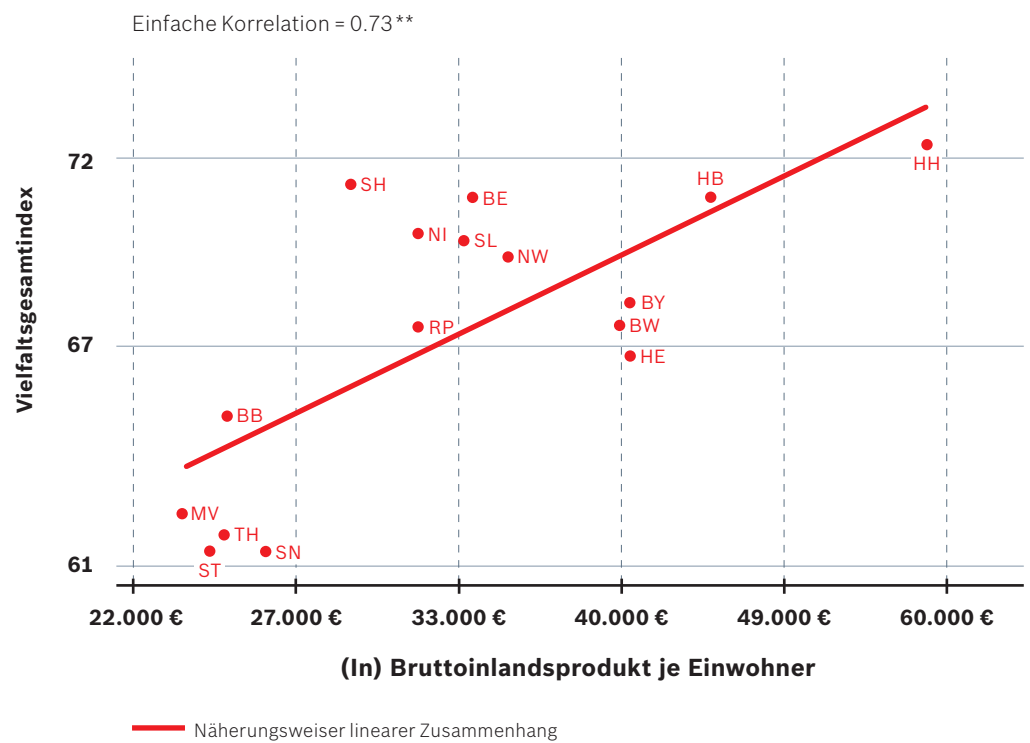


Abbildung 14: Zusammenhang zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Vielfalts-
gesamtindex

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Vielfaltsgesamtindex (2018) und dem Bruttoinlandsprodukt (2012–2014). Für Letzteres wurde der natürliche Logarithmus (ln) in der Analyse verwendet. Signifikanz der Korrelationen bei zweiseitigen Tests: * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$.

Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat

Der zweite Themenbereich von Strukturmerkmalen bezieht sich auf das Ausmaß der sozioökonomischen Ungleichheiten und die Rolle des Wohlfahrtsstaates. Im Einzelnen betrachten wir Einkommensungleichheit, Armut sowie Maßnahmen des Staates zur Minderung dieser Faktoren.

Unter der Annahme, dass soziale Ungleichheit abträglich für einen positiven Umgang mit Vielfalt sein sollte, wirkt das Ergebnis überraschend, dass Einkommensungleichheit, gemessen am sogenannten Gini-Koeffizienten (bei dem hohe Werte für mehr Ungleichheit in einer sozialen Einheit stehen) tatsächlich mit höheren Vielfaltsakzeptanzwerten einhergehen. Dieser Befund bleibt auch nach Herausrechnen des BIP bestehen ($r = 0,63$). Um diesen Zusammenhang besser zu verstehen, blicken wir auf das obere wie untere Ende der Einkommensverteilung. Die sogenannte Einkommensreichumsquote, also der Anteil an Menschen mit einem Einkommen von mehr als 200 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der gesamten Bevölkerung in Deutschland, weist einen positiven Zusammenhang mit dem Vielfaltsgesamtindex auf ($r = 0,70$). Zwar bleibt die positive Tendenz nach Bereinigung um das BIP bestehen, aber der Zusammenhang verliert seine Signifikanz. Dies deutet darauf hin, dass eine Häufung von Reichtum, auch wenn sie nur am oberen Ende der Verteilung

entsteht, sich durch ihre wirtschaftlichen Vorteile positiv auf die Akzeptanz von Vielfalt auswirkt. Das ist allerdings nicht der Fall am unteren Ende der Verteilung, wie die nicht signifikante Korrelation zwischen der Armutsgefährdungsquote und dem Gesamtindex zeigt. Radikal formuliert steht allerdings die Frage im Raum, ob die Akzeptanz von Vielfalt womöglich vor allem eine Weltsicht der Privilegierten unserer Gesellschaft ist. Wir stellen nachfolgend den auf den ersten Blick überraschenden Befund auch noch einmal in einem Streudiagramm dar (Abbildung 15). Dieses zeigt eindrucksvoll, dass die Akzeptanz von Vielfalt tendenziell dort höher ist, wo es eine höhere Einkommensungleichheit gibt, etwa in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, wohingegen die Akzeptanz von Vielfalt in den ostdeutschen Bundesländern mit ihren relativ geringen Einkommensunterschieden schwächer ausgeprägt ist.

Wie gehen die Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates mit der Akzeptanz von Vielfalt einher? Gemessen an der Mindestsicherungsquote, d. h. am Anteil von Menschen, die eine staatliche Mindestsicherung erhalten, hängt die Generosität des Wohlfahrtsstaates zumindest nicht mit dem Umgang mit Vielfalt zusammen.

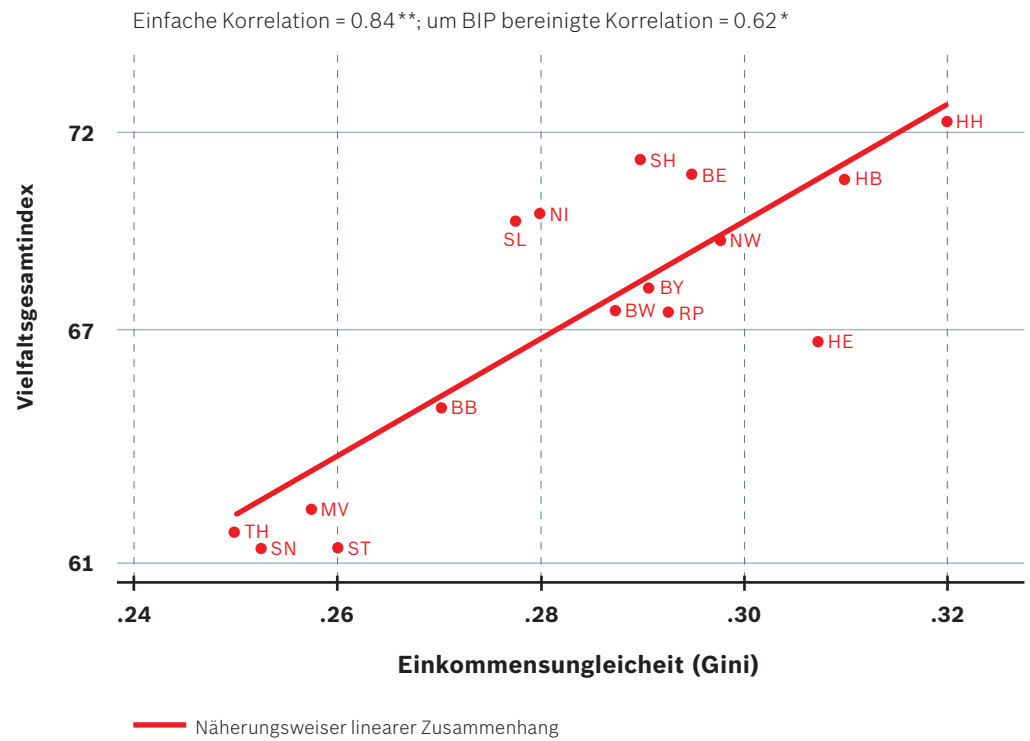


Abbildung 15: Zusammenhang zwischen der Einkommensungleichheit und dem Vielfaltsgesamtindex

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Vielfaltsgesamtindex (2018) und dem Gini-Koeffizienten der Einkommensungleichheit (2012–2015). Signifikanz der Korrelationen bei zweiseitigen Tests: * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$.

Digitalisierung

Dem rasanten Fortschritt der digitalen Technologien wird häufig in der öffentlichen Debatte eine Mitschuld an der Verbreitung von sogenannten Fake News und Hetze in Social Media zugeschrieben. Auch steht die kulturpessimistische Sichtweise des Internets als Vereinsamungsinstrument im Raum. In diesem Licht ließe sich annehmen, dass ein hohes Maß an Digitalisierung in einem Bundesland der Akzeptanz von Vielfalt abträglich ist. Ob dies stimmt, überprüfen wir anhand des Zusammenhangs zwischen der privaten Verfügbarkeit von High-Speed-Internet und unserem Vielfaltsgesamtindex. Das Ergebnis ist jedoch umgekehrt zur skizzierten Erwartung: In Bundesländern, in denen die Menschen über einen besseren Zugang zum Internet verfügen, ist die

Akzeptanz von Vielfalt deutlich höher, und zwar unabhängig von der wirtschaftlichen Prosperität ($r = 0,75$). Dieser Befund deutet darauf hin, dass Social Media, obwohl manche in der Tat Fake News und Hetze verbreiten, in ihrer Gesamtheit eher zum Kennenlernen und zur Gestaltung eines toleranten Miteinanders beitragen. Auch hier stellen wir den Zusammenhang noch einmal in einem Streudiagramm dar. Dort wird deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen am wenigsten auf das schnelle Internet zugreifen können und gleichzeitig die geringste Akzeptanz von Vielfalt zeigen. Umgekehrt in Hamburg und auch Bremen: Dort geht eine hohe Verbreitung des schnellen Internets mit einer großen Akzeptanz von Vielfalt einher.¹¹

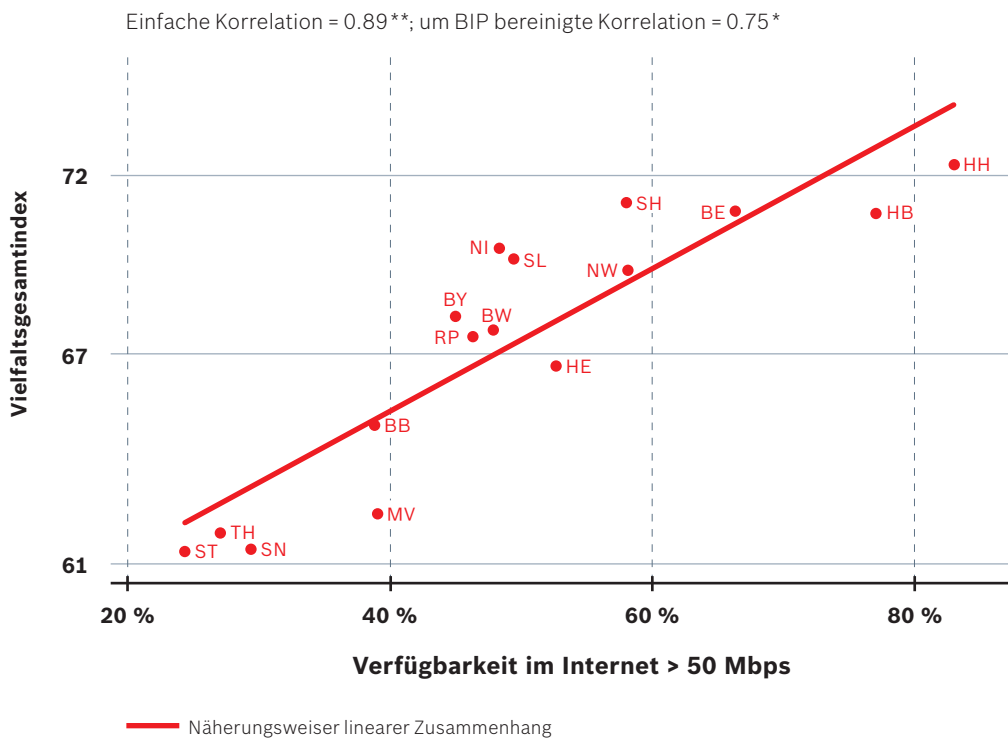


Abbildung 16: Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Highspeed-Internet und dem Vielfaltsgesamtindex

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Vielfaltsgesamtindex (2018) und dem Prozent der Haushalte mit Verfügbarkeit von Highspeed-Internet (2015). Signifikanz der Korrelationen bei zweiseitigen Tests: * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$.

¹¹ Die Positionen der Länder oberhalb und unterhalb der Regressionslinie besagen, dass ein Land, wenn es oberhalb der Linie liegt, höhere Akzeptanzwerte hat, als man es allein auf der Basis der Verfügbarkeit des Internets erwarten würde. Wenn ein Land unterhalb der Linie liegt, trifft das Gegenteil zu. In diesem Land liegen die Akzeptanzwerte niedriger, als man auf der Basis der Verfügbarkeit des Internets erwarten würde.

Demografie

Um der Frage nachzugehen, inwieweit sich die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung in einem Bundesland auf die Akzeptanz von Vielfalt auswirkt, haben wir vier Indikatoren untersucht, wobei sich drei davon mit der Alterszusammensetzung befassen. Im Einzelnen betrachten wir den Jugendquotienten, der den Anteil an Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 19 Jahren im Verhältnis zum Anteil der Menschen zwischen 20 und 64 Jahren beschreibt; den Altenquotienten, der den Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und höher im Vergleich zum Anteil der 20- bis 64-Jährigen erfasst, das Durchschnittsalter in den Bundesländern und die Bevölkerungsdichte.

Bei den Indikatoren, die die Alterszusammensetzung der Bevölkerung messen, ergeben sich konsistente und nachvollziehbare Befunde im bivariaten Fall. Je höher der Anteil an Jugendlichen, umso stärker ist die dortige Akzeptanz von Vielfalt. Umgekehrt ist der Zusammenhang mit dem Anteil an älteren Menschen: Dort, wo mehr ältere Bürgerinnen und Bürger leben, ist die Akzeptanz von Vielfalt schwächer ausgeprägt. Beide Befunde lassen sich durch den Zusammenhang zwischen dem Durchschnittsalter und dem Vielfaltsgesamtsindex bestätigen: Bundesländer, in denen im Durchschnitt mehr ältere Menschen wohnen, weisen einen geringeren Grad an Akzeptanz von Vielfalt auf. Allerdings verschwindet die statistische Bedeutsamkeit dieser drei Zusammenhänge nach der Herausrechnung des BIP, was zeigt, dass die Einflüsse des Alters viel mehr mit der Wirtschaftskraft in den Bundesländern zu tun haben. Nur in ärmeren Bundesländern stehen, wie es aussieht, ältere Menschen der Akzeptanz von Vielfalt kritisch gegenüber.

Bei der Bevölkerungsdichte zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. In Bundesländern mit einer höheren Anzahl an Bewohnern pro Quadratkilometer ist die Akzeptanz von Diversität stärker. Auch dieser Zusammenhang verliert seine statistische Signifikanz nach der Bereinigung um das BIP.

Objektive Diversität

Die starke Zuwanderung von Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten sowie von Migrantinnen und Migranten aus Staaten mit schwächeren Ökonomien in den vergangenen Jahren hat in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung Befürchtungen ausgelöst, dass die deutsche Kultur und Identität, aber auch die Ordnung und der Wohlfahrtsstaat in unserem Land in Mitleidenschaft gezogen werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die prozentuale Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund sich auf die Akzeptanz von Vielfalt auswirkt. Hierzu können zwei Szenarien herangezogen werden. Zum einen lässt sich im Einklang mit der Kontakthypothese (Allport, 1954) behaupten, dass die steigende Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund einen positiven kulturellen Austausch ermöglicht, was im Endeffekt zu stärkerer Akzeptanz von Vielfalt führen könnte. Zum anderen legt die Konflikthypothese (Blumer, 1958) nahe, dass die steigende Präsenz von Menschen fremder Kulturen zu einer Häufung von Konfliktsituationen führt, was sich schließlich in Ablehnung von Vielfalt widerspiegeln könnte. Anhand einer Aufschlüsselung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund nach deren Herkunft überprüfen wir, welche der beiden Thesen empirisch zu belegen ist.

Die Analysen zeigen, dass es einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil an Nichtdeutschen (insgesamt) und dem Vielfaltsgesamtsindex gibt. Dieser Befund gilt sowohl für den Anteil an Menschen mit türkischem und mit ex-sowjetischem Migrationshintergrund als auch für den Anteil an Migranten aus EU-Mitgliedsstaaten. Ist in einem Bundesland hingegen der Anteil von Menschen ohne Migrationshintergrund besonders hoch, so ist dort die Akzeptanz von Vielfalt geringer. Mit anderen Worten: Dort, wo mehr Migranten und Migrantinnen leben, ist die Akzeptanz von Diversität stärker ausgeprägt. Allerdings verlieren all diese Zusammenhänge ihre statistische Bedeutsamkeit nach Herausrechnung des BIP. Die Erklärung dafür ist einfach: Die Bundesländer mit einem höheren Anteil an Zuwanderern sind gleichzeitig die wirtschaftlich stärkeren und wie wir oben gezeigt haben, fördert wirtschaftliche Prosperität eine stärkere Akzeptanz von Vielfalt.

4.3 Ursachen für die Akzeptanz von Vielfalt auf Individualebene

Bildung und Kultur

Wie wirken sich Bildung und Religion auf den Umgang mit Vielfalt aus? Hierfür untersuchen wir die Einflüsse von Schulabbruchquoten sowie der durchschnittlichen Stärke der selbstberichteten Religiosität.

Die Quote von Schulabbrüchen erfassen wir mit dem Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss. Der Zusammenhang ist negativ und signifikant im bivariaten Fall, doch verliert er seine statistische Bedeutsamkeit nach Auspartialisierung des BIP. Dies bedeutet, dass bessere Bildung zwar die Akzeptanz von Vielfalt stärkt, aber eben nur, weil bessere Bildung mit ökonomischer Prosperität einhergeht.

Der Zusammenhang des Vielfaltsgesamtindex mit Religiosität ist im bivariaten Fall positiv und signifikant: Dort, wo mehr religiöse Menschen leben, ist die Akzeptanz von Vielfalt höher. Auch dieser Zusammenhang verliert allerdings seine statistische Bedeutsamkeit, wenn man das BIP des Bundeslandes herausrechnet. Erneut gilt, dass der gefundene positive Zusammenhang zwischen Religiosität und Akzeptanz von Vielfalt daher rührt, dass in Deutschland religiöse Menschen in den wohlhabenderen Bundesländern leben.

Die Suche nach Bedingungen für die Akzeptanz von Vielfalt auf Bundesländerebene ergab eine sehr begrenzte Auswahl an bedeutsamen strukturellen Faktoren. Jenseits von Unterschieden, die eine Folge unterschiedlicher ökonomischer Prosperität sind, gab es nur drei Strukturmerkmale, die sich nachhaltig in einem höheren Ausmaß an Akzeptanz von Vielfalt niederschlagen: Je höher die Arbeitslosigkeit von Menschen zwischen 55 und 64 in einem Bundesland ist, desto geringer ist auch die Akzeptanz von Vielfalt. Gleiches gilt für den Zugang zu digitalen Medien: Je schlechter in einem Bundesland der Zugang zu High-Speed-Internet ist, desto geringer auch die Akzeptanz von Vielfalt. Zu guter Letzt – und dies ist auf den ersten Blick verstörend – ist die Akzeptanz von Vielfalt immer dort hoch, wo es größere Einkommensunterschiede gibt, und zwar unabhängig davon, welches Ausmaß an wirtschaftlicher Prosperität in einem Bundesland gegeben ist.

Im Folgenden wird nun versucht, mehr Erkenntnisse über die Bedingungen für einen konstruktiven Umgang mit den zahlreichen Facetten von Vielfalt anhand der Miteinbeziehung von individuellen Merkmalen zu gewinnen.

Wir berichten an dieser Stelle über Ergebnisse aus Regressionsrechnungen, in denen der Vielfaltsgesamtindex anhand von individuellen Merkmalen der Befragten (siehe Kapitel 4.1.2) vorhergesagt wird. Tabelle 12 zeigt die einschlägigen Regressionskoeffizienten in standardisierter Form. Zwar ergeben sich viele signifikante Zusammenhänge, dies ist aber vor allem auf die Größe der Stichprobe ($n = 2.937$ Befragte) zurückzuführen: In derart großen Stichproben werden als Folge mathematisch-statistischer Gesetzmäßigkeiten oft auch (sehr) geringe Einflüsse auf die vorherzusagende Variable als statistisch signifikant ausgewiesen. Um uns auf das Wesentliche konzentrieren zu können, offerieren wir Interpretationen nur für diejenigen Einflüsse, die einen standardisierten Koeffizienten (β) von mindestens 0,10 haben. Diese sind in der Tabelle fett markiert.

Merkmal	β
Frau	0,08 **
<i>Alter / Generation</i>	
Z (geb. 1995 – 2012)	0,05 **
Y (geb. 1977 – 1994)	0,01
X (geb. 1966 – 1976; Referenzkategorie)	
B II (geb. 1955 – 1965)	–0,04
B I (geb. 1946 – 1954)	–0,08 **
Aufbaugeneration (geb. bis 1945)	–0,19 **
<i>Wohnort</i>	
Landgemeinde	–0,01
Klein-/Mittelstadt (Referenzkategorie)	
Großstadt	0,08 **
Migrationshintergrund	–0,07 **
Religiositätsgrad (subjektiv)	0,04 *
<i>Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft</i>	
Ohne (Referenzkategorie)	
Christentum	0,01
Islam	–0,01
Andere	0,01
<i>Bildungsgrad</i>	
(Noch) Kein Berufsabschluss	0,01
Einfacher Berufsabschluss	–0,07 **
Hochschulabschluss (Referenzkategorie)	
<i>Beschäftigungsstatus</i>	
Ohne (Arbeitslose, Studenten, Rentner)	–0,01
Teilzeitbeschäftigt	0,03
Vollbeschäftigt (Referenzkategorie)	

Einkommensschicht

Einkommensschwache	– 0,02
Untere Mittelschicht	0,03
Mittelschicht (Referenzkategorie)	
Obere Mittelschicht	0,01
Einkommensstarke	– 0,02
Fehlende Angabe	– 0,01
Tägliche Nutzung des Internets	0,08 **
Einstellung zur Globalisierung	0,11 **
Politische Orientierung (rechts)	– 0,23 **
Empathiefähigkeit	0,16 **
Intergruppenangst	– 0,30 **

Die Tabelle dokumentiert anhand standardisierter Regressionskoeffizienten (β) den Einfluss möglicher Prädiktoren der Akzeptanz von Vielfalt auf Individualebene. Interpretationswürdige Effekte ($\beta \geq 0,10$) sind fett gesetzt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$.

Tabelle 12: Regression des Vielfaltsgesamtindex auf individuellen Merkmalen

Soziodemografische Merkmale

Wie groß sind die Unterschiede bei der Akzeptanz von Vielfalt zwischen soziodemografischen Gruppen? In der Gesamtschau der Ergebnisse der durchgeführten Regressionsanalyse zeigt sich, dass eigentlich nur die Zugehörigkeit zur älteren Bevölkerung eine wesentliche Rolle spielt: Die Aufbaugeneration zeigt insgesamt eine eindeutig geringere Akzeptanz von Vielfalt. Zwar gibt es auch sonst einige signifikante Befunde, doch sind all diese nicht von substanzieller Bedeutung.

Sozioökonomische Merkmale

Inwiefern hängt die Akzeptanz von Vielfalt vom sozioökonomischen Status der Befragten ab? Aufgrund der empirischen Evidenz lässt sich kurz und bündig schließen: überhaupt nicht. Dass der sozioökonomische Status der Befragten keinerlei Einfluss auf die allgemeine Akzeptanz von Vielfalt hat, deutet darauf hin, dass sich ein eventuell problematischer Umgang mit Vielfalt durch alle sozialen Schichten zieht. Weder die „Verlierer“ noch die „Gewinner“, zwei sehr pointierte Begriffe im öffentlichen Diskurs, sind per se besonders akzeptierend bzw. in außergewöhnlich hohem Maß ablehnend. Individueller Reichtum wirkt also nicht präventiv gegen Inakzeptanz, es ist der (regionale) gesellschaftliche Reichtum (das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in einem Bundesland), der hohe Akzeptanzwerte befördert. Wohlstand ist also förderlich für ein tolerantes Klima. Wie Vielfalt akzeptierend einzelne Menschen sind, hängt also nicht von ihrem persönlichen Reichtum ab.

Modernisierung und politische Orientierung

Zu den Themenbereichen Modernisierung und politische Orientierung können wir über folgende Zusammenhänge berichten: Die Einstellung zur Globalisierung spielt eine bedeutsame Rolle. Menschen, die die Globalisierung mehr als Chance ansehen, akzeptieren Vielfalt signifikant stärker ($\beta = 0,11$) als Bürgerinnen und Bürger, die sie als Bedrohung wahrnehmen. Daneben ist die eigene politische Orientierung wichtig: Je mehr man sich politisch rechts verortet, umso geringer fällt die Akzeptanz von Diversität aus ($\beta = -0,23$).

Psychologische Dispositionen

Zu guter Letzt überprüfen wir die Rolle einiger psychologischer Dispositionen. Das Empfinden von Empathie für andere Menschen geht klar mit einer signifikant stärkeren Akzeptanz von Vielfalt ($\beta = 0,16$) einher. Im Gegensatz dazu führt das Empfinden von Intergruppenangst zu einem deutlich geringeren Grad an Vielfaltsakzeptanz. Tatsächlich ist der Einfluss von Intergruppenangst der stärkste im Vergleich aller untersuchten individuellen Merkmale ($\beta = -0,30$).

4.4 Auswirkungen der Akzeptanz von Vielfalt auf Bundesländerebene

Zum Abschluss dieses Kapitels stellen wir die Frage: Was nützt der Gesellschaft eine stärkere Akzeptanz von Vielfalt? Wir untersuchen, inwieweit die Werte des Vielfaltsgesamtindex sowie die der einzelnen Dimensionen mit der Lebensqualität der Menschen einhergehen. Die durchgeführten Analysen beziehen sich auf die Aggregatebene der 16 Bundesländer.

Die jeweiligen Korrelationskoeffizienten für den Vielfaltsgesamtindex sind Tabelle 13 zu entnehmen. Die Analysen zeigen, dass nach Herausrechnung des Bruttoinlandsprodukts nur der selbstberichtete Gesundheitsstatus keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Gesamtindex aufweist.

Mit dieser Ausnahme machen unsere Berechnungen deutlich, dass eine stärkere Akzeptanz von Vielfalt mit einer besseren Lebensqualität in den Bundesländern einhergeht. In Bundesländern mit hoher Akzeptanz von Vielfalt ist zum einen die Suizidrate geringer ($r = -0,57$) und zum anderen das subjektive Wohlbefinden gemessen an der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit sowie dem empfundenen Glück höher ($r = 0,53$ bzw. $r = 0,56$). Anhand objektiver wie subjektiver Indikatoren lässt sich also mit aller Vorsicht die These formulieren: Die Akzeptanz von Vielfalt macht glücklich.

Merkmal	Einfache Korrelation	Um BIP bereinigte Korrelation	Quelle
Suizidrate	-0,67 **	-0,57 *	StABL
Gesundheit (Selbsteinschätzung)	0,66 **	0,34	Befragung
Lebenszufriedenheit	0,73 **	0,54 *	Befragung
Glück (aktuell)	0,72 **	0,56 *	Befragung

Angegeben ist der Korrelationskoeffizient r zwischen dem Vielfaltsgesamtindex und der jeweiligen Variable jeweils für den einfachen Zusammenhang und für den um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereinigten Zusammenhang. Signifikanz der Korrelation bei zweiseitigen Tests: * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$. $N = 16$ Bundesländer.

Tabelle 13: Zusammenhänge des Vielfaltsgesamtindex mit ausgewählten Auswirkungen

4.5 Akzeptanz von Vielfalt: Struktur oder Mentalität?

Die große Vielzahl der in Kapitel 4 berichteten Ergebnisse legt nahe, ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen. Es lässt sich vorläufig festhalten, dass Akzeptanz von Vielfalt insgesamt stark mit dem wirtschaftlichen Wohlstand, in dem die Menschen leben, zusammenhängt. Das Bruttoinlandsprodukt eines Bundeslandes beeinflusst die Höhe der Akzeptanz von Vielfalt maßgeblich. Wichtig bei dieser Feststellung ist, dass nicht individueller Reichtum oder individuelle Armut einen Einfluss auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger hat, sondern das Umfeld, in dem sie leben.

Weiterhin lässt sich festhalten, dass es sehr wenige sozio-ökonomische und soziodemografische Gegebenheiten gibt, die einen Niederschlag darin finden, wie stark Menschen Vielfalt akzeptieren. Eine gewisse Bedeutung kommt dem Lebensalter, genauer gesagt der Zugehörigkeit zu bestimmten Generationen zu, doch ist der Befund, dass Ältere in der Regel etwas weniger tolerant sind, nicht von besonderer Stärke. Auch Arbeitslosigkeit kommt nur eine relativ geringe Bedeutung zu. Lebt man in einer Region, in der die Arbeitslosenquote unter 55- bis 64-Jährigen besonders hoch ist, ist die Akzeptanz von Vielfalt dort geringer. Die je individuelle Arbeitslosigkeit von Menschen spielt hingegen keine Rolle.

Ein zentraler – zumindest auf den ersten Blick überraschender – Befund ist die Tatsache, dass die Akzeptanz von Vielfalt ganz unabhängig vom Wohlstand einer Region dort höher ist, wo es *mehr* ökonomische Ungleichheit gibt, wo also der sogenannte Gini-Koeffizient höher ausfällt. Wenn man noch einmal daran erinnert, dass die Akzeptanz von Vielfalt nicht mit dem individuellen Einkommen von Menschen zusammenhängt, so kommt die Deutung, dass ökonomische Spaltung einem Vielfalt akzeptierenden Klima guttut, unseres Erachtens nicht in Betracht. Vielmehr deuten wir diesen Befund so, dass Diversität im Alltagserleben auch deren Akzeptanz fördert. Vielleicht kann man sogar so weit gehen, dass lebensweltliche Homogenität Akzeptanz von Vielfalt unwahrscheinlicher macht.

Unsere auf Individualebene durchgeführten Analysen zeigen in aller Deutlichkeit, dass geringe Akzeptanzwerte durchgehend wenig mit den unmittelbaren soziodemografischen Lebenskontexten zu tun haben, sondern in erster Linie eine Mentalitätsfrage sind: Politische Einstellungen, Empathiefähigkeit, vor allem aber die Höhe der je individuellen Intergruppenangst, also das Gefühl der Bedrohung durch „das Andere“ / „das Fremde“, sind Grundlage für die – je nach Standort hohe oder niedrige – Ausprägung von je individueller Vielfaltsakzeptanz der Bürgerinnen und Bürger.

Zu guter Letzt ist hervorzuheben, dass eine starke Akzeptanz von Vielfalt „gut“ für die durchschnittliche Gesundheit und das durchschnittliche Wohlbefinden in einer Region (Bundesland) ist. Dort, wo Vielfalt akzeptierende Menschen leben, leben auch die gesünderen und nach eigener Aussage zufriedeneren und glücklicheren Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Auf die Komplexität der Ergebnisse gehen wir im Fazit noch einmal ein. Schon hier lässt sich allerdings festhalten: Akzeptanz von Vielfalt ist vor allem eine Frage von Mentalitäten, auch von je individuellen Befindlichkeiten und – jenseits der allgemeinen Bedeutung gesellschaftlichen Wohlstands – nicht von Spezifika der Sozialstruktur.

5. Bedeutsamkeit der Akzeptanz von Vielfalt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die vorliegende Studie beleuchtet nicht nur die Akzeptanz von Vielfalt, sondern betrachtet diese als zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Wie stark geht die Akzeptanz von Vielfalt jedoch mit der Höhe des gesellschaftlichen Zusammenhalts einher? Welche Bedeutung hat die Akzeptanz von Vielfalt tatsächlich für den gesamtgesellschaftlichen sozialen Zusammenhalt?

Um die erste Frage zu beantworten, haben wir den Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt zunächst mit dem für die Robert Bosch Stiftung entwickelten Vielfaltsgesamtindex korreliert. (Details zu dieser Methode finden sich in der Infobox auf Seite 65). In unserer Analyse korrelieren der Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Vielfaltsindex auf Bundesländerebene stark miteinander ($r = 0.67, p \leq .01$). Die Akzeptanz von Vielfalt und der gesellschaftliche Zusammenhalt hängen also stark miteinander zusammen. Dort, wo der Zusammenhalt hoch ist, ist auch die Akzeptanz von Vielfalt höher und umgekehrt.

Zur Beantwortung der zweiten Frage haben wir die Daten unserer Befragten zum sozialen Zusammenhalt (vgl. Tabelle 20 im Anhang) einer Faktorenanalyse unterworfen; diese vermag es zu spezifizieren, welche der neun Dimensionen des Zusammenhaltsmaßes am besten das abbildet, was das Instrument erfassen will, nämlich soziale Kohäsion. Dabei ergibt sich das Bild in Tabelle 14:

Dimension	Faktorladung	Rang
Bereich 1 – Soziale Beziehungen		
D1.1: Soziale Netze	0,34	5
D1.2: Vertrauen in die Mitmenschen	0,65	2
D1.3: Akzeptanz von Diversität	0,63	3
Bereich 2 – Verbundenheit		
D2.1: Identifikation	0,28	8
D2.2: Vertrauen in Institutionen	0,72	1
D2.3: Gerechtigkeitsempfinden	0,58	4
Bereich 3 – Gemeinwohlorientierung		
D3.1: Solidarität und Hilfsbereitschaft	0,31	7
D3.2: Anerkennung sozialer Regeln	0,32	6
D3.3: Gesellschaftliche Teilhabe	0,17	9

In der Tabelle dokumentiert sind so genannte Faktorladungen auf Individualebene die zwischen 0 und 1 variieren können und die relative Bedeutung einzelner Indikatoren für das Gesamtinstrument abbilden; je näher eine Ladung dem Wert 1 kommt, desto bedeutsamer ist eine Dimension für das was der Gesamtindex messen soll.

Tabelle 14: Bedeutung der einzelnen Dimensionen für den Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Tabelle belegt, dass für die Höhe des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland zwei Aspekte des Vertrauens, nämlich das Institutionenvertrauen und das generalisierte Vertrauen in die Mitmenschen, besonders bedeutsam sind. Wenn also unter den Befragten bzw. in einer Region diese beiden Arten des Vertrauens gering sind, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass dort auch der soziale Zusammenhalt insgesamt gering ist. Die Akzeptanz von Diversität folgt allerdings bereits auf Platz 3: Dort, wo die Akzeptanz von Vielfalt gering ist, ist mit ebenfalls recht hoher Wahrscheinlichkeit auch der soziale Zusammenhalt gering.

Dieses Ergebnis unterstreicht die große Relevanz dieser Dimension für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Allerdings wird sie in dem für die hier vorgelegte Studie eingesetzten Kurzinstrument zur Erfassung des Zusammenhalts nur mit einer Frage gemessen (siehe Kapitel 2.7 und Tabelle 20 im Anhang). Genau deshalb ist es so wichtig, die unterschiedlichen, in der Gesellschaft relevanten Aspekte von Vielfalt mit dem von uns erarbeiteten Vielfaltsindex differenziert zu erfassen und somit gleichzeitig eine wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte Messung zu ermöglichen (vgl. Kapitel 1.3).

Eine weitere statistische Analyse (siehe Tabelle 22 im Anhang) belegt klar, dass die sieben Dimensionen unseres Vielfaltsindex ausnahmslos mit der *Dimension 1.3 Akzeptanz von Diversität* aus dem Kurzindex gesellschaftlicher Zusammenhalt den höchsten Zusammenhang aufweisen. Sogenannte beta(β)-Koeffizienten aus einer multivariaten Regressionsanalyse zeigen, dass das Index-Item der Dimension 1.3 die Werte der Befragten in allen Dimensionen des Vielfaltsindex am besten – also besser als alle anderen Items des Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt – vorhersagen.

Prüft man zu guter Letzt im Rahmen von sogenannten kanonischen Korrelationsanalysen, in welchem Umfang der Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt mit seinen neun Dimensionen und die sieben Dimensionen des für diese Studie entwickelten Vielfaltsgesamtindex Ähnliches messen, so stellt sich heraus, dass beide Indizes in der Tat Ähnliches, aber keineswegs das Gleiche erfassen. Die sogenannte kanonische Korrelation, die in Statistiklehrbüchern als „Redundanzmaß“ bezeichnet wird, also als Maß dessen, inwieweit zwei sozialwissenschaftliche Instrumente das Gleiche messen, liegt bei $R = 0,65$. Dies bedeutet, dass Zusammenhalt (Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt) und Akzeptanz von Vielfalt (neuer Vielfaltsindex) zu 42 Prozent¹² dasselbe Phänomen erfassen und zu 58 Prozent einen unterschiedlichen Fokus haben.

Zusammenfassend lässt sich also klar sagen, dass dem für die vorliegende Studie entwickelten Vielfaltsgesamtindex die angestrebte „Brennglasfunktion“ in nahezu perfekter Weise zukommt. Das neue Instrument erfasst in geeigneter Weise einen wichtigen Aspekt von sozialem Zusammenhalt, nämlich die Akzeptanz von Vielfalt, in einer differenzierten Weise. Beide Indizes lassen sich partiell ineinander überführen. Der Gesamtwert des Vielfaltsindex kann problemlos als Einzelwert in einen Index von gesellschaftlichem Zusammenhalt integriert werden. Die sieben Einzeldimensionen des Vielfaltsgesamtindex erlauben es gleichzeitig, viel differenzierter, verschiedene Aspekte der Akzeptanz von Vielfalt genauer unter die Lupe zu nehmen.

¹² Die Prozentsätze ergeben sich aus der Quadrierung der kanonischen Korrelation.

6. Vielfalt im persönlichen Umfeld – Erwünschte soziale Distanz als Gradmesser für die Akzeptanz von Vielfalt

Mit dem Vielfaltsgesamtindex und seinen Dimensionen messen wir die grundsätzlichen Einstellungen der Menschen gegenüber Vielfalt sowie ihren Facetten. In unserer Studie wollten wir aber ebenfalls die individuelle Bedeutung von Vielfalt für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erfassen, um der Frage nachzugehen, wo Menschen Vielfalt in ihrem persönlichen Nahbereich akzeptieren und wo nicht. Dies ermöglicht, Handlungsräume zu identifizieren, in denen die Akzeptanz und so letztlich auch ein konstruktiver Umgang mit Vielfalt gefördert werden kann.

6.1 Erfassung der individuellen Bedeutung von Vielfalt für die Menschen

Um die individuelle Bedeutung von Vielfalt für die Menschen zu erfassen, reicht es nicht, sie nach ihren allgemeinen Einstellungen gegenüber den einzelnen Dimensionen und Vielfalt insgesamt zu fragen. Diese sind häufig zu abstrakt und werden nicht mit der eigenen, konkreten Lebenswelt verknüpft. In theoretischer Anlehnung an das klassische *Social-Distance-Modell* von Bogardus (1926) haben wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Studie deshalb danach gefragt, wie sie dazu stünden, wenn die jeweiligen Vielfaltsgruppen Teil ihrer Nachbarschaft oder sogar der eigenen Familie wären. Hierzu haben wir aus jeder Vielfaltsdimension eine Stellvertretergruppe ausgewählt. Konkret haben uns die Befragten dann zum einen Auskunft darüber gegeben, ob sie z. B. behinderte Menschen (oder Ausländer, Homosexuelle, Sozialhilfeempfänger usw.) ungern in der eigenen Nachbarschaft hätten, und zum anderen, ob es ihnen unangenehm wäre, wenn irgendjemand aus ihrer Familie eine solche Person heiraten würde.

Zusammen mit den Dimensionsergebnissen des Vielfaltsgesamtindex ergibt sich so eine Trias, die in Abbildung 17 veranschaulicht wird. Die Dimensionswerte des Vielfaltsgesamtindex stellen die allgemeine Einstellung gegenüber einer Vielfaltsgruppe dar, die Antworten zur Akzeptanz in der Nachbarschaft geben Auskunft über die konkrete Lebenswelt der Menschen und die Aussagen über die Familie zielen auf den intimsten Nahbereich ab.

Welche Stellvertretergruppe wir für die jeweilige Vielfaltsdimension ausgewählt haben, ist zusammen mit den Ergebnissen in Abbildung 18 dargestellt.

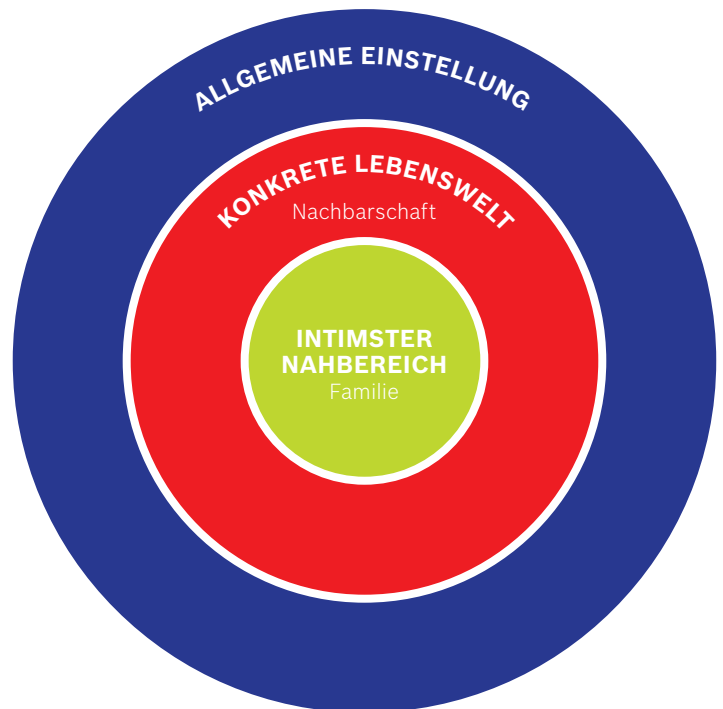


Abbildung 17: Messung der individuellen Bedeutung von Vielfalt für die Menschen in Deutschland nach einem Nähe-Distanz-Ansatz

Mit dem Vergleich der drei Ebenen (allgemeine Einstellung, konkrete Lebenswelt, intimster Nahbereich) kommt die Studie zu einem Ergebnis, das uns wegweisend für die Förderung des konstruktiven Umgangs mit Vielfalt zu sein scheint. Für jede der sieben untersuchten Vielfaltsgruppen ähneln sich die allgemeinen Akzeptanzwerte (Dimensionsindex) und die des intimen Nahbereichs (Familie) sehr stark. Anders ausgedrückt spiegeln die Dimensionswerte die Einstellung gegenüber einer Vielfaltsgruppe als Teil der Familie. Gibt eine Befragte z. B. an, dass es ihr unangenehm wäre, wenn jemand aus ihrer Familie einen Sozialhilfeempfänger heiraten würde, wird auch ihr Ablehnungswert auf dem Index der Vielfaltsdimension „sozioökonomische Schwäche“ höher ausfallen. Der Unterschied beider Werte liegt bei nur 0,03 Punkten (vgl. Abbildung 18). Umgekehrt wird ein Befragter tendenziell niedrige Werte in der Dimension „sexuelle Orientierung“ haben, wenn er angibt, dass es ihm nicht unangenehm wäre, wenn eine Person aus seiner Familie eine homosexuelle Person heiraten würde (0,02 Punkte Unterschied).

Interessant ist nun aber, wie sich die Ergebnisse zur Nachbarschaft zur allgemeinen Einstellung und zum familiären Nahbereich verhalten. Für die Mehrheit der Vielfaltsdimensionen, nämlich Lebensalter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion und sozioökonomische Schwäche finden wir auf Bundesländerebene niedrigere Ablehnungswerte in der Nachbarschaft als auf den anderen beiden Ebenen. Dies bedeutet, dass die jeweiligen Gruppen in der Nachbarschaft stärker akzeptiert werden als in der eigenen Familie und – das ist zentral – als die grundsätzliche Einstellung dies widerspiegelt. Dies lässt sich anhand der Dimension *sozioökonomische Schwäche* beispielhaft verdeutlichen. Insgesamt fällt die Ablehnung der Stellvertretergruppe „Sozialhilfeempfänger“ für diese Dimension über alle drei Ebenen recht hoch aus. Am stärksten lehnen die Befragten jedoch ab, dass jemand in der eigenen Familie einen Sozialhilfeempfänger heiratet (0,29). Ähnlich stark ist auch die Ablehnung dieser Gruppe gegenüber insgesamt (0,26). Interessant ist nun, dass Sozialhilfeempfänger in der eigenen konkreten Lebenswelt, nämlich der Nachbarschaft weniger ungern gesehen sind (0,19). Die Ablehnung in der eigenen Nachbarschaft ist aber nicht nur gegenüber dieser Vielfaltsdimension, sondern bei der Mehrheit der untersuchten Vielfaltsgruppen niedriger als in der eigenen Familie und als die allgemeine Einstellung dies widerspiegelt.

Die beiden Ausnahmen bilden die Dimensionen *Behinderung* und *ethnische Herkunft* mit den Stellvertretergruppen „Behinderte“ und „Ausländer“. Da sich die Werte für die Dimension *ethnische Herkunft* mit jeweils nur 0,01 Punkten kaum unterscheiden, sehen wir von einer Diskussion ab. Auch in der Dimension *Behinderung* muss vorsichtig interpretiert werden, weil die Ablehnung auf allen Ebenen sehr gering ausfällt. Erwähnen möchten wir allerdings, dass sich dort das Muster zeigt, das nach Bogardus (1926) für alle Dimensionen zu erwarten gewesen wäre: Die geringste Ablehnung manifestiert sich in den allgemeinen Einstellungen gegenüber behinderten Menschen und nimmt mit steigender Nähe zum persönlichen Intimbereich, der eigenen Familie, stetig zu. Dass wir dieses Muster in den anderen Vielfaltsdimensionen nicht gefunden haben, war zunächst eine Überraschung, eröffnet jedoch ein erhebliches Potenzial für die Förderung eines konstruktiven Umgangs mit Vielfalt in der Gesellschaft, auf das wir im folgenden Abschnitt eingehen.

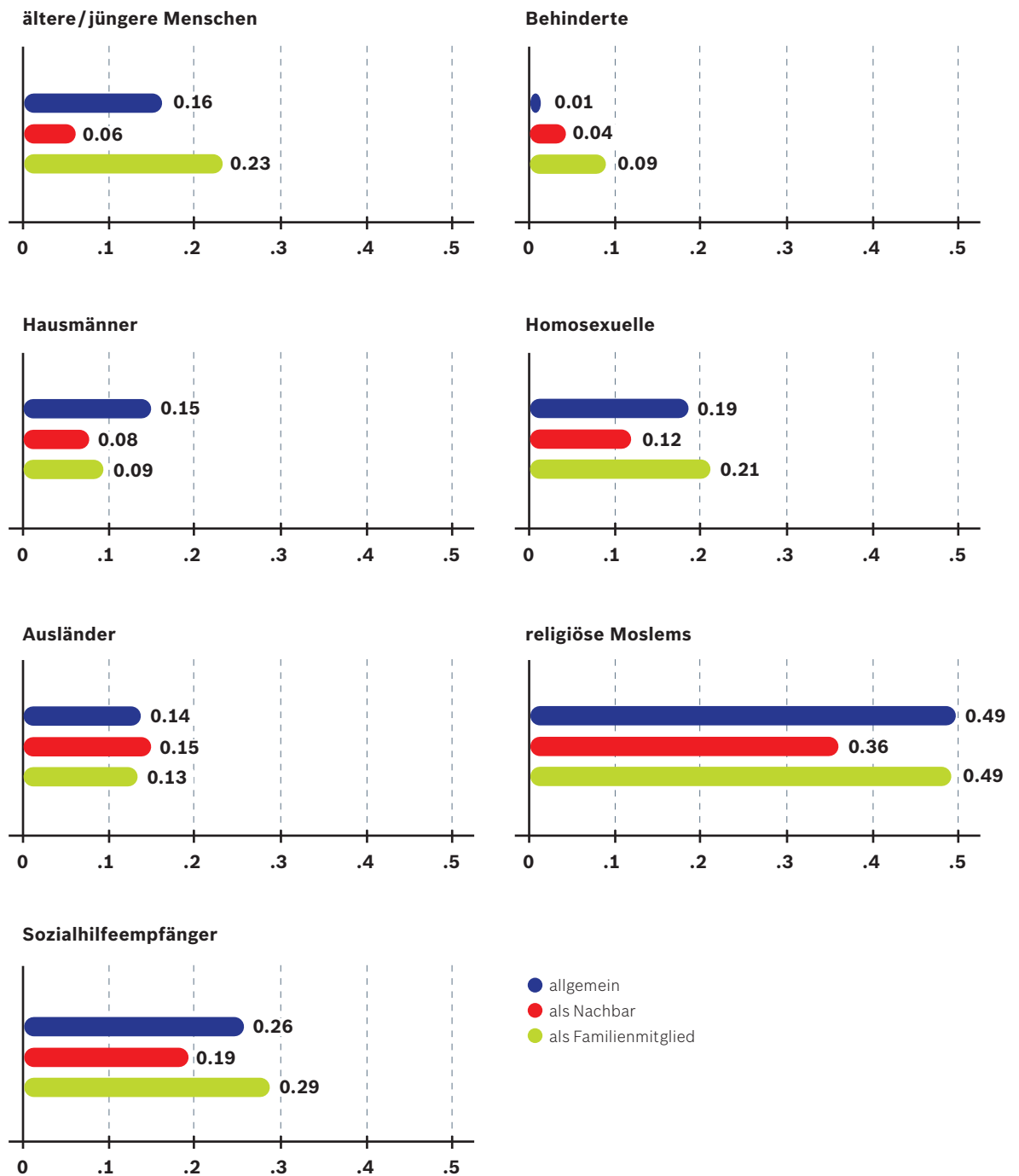


Abbildung 18: Ablehnung sozialer Gruppen auf Basis der erhobenen Dimensionen von Vielfalt
 Dargestellt ist der Anteil an Befragten, die die jeweilige Personengruppe im Allgemeinen, als Nachbar und als Familienmitglied ablehnt. Folgende Personengruppen wurden stellvertretend für die erhobenen Vielfaltsdimensionen ausgewählt: Lebensalter – ältere/jüngere Menschen, Behinderung – Behinderte, Geschlecht – Hausmänner, sexuelle Orientierung – Homosexuelle, ethnische Herkunft – Ausländer, Religion – religiöse Moslems, sozioökonomische Schwäche – Sozialhilfeempfänger (N = 2.937).

6.2 Nachbarschaft als Handlungsraum für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt

Wir sind in diesem Kapitel der Frage nachgegangen, wie es um die Akzeptanz der von uns gemessenen Vielfaltsdimensionen im Leben der Menschen in Deutschland bestellt ist. Hierzu haben wir gemessen, wie hoch die Ablehnung einer speziellen Stellvertretergruppe aus den einzelnen Dimensionen ist, und zwar nicht nur allgemein, sondern auch in der Nachbarschaft und in der eigenen Familie, die den intimsten Nahbereich einer Person ausmacht. Damit sind wir von einer recht abstrakten Betrachtung über die Messung von allgemeinen Einstellungen im Vielfaltsindex zur konkreten Lebenswelt der Menschen übergegangen. Dabei haben wir festgestellt, dass die Ablehnung in der eigenen Nachbarschaft bei der großen Mehrheit der untersuchten Vielfaltsgruppen niedriger ist als in der eigenen Familie *und* als die allgemeine Einstellung dies widerspiegelt.

Dieses Ergebnis ist deshalb von so großer Bedeutung, weil die Nachbarschaft die konkrete Lebenswelt der Menschen darstellt. Hier kommt man in Kontakt, knüpft soziale Netze und muss sich unter Umständen absprechen oder abstimmen. Die Ergebnisse der Studie legen also nahe, dass die Nachbarschaft ein Ort ist, an dem selbst Menschen, die bestimmten Gruppen eher skeptisch oder sogar feindselig gegenüber eingestellt sind, weniger ablehnend sind. Unserer Auffassung nach dürfte es sich somit lohnen, konkrete Maßnahmen zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt für die vielen Quartiere und Nachbarschaften in Deutschland zu planen und dort umzusetzen, wo Kontakt oft unvermeidlich ist, er aber das Potenzial birgt, über positive Erfahrungen Einstellungen nachhaltig zu verändern. Im folgenden Kapitel werden wir diese Frage vertiefend erörtern.

7. Von der Akzeptanz zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt

7.1 Gesellschaft aktiv gestalten

Die vorliegende Studie hat erstmals umfänglich erfasst, wie Menschen mit der zunehmenden Vielfalt in Deutschland umgehen, indem ihre Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Teilgruppen in der Gesellschaft untersucht wurden. Dabei sind wir jedoch nicht bei einer Analyse des Ist-Zustands geblieben, denn ein weiteres wichtiges Anliegen der Robert Bosch Stiftung ist es, Akzeptanz der jeweiligen Vielfaltsgruppen zu fördern und dadurch letztlich den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Um unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten, ist es wichtig, Möglichkeiten der politischen und zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf die Akzeptanz von Vielfalt aufzuzeigen und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, die im besten Fall Eingang in die Praxis finden. Dies ist jedoch kein ganz leichtes Unterfangen, denn gesellschaftliche Veränderungen müssen immer auf vielen Ebenen geschehen, ganz gleich, ob sie zunächst von der Politik, Verbänden, Vereinen oder den Menschen selbst angestoßen werden. Auch in der vorliegenden Studie ist es nicht möglich, die Interessen und Bedürfnisse aller relevanten Akteure abzubilden. Dies war jedoch auch nie ihr Ziel, denn im Zentrum des Vielfaltsbarometers stehen die Bürgerinnen und Bürger.

Wir nähern uns im Folgenden der Frage, wie der Schritt von der – mehr oder weniger hohen – Akzeptanz zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt gelingen kann. Dabei schauen wir uns einige Ergebnisse aus unserer Befragungsstudie etwas näher an.

7.2 Nachgehakt – Eigene Maßnahmvorschläge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unserer Befragungsstudie

Groß angelegte Befragungsstudien eignen sich aufgrund ihres Formats nur bedingt dafür, die Gefühle und Gedanken der Menschen offen zu erkunden, weil sie in der Regel geschlossene Fragen bzw. Aussagen enthalten, denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in abgestufter Form zustimmen oder zu denen sie abgestuft ihre Ablehnung ausdrücken. Wir wollten dennoch wissen, ob die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Studie eigene Ideen haben, wie die Akzeptanz von Vielfalt in unserer Gesellschaft gestärkt werden kann. Per Zufall wurde einem Fünftel der Befragten, insgesamt 602 Personen, daher zum Schluss des Telefoninterviews die folgende offene Frage gestellt: „Was sollte getan werden, um den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft zu stärken?“ Insgesamt äußerten sich 535 Personen dazu. Im Folgenden stellen wir zunächst die – mehr oder weniger konkreten – Maßnahmvorschläge sortiert nach verschiedenen Themenbereichen vor.

Maßnahmenvorschlag	Anzahl der Nennungen
Bildung und Aufklärung	87
Respekt und Toleranz fördern	83
Armut bekämpfen und soziale Gerechtigkeit fördern	81
Gemeinsame Treffpunkte und Veranstaltungen organisieren, Vereine stärken	72
Bessere Durchmischung, verschiedene Gruppen/Menschen zusammenbringen	58
Integration und Inklusion verbessern	52
gute Debatten-/Gesprächskultur schaffen	40
restriktivere Einwanderungspolitik	39
Zusammenhalt und Empathie stärken	23
mehr Unterstützung für ältere Menschen	19
Medien/Internet/positivere mediale Berichterstattung	16
gemeinsame Sprache/nur Deutsch im öffentlichen Raum	14
Nichts machen	14
Ausländer müssen sich anpassen	13
zuerst in Politik aufräumen	12
Arbeit für alle	10
Gesetze/Verfassung akzeptieren	6
unspezifisch/themenfremd	32
sonstige Maßnahmen	7
weiß nicht	61

Tabelle 15: Nach Themenbereichen aufgeschlüsselte Maßnahmenvorschläge der Befragten

7.2.1 Maßnahmen nach Themenbereichen

Bildung und Aufklärung

„Ich finde das Informieren wichtig und dass man nicht durch Unwissenheit Menschen diskriminiert.“

Ein Problem besteht darin, dass insgesamt nur wenige konkrete Maßnahmenvorschläge gemacht wurden. Die meisten Aussagen sind allgemein gehalten und haben keinen spezifischen Adressaten. Innerhalb des mit 87 Vorschlägen am meisten genannten Bereichs **Bildung und Aufklärung** waren dies mit 45 sogar mehr als die Hälfte. So wurde z. B. gefordert, „Mehr Aufklärung über die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geben“ (Frau, 55 Jahre, Thüringen)¹³. Allerdings wird hier weder spezifiziert, um welche Bevölkerungsgruppen es genau geht, noch wer wo wie und in welchem Rahmen worüber aufklären soll. Mit insgesamt 38 Vorschlägen im Bereich Bildung und Aufklärung wird die Schule als Hauptort und Träger für akzeptanzfördernde Maßnahmen benannt. Konkret sind die Vorschläge jedoch auch hier bis auf eine Ausnahme nicht: „Ich finde das Informieren wichtig und dass man nicht durch Unwissenheit Menschen diskriminiert. Dies sollte Teil der Schulausbildung sein (eigenes Fach: Vielfalt)“ (Mann, 28 Jahre, ohne Bundeslandangabe). Beide Beispiele verdeutlichen, wie schwierig es für Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer telefonischen Befragung sein kann, spontan eigene Maßnahmenvorschläge zu formulieren.

Respekt und Toleranz

„Man sollte jeden Menschen respektvoll behandeln.“

Am zweithäufigsten werden Vorschläge aus dem Bereich **Respekt und Toleranz** fördern genannt. Allerdings fehlen auch hier konkrete Maßnahmen. Die Befragten appellieren vielmehr an das grundsätzliche Verhalten der Bevölkerung. Beispielhaft hierfür stehen diese beiden Aussagen: „Man sollte jeden Menschen respektvoll behandeln“ (Frau, 49 Jahre, Nordrhein-Westfalen) und „Toleranz allen gegenüber“ (Frau, 90 Jahre, Bremen). Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Maßnahmenbereich **gute Debatten-/Gesprächskultur schaffen**. Dort wird allgemein gefordert, dass Menschen „öfter miteinander sprechen, andere Meinungen anhören und darüber nachdenken“ (Mann, 59 Jahre, Thüringen). Auch hier wird betont, dass es wichtig ist, andere Meinungen auszuhalten

und ernst zu nehmen: „Wichtigster Punkt: Kritische Meinungen sollten ernst genommen und nicht in rechte, extremistische Ecken gestellt werden. Man muss sie politisch ernsthaft behandeln“ (Mann, 41 Jahre, Nordrhein-Westfalen). Als konkretes Format wurde die Einrichtung offener Gesprächskreise vorgeschlagen.

Armut bekämpfen und soziale Gerechtigkeit fördern

„Die Schere zwischen Arm und Reich muss verkleinert werden.“

Im Bereich **Armut bekämpfen und soziale Gerechtigkeit fördern** hatten die Befragten hingegen genauere Vorstellungen von konkreten Maßnahmen. Im Fokus dieses Themenkomplexes steht die soziale und finanzielle Absicherung der Menschen in Deutschland. Ein Hauptthema ist die Förderung von sozialer Gerechtigkeit, um Unterschiede zwischen Arm und Reich zu verkleinern. Zum anderen erscheint ein unterschwelliges Neidmotiv, wenn Menschen, die am Existenzminimum leben, sich abgehängt fühlen und anderen Anspruchsgruppen deren Förderung missgönnen. Dieser Bereich ist ein gutes Beispiel dafür, dass die genannten Maßnahmen sich nicht nur auf die Dimension sozioökonomische Schwäche in Abgrenzung zu (finanziellen) Eliten beschränken, sondern viele weitere Facetten von Vielfalt mit einschließen: Als meistgenannte Maßnahme wird ein bedingungsloses Grundeinkommen vorgeschlagen, um die Existenzgrundlage für alle Menschen gleichermaßen zu sichern. Weitere konkrete Maßnahmen beziehen sich auf Umverteilungsmechanismen, die über steuerliche Maßnahmen auf Vermögen und Einkommen von Reichen und Unternehmen abzielen. Diese Gelder sollen dann entweder direkt an ärmere Gesellschaftsschichten und alte Menschen oder an Bildungs- und gemeinnützige Einrichtungen gegeben werden. Diese können dann ihrerseits positiv auf Vielfaltsakzeptanz hinarbeiten, indem sie sich um einzelne Vielfaltsgruppen wie Homosexuelle oder Obdachlose und das Gesundheitswesen kümmern. Schließlich wird ebenfalls mehrfach Arbeit für alle gefordert, um sowohl die Existenz sozial Schwacher zu sichern als auch behinderte Menschen besser zu inkludieren.

¹³ Die hier zitierten Aussagen sind nicht immer wörtliche Wiedergaben der Befragten, sondern entsprechen im Wortlaut den Notizen der Telefoninterviewerinnen und -interviewer.

Integration und Inklusion verbessern

„Man sollte sich zuerst um die Belange im eigenen Land kümmern.“

Das Themenfeld **Integration und Inklusion verbessern** vermischt zwei eigentlich separate Dimensionen. Zum einen geht es um die gesellschaftliche Inklusion von behinderten Menschen, zum anderen um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund¹⁴. Die Mehrheit der Nennungen zielt jedoch auf die Integration von Ausländerinnen und Ausländern ab, wobei sich hier zwei Sichtweisen auftun: Einerseits wird Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller betrachtet, auf der anderen Seite als eine alleinige Bringschuld von Zugewanderten (13 Nennungen). Abgesehen von Deutschkursen werden jedoch keine konkreten Maßnahmen genannt, um den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft zu stärken.

Auffällig ist jedoch, dass in erster Linie harte, restriktive Schritte vorgeschlagen werden. Insofern spiegeln die Rückmeldungen der Befragten sehr deutlich die Diskussion während des Befragungszeitraums (Frühjahr 2018) wider, in dem in der Politik über Obergrenzen der Zuwanderung und konsequentere Abschiebungen gestritten wurde. So werden „effiziente Abschiebungen“ (Mann, 55 Jahre, Bayern) für Ausländerinnen und Ausländer ohne Bleibeperspektive gefordert, eine restriktivere Einwanderungspolitik (39 Nennungen) vorgeschlagen und eine sprachliche Deutschpflicht im öffentlichen Raum (14 Nennungen). Insgesamt sechs Befragte schlugen vor, Ausländerinnen und Ausländer, die sich nicht an die deutsche Verfassung und das Gesetz halten, abzuschieben oder „human aus dem Verkehr ziehen“ zu lassen (Mann, 45 Jahre, Nordrhein-Westfalen).

Betrachtet man die Aussagen zur restriktiven Einwanderungspolitik genauer, scheint es im Grunde darum zu gehen, den als schwindend wahrgenommenen Sozialstaat so weit wie möglich zu verteidigen. Einwandererinnen und Einwanderer werden hier als eine Hauptursache für sich negativ auf die Bürgerinnen und Bürger auswirkende Umstrukturierungen empfunden, unter denen viele der von uns untersuchten Vielfaltsgruppen leiden müssen: „Wir werden in ein paar Jahren weder ein Sozial- noch ein Rentensystem haben, wenn wir so weitermachen, und wir werden, wenn wir so weitermachen, vor einer Islamisierung stehen“ (Frau, 57 Jahre, Sachsen-Anhalt). Es ist daher nicht überraschend, dass auch Grenzschießungen häufiger als konkrete Maßnahme vorgeschlagen werden: „Die Grenzen sollten dichtgemacht werden, wie in der DDR ein Zaun“ (Mann, 46 Jahre, Sachsen-Anhalt). Mit dem Stopp der Zuwanderung würden dann auch die sozialen Probleme im Land lösbar: „Man sollte sich um die wesentlichen Sachen im eigenen Land kümmern, Schulessen sollte frei sein, genügend Kindergartenplätze sollte es geben, man sollte sich zuerst um die Belange im eigenen Land kümmern, statt das Geld für Ausländer auszugeben und man sollte die Grenzen endlich dicht machen“ (Mann, 45 Jahre, Mecklenburg-Vorpommern). „Die Regierung sollte an das deutsche Volk denken und nicht immer an die Flüchtlinge und Ausländer. Mobilheime für Obdachlose, die nichts dafürkönnen, dass sie auf der Straße sind. Dass Behinderte mehr Hilfe kriegen, egal bei was, ohne dass sie sehr lange auf irgendeinen Antrag warten müssen“ (Frau, 28 Jahre, Thüringen).

¹⁴ Die Vermischung beider Vielfaltsdimensionen kann jedoch auch der Tatsache geschuldet sein, dass den Befragten die Unterschiede zwischen den Begriffen „Inklusion“ und „Integration“ nicht geläufig sind oder dass sie synonym verwendet werden.

Gemeinsame Treffpunkte und Veranstaltungen organisieren

„Was man kennt, fürchtet man nicht.“

Während die genannten Maßnahmen aus dem Bereich Integration und Inklusion häufig einen restriktiven Charakter haben, gibt es jedoch auch Vorschläge aus der Bevölkerung, die offen mit der wachsenden Vielfalt und dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft umgehen. Interessanterweise bestätigen sich hier unsere Ergebnisse aus Kapitel 6, indem wir die Nachbarschaft als Handlungsraum für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt herausgestellt haben. Das Kennenlernen auf persönlicher Ebene im Wohnumfeld steht nämlich im Mittelpunkt des Bereichs **Gemeinsame Treffpunkte und Veranstaltungen organisieren, Vereine stärken**. Das Hauptmotiv ist die Schaffung gemeinsamer Orte für Begegnungen und zum Kennenlernen. Dahinter steht die Idee, durch das persönliche Kennenlernen anderen, bisher weniger bekannten Gruppen näherzukommen, Vorurteile abzubauen, Gemeinsamkeiten zu entdecken und gegenseitiges Verständnis und somit auch Respekt zu schaffen. Dies wird etwa in diesem Vorschlag sichtbar: „Um ein besseres soziales Miteinander zu erreichen, sollten im Nachbarschaftlichen und in der Gemeinde Zusammenkünfte organisiert werden, auch auf privater Ebene. Denn was man kennt, fürchtet man nicht“ (Frau, 64 Jahre, Baden-Württemberg). Ohne konkrete Träger und Veranstalter zu nennen, werden Dorf- und Stadtteilstefen, interkulturelle Feste sowie regelmäßige Treffpunkte im öffentlichen Raum, auch in Dorfkneipen, für ein allseitiges Kennenlernen vorgeschlagen. Ein zweiter Pfeiler ist die Vereinsarbeit, z. B. von Sportvereinen. Auch die Kirche wird als Ort und Träger vorgeschlagen.

Ähnliches gilt für den Maßnahmenbereich **Durchmischen und Zusammenbringen von verschiedenen Menschen**.

„Verschiedene Gruppen sollten gemischt werden, damit vorhandene Ängste bewältigt werden können“ (Mann, 37 Jahre, Hessen). Eine Maßnahme, die einigen nicht ganz leicht erscheint: „Es wird schon einiges getan, aber man hat vielleicht zu wenig Bezug zu dem ganzen Thema. Man muss eine gewisse Überwindung aufbauen, um mit Gruppen zusammenzukommen, mit denen man nicht immer was zu tun hatte. Diesen Bezug sollte man von klein auf herstellen“ (Frau, 63 Jahre, Saarland). Als meistgenannte konkrete Maßnahme wird hierfür die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern vorgeschlagen, gefolgt von Maßnahmen zur Durchmischung des Wohnumfelds, um ein größeres Miteinander zu schaffen und „Gettoisierung“ und „Parallelgesellschaften“ zu verhindern.

Was es sonst noch an Ideen gab

„Eine Partei namens ‚Toleranz‘ gründen“

Sehr konkrete Vorschläge gab es im Bereich **Mehr Unterstützung für ältere Menschen**, die sich in erster Linie um die Sicherung und Erhöhung der Rente sowie um Investitionen und Verbesserungen im Pflegebereich drehen. Auch den **Medien** wird mit der Forderung nach positiverer Berichterstattung eine zentrale Rolle zugesprochen: „Der soziale Zusammenhalt ist schon gut. Nur die Ereignisse werden in den Medien so negativ dargestellt, dass man denkt, dass der Zusammenhalt hier in Deutschland schlecht ist“ (Mann, 45 Jahre, Nordrhein-Westfalen).

Einige Nennungen sehen die **Politik** zuallererst in der Verantwortung. Dies reicht von Äußerungen wie „Man sollte die Parteienlandschaft aufräumen“ (Mann, 71 Jahre, Niedersachsen) bis hin zu dem Vorschlag „eine neue Partei zu gründen und sie ‚Toleranz‘ nennen, populistische Parteien verbieten und finanzielle Förderungen entziehen, auch von diesen, die im Bundestag sitzen“ (Mann, 71 Jahre, Bayern).

7.2.2 Maßnahmen nach Vielfaltsdimensionen

Zunächst haben wir die von den Befragten vorgeschlagenen Maßnahmen nach Themenbereichen gruppiert. Hierbei fiel auf, dass viele Maßnahmen unterschiedliche Vielfaltsgruppen gleichzeitig ansprechen (vgl. Kapitel 7.2.1). Um jedoch festzustellen, für welche Vielfaltsgruppen besonders viele Maßnahmen vorgeschlagen wurden – wer also im Zentrum des Interesses der Bevölkerung steht – mussten wir die gegebenen Antworten in einem zweiten Schritt auf der Basis unserer sieben Vielfaltsdimensionen kategorisieren¹⁵. Das Ergebnis der Zuordnung ist in Tabelle 16 dargestellt.

Dimension	Nennung
Dimension 2 – Ethnische Herkunft	138
Dimension 7 – sozioökonomische Schwäche	48
Dimension 1 – Lebensalter	47
Dimension 6 – Behinderung	22
Dimension 3 – Religion	11
Dimension 5 – sexuelle Orientierung	6
Dimension 4 – Geschlecht	4
<i>keine Dimension direkt adressiert</i>	313

Tabelle 16: Anzahl der Nennungen der sieben Vielfaltsdimensionen in der offenen Frage der Befragungsstudie

¹⁵ Die Zuordnung einer Aussage zu einer Dimension erfolgt unabhängig von positiver oder negativer Nennung. Beispiel: Die Aussagen „Jeder sollte willkommen sein. Jeder sollte mit allen zusammen glücklich werden und das Beste draus machen. Kulturelle Vielfalt akzeptieren“ (Mann, 56 Jahre, Hamburg) und „Ausländerstopp, Grenzen schließen“ (Mann, 63 Jahre, Mecklenburg-Vorpommern) werden beide der Dimension ethnische Herkunft zugeordnet.

Knapp die Hälfte aller Maßnahmen bezieht sich auf die Vielfaltsdimension ethnische Herkunft. Ausgehend von der grundsätzlichen Höhe der Akzeptanz der jeweiligen Dimensionen, die in Tabelle 8 in Kapitel 3 abgebildet ist, scheint dies zunächst überraschend, weil die Dimension die dritthöchsten Akzeptanzwerte im deutschlandweiten Vergleich erzielt und man so davon ausgehen könnte, dass gar kein Bedarf nach fördernden Maßnahmen besteht. Gleichzeitig konnten wir jedoch auch feststellen, dass mit dem Begriff „Vielfalt“ in erster Linie ethnische und religiöse Themen in der Bevölkerung assoziiert werden (vgl. Kapitel 3.5), was eine Erklärung dafür sein kann, warum sich so viele Maßnahmen auf die Dimension ethnische Herkunft beziehen.

Sehr häufig thematisieren die Befragten in ihren Antworten die wahrgenommene Größe der kulturellen Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Um den Zusammenhalt bei wachsender ethnischer Vielfalt zu stärken, scheint es also wichtig zu sein, größere kulturelle Unterschiede besser zu überwinden, als dies bisher der Fall ist. Je größer die wahrgenommene kulturelle Distanz, desto intensiver muss an einer Integration gearbeitet werden.

Mit deutlichem Abstand werden am zweit- und dritthäufigsten die Dimensionen sozioökonomische Schwäche und Lebensalter genannt. Im Bereich sozioökonomische Schwäche geht es in erster Linie um die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Hier gab es auch die meisten konkreten Vorschläge für Maßnahmen (vgl. Tabelle 15). Auch in der Dimension Lebensalter werden vornehmlich wirtschaftlich-unterstützende sowie pflegerische Maßnahmen für Ältere genannt. Mögliche Benachteiligungen junger Menschen werden kaum thematisiert.

Die Dimension Behinderung wurde mit nur 22 Nennungen bereits deutlich seltener adressiert. Da sie aber den höchsten Akzeptanzwert unter den Befragten erzielt (vgl. Tabelle 8), ist es nicht verwunderlich, dass die Vorschläge allesamt positiv inkludierend formuliert wurden, wie z. B. „mehr Behindertenwerkstätten bauen“ (Mann, 40 Jahre, Bayern). Negative oder gar ausgrenzende Maßnahmen wurden überhaupt nicht genannt.

Am seltensten wurden die Dimensionen sexuelle Orientierung und Geschlecht genannt. Die vier Nennungen der Geschlechtsdimension sind drei allgemeine Forderungen nach Gleichberechtigung und einmal nach einer Männerquote im Erziehungsbereich. In der Dimension sexuelle Orientierung spiegelt sich auch die Polarisierung aus der Clusteranalyse in Kapitel 3.4 wider. Während sich vier der sechs Aussagen grundsätzlich gegen einen ausgrenzenden Umgang mit Homosexuellen aussprechen, wird dieser in den anderen beiden sogar explizit gewünscht: „Egal welche Religion, Kultur oder Sprache, jeder soll einfach zufrieden leben können, ausgenommen Homosexuelle“ (Mann, 20 Jahre, Hessen).

Ebenfalls nur selten wurde in den offenen Nennungen die Dimension Religion erwähnt und wenn, dann als etwas Störendes: „Religion führt zur Spaltung der Gesellschaft“ (Mann, 27 Jahre, Nordrhein-Westfalen). Dennoch gibt es klare Forderungen nach religiöser Aufklärung in Schule und Studium, ebenso dass sich Religionsgruppen an das in Deutschland geltende Gesetz halten müssten. Konkrete Religionen werden mit Ausnahme des Islam nicht angesprochen: „Respekt und jeden leben lassen, wie er möchte. Keine Moscheen, wir sind in Deutschland, keine Moslems“ (Frau, 59 Jahre, ohne Bundeslandangabe). Dieses Zitat verdeutlicht eine Tendenz, die bei der gemeinsamen Betrachtung der Dimensionen Religion (sehr niedrige Akzeptanz) und ethnische Herkunft (hohe Akzeptanz) zutage tritt. Die vielen Maßnahmen in der Dimension ethnische Herkunft zielen in der Regel auf große kulturelle Unterschiede zwischen Einheimischen und Menschen aus eher nichtchristlich, muslimisch geprägten Ländern ab, die wenigen Nennungen in der Dimension Religion auf Aufklärung und die Ablehnung des Islam. Dies legt nahe, dass weder Ausländer noch Religionen per se als problematisch eingestuft werden. Das folgende Zitat verdeutlicht, dass im Vergleich zu allen anderen Vielfaltsgruppen derzeit die Rolle des Islam die Menschen in Deutschland am meisten beunruhigt. „Mit Homosexuellen, Behinderten, Transgender, Älteren etc. kommt Deutschland gut zurecht. Ein großes Problem sind Muslime und die Ansichten, die sie mitbringen, und die Art und Weise, wie sie ihre Kultur und ‚Gehirnwäsche‘ ausbreiten. Der Islam passt nicht nach Deutschland“ (Frau, 50 Jahre, Sachsen). Aussagen wie diese sind nicht neu und decken sich mit vielerorts geäußerten Sentiments, die immer wieder in den Medien berichtet werden. Umso dringlicher scheint es, durch persönliche Begegnungen und gezielte Informationen zu einem differenzierteren Blick auf verschiedene religiöse Strömungen im Besonderen und gesellschaftliche Vielfalt im Allgemeinen beizutragen.

8. Fazit

Hintergrund der Studie

Unsere Gesellschaft ist einem immer schneller werdenden Wandel ausgesetzt. Die zunehmende Globalisierung sowie die rasante Digitalisierung üben einen starken Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland aus. Eine Konsequenz aus diesen immer schneller stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungen ist eine stetig zunehmende – zumindest wahrgenommene – Vielfalt von Lebensformen und Lebensweisen. In der öffentlichen Diskussion wird wachsende Vielfalt zumeist mit Migrationsbewegungen gleichgesetzt, weil diese vielerorts zu einer deutlichen Zunahme ethnischer, sprachlicher und religiöser Diversität führen. Allerdings verschaffen sich auch andere Teilgruppen zunehmend selbstbewusst Gehör und fordern z. B. eine Gleichstellung der Geschlechter, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Lebensstile, bessere Integration von Menschen mit Behinderung oder niedrigem sozioökonomischen Status.

Unsere Lebenswelt wird somit nicht nur stetig komplexer, sondern auch heterogener, was mit wachsenden Unsicherheiten einhergeht. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass zunehmend Stimmen laut werden, die die wachsende wahrgenommene Vielfalt als Gefahr für das Gemeinwesen bzw. den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachten. Allerdings belegen aktuelle Studien (Dragolov et al., 2016; Bertelsmann Stiftung, 2016; Bertelsmann Stiftung, 2017), dass nicht Vielfalt an sich, sondern der Umgang mit ihr relevant für einen starken Zusammenhalt ist. Anders ausgedrückt spielt es nur eine untergeordnete Rolle, wie hoch z. B. der Anteil an Migrantinnen und Migranten im Umfeld der Menschen ist – viel wichtiger ist, wie stark ihre Akzeptanz gegenüber Vielfalt ausgeprägt ist.

Um der Frage nachzugehen, wie es um die Akzeptanz von Vielfalt in den deutschen Bundesländern bestellt ist und wie diese mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Verbindung steht, hat die Robert Bosch Stiftung eine groß angelegte wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben.

Die beauftragten Forscherinnen und Forscher der Jacobs University Bremen untersuchen seit Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sowie weltweit und haben sich in ihren Arbeiten auch immer wieder intensiv mit der Akzeptanz von Diversität auseinandergesetzt. Aufgabe der vorliegenden Studie war es, nicht nur zu erfassen, wie es um die Akzeptanz von Vielfalt auf der Ebene der Bundesländer bestellt ist und inwiefern sie mit der Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts einhergeht. Zu prüfen galt es auch, welche sozialstrukturellen und personalen Bedingungen sich positiv bzw. negativ auf die Akzeptanz von Vielfalt auswirken und welchen Einfluss die Akzeptanz von Vielfalt selbst hat. Mit anderen Worten galt es zu überprüfen, ob sich ein hohes Maß an Vielfaltsakzeptanz positiv auf das Wohlbefinden der Menschen auswirkt. In einem letzten Schritt sollte die vorliegende Studie über die Analyse des Status quo hinausgehen und dabei helfen, konkrete Handlungsempfehlungen für die Förderung eines konstruktiven Umgangs mit Vielfalt in der Gesellschaft zu formulieren und einen öffentlichen Diskurs anzustoßen.

Nachgegangen sind wir all diesen Fragen mit einer deutschlandweiten repräsentativen Telefonbefragung von 3.025 Menschen aus allen Bundesländern. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für unsere Analysen und wurden um Strukturdaten ergänzt, wie sie z. B. bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vorliegen.

Hierfür musste jedoch zunächst festgelegt werden, welche Vielfaltsgruppen in unserer heutigen Gesellschaft von besonders großer Relevanz sind. Ziel war es zum einen, Auskunft über die Einstellung gegenüber einzelnen Teilgruppen zu erlangen, und diese zum anderen in einem Index zur Akzeptanz von Vielfalt zusammenzufassen. Mit großer theoretischer und empirischer Sorgfalt haben wir sieben Vielfaltsdimensionen identifiziert und messbar gemacht: Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Religion und sozioökonomische Schwäche.

Einige Vielfaltsgruppen erfahren mehr Akzeptanz als andere

Unsere Ergebnisse zeigen, dass es insgesamt um die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland recht gut bestellt ist. Mit Werten von 61 bis 72 Punkten auf dem Vielfaltsgesamtindex liegen alle Bundesländer über dem Skalendurchschnitt von 50. Allerdings lässt sich ein klares geografisches Muster erkennen. Am höchsten ist die Vielfaltsakzeptanz in den Stadtstaaten und zwei norddeutschen Bundesländern ausgeprägt. Auf Hamburg folgen Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin und Niedersachsen. Daran schließen sich die übrigen west- und süddeutschen Bundesländer an. Schwächer ist die Akzeptanz von Vielfalt insgesamt in Ostdeutschland ausgeprägt. Auf Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern folgen Thüringen und Sachsen-Anhalt sowie Sachsen. Damit ergibt sich ein deutliches Gefälle zwischen West und Ost. Allerdings macht ein Blick auf die einzelnen Vielfaltsdimensionen auch deutlich, dass über alle Bundesländer hinweg einige Vielfaltsgruppen mehr Akzeptanz erfahren als andere. Menschen mit Behinderung, unterschiedlicher sexueller Orientierung und – für uns durchaus überraschend – ethnischer Herkunft werden über alle Bundesländer hinweg in besonders hohem Maß akzeptiert. Auch Menschen, die einer anderen Altersgruppe als man selbst angehören, und die Dimension Geschlecht erfahren eine leicht überdurchschnittliche Akzeptanz in der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu ist die Akzeptanz von Menschen, die sozioökonomisch vergleichsweise schlecht dastehen, sowie für religiöse Diversität deutlich schwächer ausgeprägt.

Digitalisierung als Motor für die Akzeptanz von Vielfalt

Womit hängt eine starke oder schwache Akzeptanz von Vielfalt in den 16 Bundesländern nun zusammen? Obwohl wir eine ganze Reihe struktureller Merkmale untersucht haben, spielen doch nur wenige Einflussfaktoren aus dieser Gruppe eine Rolle. Dort, wo die Digitalisierung bereits weit fortgeschritten ist – gemessen anhand des Zugangs zu High-Speed-Internet – ist auch die Akzeptanz von Vielfalt stärker ausgeprägt. Umgekehrt ist in Bundesländern, in denen die Arbeitslosenquote unter älteren Arbeitnehmern (55- bis 64-Jährige) besonders hoch ist, die Akzeptanz von Vielfalt geringer. Nachdenklich macht das Ergebnis, dass in Regionen mit großer Einkommensungleichheit auch die Akzeptanz von Vielfalt höher ist. Wichtig ist hier zunächst zu unterstreichen, dass es sich um einen Befund auf Bundesländerebene handelt: Es geht nicht um das individuelle Einkommen der Menschen, sondern einzig um die Größe der Einkommensunterschiede in einem Bundesland. Eine mögliche Ursache für dieses Ergebnis könnte sein, dass homogene Lebensbedingungen (in diesem Fall ähnliche Einkommen) auch den Facettenreichtum der eigenen Lebenswelt stark einschränken. Provokant formuliert könnte man vermuten, dass dort, wo es nur wenig Vielfalt gibt, auch keine Akzeptanz nötig ist. Einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt muss man eben nur dann lernen, wenn man mit ihr konfrontiert wird.

Intergruppenangst schadet der Akzeptanz von Vielfalt, Empathie wirkt sich förderlich aus

Wichtiger als die nur wenigen strukturellen Einflussfaktoren sind jedoch die personalen Bedingungen, die bei der Akzeptanz von Vielfalt eine Rolle spielen. In unseren Analysen hat sich das Ausmaß an Intergruppenangst als zentral herauskristallisiert. Je mehr negative Gefühle eine Person gegenüber Fremdheit oder Andersartigkeit hat, umso weniger akzeptierend ist sie bezüglich Vielfalt in der Gesellschaft. Außerdem spielt auch die Empathiefähigkeit eine wichtige Rolle. Ist die Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen, stark ausgeprägt, ist auch die Akzeptanz von Vielfalt höher. Ein dritter individueller Einflussfaktor ist die politische Überzeugung. Je stärker Menschen sich selbst politisch links verorten, desto eher akzeptieren sie Vielfalt. Schließlich hat auch die Einstellung zur Globalisierung einen Einfluss. Wird diese als Bedrohung gesehen, ist es um die Akzeptanz von Vielfalt in einem Bundesland eher schlecht bestellt; wird sie als Bereicherung betrachtet, fällt die Vielfaltsakzeptanz deutlich höher aus.

Akzeptanz von Vielfalt wichtig für das Wohlbefinden der Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bisher sind wir in unserer Darstellung schlichtweg davon ausgegangen, dass eine hohe Akzeptanz von Vielfalt unter den Bürgerinnen und Bürgern ein erstrebenswertes Ziel für die deutsche Gesellschaft ist. Hierbei handelt es sich jedoch zunächst nur um eine Annahme. Ob sie zutrifft, muss untersucht werden. In der vorliegenden Studie haben wir uns deshalb angesehen, ob die Höhe der Akzeptanz von Vielfalt in einem Bundesland mit unterschiedlichen Indikatoren zur Lebenszufriedenheit der Menschen zusammenhängt. Unsere Befunde sind eindeutig: Dort, wo die Akzeptanz von Vielfalt stärker ausgeprägt ist, ist die Suizidrate geringer und die Menschen empfinden sich selbst als glücklicher sowie zufriedener. Auch wenn wir mit unseren Daten keine Kausalzusammenhänge prüfen können, sprechen die Ergebnisse dafür, dass die Akzeptanz von Vielfalt wichtig für das Wohlbefinden der Menschen ist. Darüber hinaus konnten unsere Analysen zeigen, dass sie ebenfalls wichtig für die Gesellschaft als ganze ist, denn die Akzeptanz von Vielfalt und der gesellschaftliche Zusammenhalt hängen stark zusammen. Dort, wo der Zusammenhalt hoch ist, ist auch die Akzeptanz von Vielfalt höher und umgekehrt.

Nachbarschaft als zentraler Ansatzpunkt zur Förderung eines konstruktiven Umgangs mit Vielfalt

Zum Schluss bleibt die Frage, welche konkreten Handlungsempfehlungen es für die Förderung eines konstruktiven Umgangs mit Vielfalt in der Gesellschaft geben kann. Unsere Analysen zeigen, dass die Ablehnung gegenüber den von uns untersuchten Vielfaltsgruppen in der Nachbarschaft meist geringer ist als in der eigenen Familie und als dies die allgemeine Einstellung widerspiegelt. Damit legen unsere Ergebnisse den Schluss nahe, dass die Nachbarschaft ein guter Ort ist, an dem Menschen, die Vielfalt nur in einem geringen Maß akzeptieren, einen konstruktiven Umgang mit ihr erlernen können. Hier kommt man häufig automatisch in Kontakt mit Menschen, die anders sind als man selbst. Unserer Auffassung nach lohnt es sich deshalb, dies bei der Planung konkreter Maßnahmen mit zu bedenken.

Literaturverzeichnis

Abrams, D., van de Vyver, J., Houston, D. M., & Vasiljevic, M. (2017). Does terror defeat contact? Intergroup contact and prejudice toward Muslims before and after the London bombings. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 23(3), 260–268.

Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2016). *Akzeptanz religiöser und weltanschaulicher Vielfalt in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes*. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Bäckström, M. (2007). Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism, and empathy. *Journal of Individual Differences*, 28(1), 10–17.

Bayrischer Jugendring. (2018). *Wählen ab 14*. Retrieved from <https://www.bjr.de/themen/partizipation-und-demokratie/waehlen-ab-14.html>. Zugriff: 28.1.2019

Bertelsmann Stiftung. (2013). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann.

Bertelsmann Stiftung. (2016). *Sozialer Zusammenhalt in Bremen*. Gütersloh: Bertelsmann.

Bertelsmann Stiftung. (2017). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Gütersloh: Bertelsmann.

Blumer, H. (1958). Race prejudice as a sense of group position. *The Pacific Sociological Review*, 1(1), 3–7.

Boehnke, K. (1988). *Prosoziale Motivation, Selbstkonzept und politische Orientierung – Entwicklungsbedingungen und Veränderungen im Jugendalter*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Boehnke, K. (2012). Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben – Eine rechtshistorische Glosse. *Juridikum*, 24(4), 389–392.

Boehnke, M. (2009). Gut gebildet = kinderlos? Zu feinen deutsch-deutschen Unterschieden im Umgang mit dem Kinderwunsch. *BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 22(1), 12–31.

Boehnke, M. (2010). To have or not to have: On fine distinctions in childbearing motivation among childless East and West German women. *International Journal of Sociology of the Family*, 31(1), 1 – 23.

Boehnke, M., Deutsch, F., & Boehnke, K. (2016). ‚Open House‘ oder ‚Closed Shop‘: Einwanderung nach Deutschland als Zielkonflikt mit Gewaltpotential? In M. Johannsen, B. Schoch, M. M. Mutschler, C. Hauswedell, & J. Hippler, *Friedensgutachten* (S. 166 – 180). Münster: Lit.

Bogardus, E. S. (1926). Social distance in the city. *Proceedings and Publications of the American Sociological Society*, 20, 40 – 46.

Bortz, J. & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Berlin / Heidelberg: Springer-Verlag.

Bosch, G. & Kalina, T. (2015). *Das Ende der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“*. *Die deutsche Mittelschicht unter Druck*. Retrieved 10 2018, from <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-forschung/2015/fo2015-01.pdf> Zugriff: 28.1.2019

Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz. (2013). *Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610) geändert worden ist*. Berlin.

Bundeszentrale für politische Bildung. (2012). *Die Occupy-Bewegung*. Retrieved from <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/135540/occupy-bewegung?p=all> Zugriff: 28.1.2019

Bundeszentrale für politische Bildung. (2015). *Gender*. Retrieved from <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193100/gender?p=0> Zugriff: 28.1.2019

Bunzl, M. (2005). Between Anti-Semitism and Islamophobia: Some thoughts on the new Europe. *American Ethnologist*, 32(4), 499 – 508.

Charta der Vielfalt. (2018). Retrieved from <https://www.charta-der-vielfalt.de> Zugriff: 28.1.2019

Charta der Vielfalt. (2018, 9 15). *Geschlecht*. Retrieved from <https://www.charta-der-vielfalt.de/diversity-verstehen/diversity-dimensionen/geschlecht/> Zugriff: 28.1.2019

Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences (2nd edition)*. Hillsdale, N.J.: L. Erlbaum Associates.

Cook, C. L. & Webster, G. (2015). No good without god: Antitheist prejudice as a function of threats to morals and values. *Psychology of Religion and Spirituality*, 7(3), 217 – 226.

Cozzarelli, C., Wilkinson, A. V. & Tagler, M. J. (2001). Attitudes toward the poor and attributions for poverty. *Journal of Social Issues*, 57(2), 207 – 227.

Cronbach, L. J. (1951). Coefficient alpha and the internal structure of tests. *Psychometrika*, 16(3), 297 – 334.

Dahrendorf, R. (2004). *Der Wiederbeginn der Geschichte: Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak*. München: C.H. Beck.

Davis, M. H. (1983). Measuring individual differences in empathy: Evidence for a multidimensional approach. *Journal of Personality and Social Psychology*, 44(1), 113 – 126.

Der Paritätische Gesamtverband. (2018). *Brücken bauen: Potenziale des Sozialen – Paritätisches Jahresgutachten 2018 zur sozialen Lage in Deutschland – Ergänzende Grafiken zur Pressekonferenz vom 7. August 2018*.

Döring, N. & Bortz, J. (2015). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Heidelberg: Springer.

Dosch, E. C. (2016). „Neue Männer hat das Land“: Männer vereinbaren Pflege und Beruf. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 49(8), 679 – 684.

Dragolov, G., Ignácz, Z., Lorenz, J., Delhey, J., Boehnke, K., & Unzicker, K. (2016). *Social cohesion in the Western world. What holds societies together: Insights from the Social Cohesion Radar*. Cham (CH): Springer.

Duden. (2018, 9 24). *Elite*. Retrieved from <https://www.duden.de/rechtschreibung/Elite>
Zugriff: 28.1.2019

Ekehammar, B. & Akrami, N. (2003). The relation between personality and prejudice: a variable- and a person-centred approach. *European Journal of Personality*, 17(6), 449 – 464.

FAZ. (2018, 06 29). Deutschland nähert sich der Vollbeschäftigung. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutschland-naehert-sich-der-vollbeschaeftigung-15665744.html>.
Zugriff: 28.1.2019

Fritzsche, Y. (2000). Moderne Orientierungsmuster: Inflation am „Wertehimmel“. In D. Shell, *Jugend 2000* (93 – 156). Wiesbaden: VS Verlag.

Gardenswartz, L. & Rowe, A. (2003). *Diverse teams at work: Capitalizing on the power of diversity*. Alexandria, VA: Society for Human Resource Management.

Gervais, W. M. (2013). In godlessness we distrust: Using social psychology to solve the puzzle of anti-atheist prejudice. *Social and Personality Psychology Compass*, 7(6), 366 – 377.

Gervais, W. M., Shariff, A. F. & Norenzayan, A. (2011). Do you believe in atheists? Distrust is central to anti-atheist prejudice. *Journal of Personality and Social Psychology*, 101(6), 1189 – 1206.

Glatzer, W. (1998). Introduction: Quality of life in countries undergoing rapid social change. *Social Indicators Research*, 43(1/2), 1 – 2.

Gombault, J. (1990). Basic rules of change: An attempt to make the concept of evolution discipline-neutral. *Journal for General Philosophy of Science*, 21(2), 231 – 257.

Grabka, M. M. & Westermeier, C. (2014, 9). Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW Wochenbericht*, 151 – 165.

Green, A. & Janmaat, J. G. (2011). *Regimes of social cohesion: Societies and the crisis of globalization*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.

Hahn, T. (1988). Lebensweise und Werte in der DDR. In H.-J. Hoffmann-Nowotny, *Deutsche Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 – Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen*. Zürich: Seismo Verlag.

Hauser, M. & Tenger, D. (2015). *Menschen mit Behinderung in der Welt 2035: Wie technologische und gesellschaftliche Trends den Alltag verändern*. Zürich: GDI Gottlieb Duttweiler Institute.

Henrich, R. (1989). *Der vormundschaftliche Staat*. Reinbek: Rowohlt.

Hoffmann, S. & Akbar, P. (2016). *Konsumentenverhalten – Konsumenten verstehen, Marketingmaßnahmen ableiten*. Wiesbaden: Springer Gabler.

Huinink, J. & Wagner, M. (1998). Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensformen. In J. Friedrichs, *Die Individualisierungs-These* (85 – 106). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

ILGA. (2017). *State Sponsored Homophobia 2017: A world survey of sexual orientation laws: criminalisation, protection and recognition*. Genf: International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association.

Inglehart, R. (1998). *Modernisierung und Postmodernisierung*. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.

Khan, S. R. (2012). The sociology of elites. *Annual Review of Sociology*, 38, 361 – 377.

Kotzur, P. F., Torres, C. V., Kedzior, K. K. & Boehnke, K. (2017). Influences on political consumer behavior among university students in Brazil and Germany: The role of core political values and contextual features. *International Journal of Psychology*, 52(2), 126 – 135.

Krüger, H.-H., Keßler, C., & Winter, D. (2016). Von „Wasserträgern“ und „faulen reichen Deutschen“. In H.-H. Krüger, C. Keßler, & D. Winter, *Bildungskarrieren von Jugendlichen und ihre Peers an exklusiven Schulen. Studien zur Schul- und Bildungsforschung* (55 – 78). Wiesbaden: Springer VS.

Lamsfuss, S. M., Silbereisen, R. K., & Boehnke, K. (1990). Empathie und Motive prosozialen Handelns. In *Arbeitsberichte aus dem Institut für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft [AI-AVE/AEE]*, Nr. 10. Berlin.

- Larsen, M., Arant, R., Grossert, B. & Boehnke, K. (2018). Willkommenskultur, Werthaltungen und gesellschaftliche Teilhabe. In A. Rohmann, & S. Stürmer, *Die Flüchtlingsdebatte in Deutschland – Sozialpsychologische Perspektiven. Unter Mitarbeit von Helen Landmann* (79–91). Berlin: Peter Lang.
- Larsen, M., Esanliev, D., Brück, T. & Boehnke, K. (2018). The connection between social cohesion and personality: a multilevel study in the Kyrgyz Republic. *International Journal of Psychology*, <https://doi.org/10.1002/ijop.12551>.
- Loden, M. & Rosener, J. B. (1991). *Workforce America!: Managing employee diversity as a vital resource*. New York: McGraw-Hill Book Co.
- McFarland, S. (2010). Authoritarianism, social dominance, and other roots of generalized prejudice. *Political Psychology*, 31(3), 453–477.
- McFarland, S. & Adelson, S. (1996). An omnibus study of personality, values, and prejudice. *Paper presented at the meeting of the International Society of Political Psychology*. Vancouver, Canada.
- Nunnally, J. C. (1967). *Psychometric Theory*. New York: McGraw-Hill.
- Peng, C.-Y. J., Harwell, M., Liou, S.-M., & Ehman, L. H. (2006). Advances in missing data methods and implications for educational research. In S. S. Sawilowsky, *Real Data Analysis* (31-78). Charlotte, NC: Information Age Publishing.
- Peterson, R. A. (2000). A meta-analysis of variance accounted for and factor loadings in exploratory factor analysis. *Marketing Letters*, 11(3), 261–275.
- Poynting, S. & Mason, V. (2007). The resistible rise of Islamophobia Anti-Muslim racism in the UK and Australia before 11 September 2001. *Journal of Sociology*, 43(1), 61–86.
- Rammstedt, B. & John, O. P. (2007). Measuring personality in one minute or less: A 10-item short version of the Big Five Inventory in English and German. *Journal of Research in Personality*, 41, 203–212.
- Savage, M., Devine, F., Cunningham, N., Taylor, M., Li, Y., Hjellbrekke, J., ... Miles, A. (2013). A new model of social class? Findings from the BBC's Great British Class Survey Experiment. *Sociology*, 47(2), 219–250.
- Shogan, C. J. (2007). Anti-intellectualism in the modern presidency: A Republican populism. *Perspectives on Politics*, 5(2), 295–303.
- Simpson, A., Piazza, J. & Rios, K. (2016). Belief in divine moral authority: Validation of a shortened scale with implications for social attitudes and moral cognition. *Personality and Individual Differences*, 94, 256–265.
- Spencer, B. & Castano, E. (2007). Social class is dead. Long live social class! Stereotype threat among low socioeconomic status individuals. *Social Justice Research*, 20(4), 418–432.

Statistica. (2017). *Anteil der Befragten, die nicht an Gott glauben und dies auch früher nie getan haben in ausgewählten Ländern Europas im Jahr 2012.*

Retrieved from <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/235579/umfrage/anteil-der-atheisten-in-ausgewaehlten-laendern-euro-pas/> Zugriff: 28.1.2019

Statistisches Bundesamt. (2015). *Bevölkerung Deutschlands bis 2016 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.* Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2018, 01 16). Bevölkerung in Deutschland zum Jahresende 2016 auf 82,5 Millionen Personen gewachsen. Wiesbaden, Deutschland.

Retrieved from https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/01/PD18_019_12411.html Zugriff: 28.1.2019

Stephan, W. G. (2014). Intergroup anxiety: Theory, research, and practice. *Personality and Social Psychology Review*, 18(3), 239 – 255.

Stephens, N. M., Markus, H. R. & Phillips, T. (2014). Social class culture cycles: how three gateway contexts shape selves and fuel inequality. *Annual Review of Psychology*, 65, 611 – 634.

Tessmer, C. (1994). *Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem.* Heidelberg: Springer.

United Nations. (2017). *International Migration Report 2017.* Retrieved Oktober 2018, from <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/migrationreport/docs/MigrationReport2017.pdf> Zugriff: 28.1.2019

van der Noll, J. & Dekker, H. (2010). Islamophobia: In search for an explanation of negative attitudes towards Islam and Muslims – testing political socialization theory. *Politics, Culture and Socialization*, 1(3), 239 – 255.

Veser, R. (2015). *Flüchtlingskrise – Die Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts.* Frankfurt am Main: FAZ e-Book.

Waldschmidt, A. (2006). Soziales Problem oder kulturelle Differenz?: Zur Geschichte von „Behinderung“ aus der Sicht der „Disability Studies“. *Traverse: Zeitschrift für Geschichte*, 13(3), 31 – 46.

Wiesendahl, E. (2017). *Parteien und soziale Ungleichheit.* Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Indikatoren der Vielfaltsdimension Lebensalter	27
Tabelle 2	Indikatoren der Vielfaltsdimension Behinderung	29
Tabelle 3	Indikatoren der Vielfaltsdimension Geschlecht	31
Tabelle 4	Indikatoren der Vielfaltsdimension sexuelle Orientierung	33
Tabelle 5	Indikatoren der Vielfaltsdimension ethnische Herkunft	35
Tabelle 6	Indikatoren der Vielfaltsdimension Religion	38
Tabelle 7	Indikatoren der Vielfaltsdimension sozioökonomische Schwäche	40
Tabelle 8	Akzeptanz von Vielfalt 2018 im Bundesländervergleich	50
Tabelle 9	Ergebnisse der Clusteranalyse	61
Tabelle 10	Zusammenhänge des Vielfaltsindex mit der Dimension 1.3 Akzeptanz von Diversität des Index Gesellschaftlicher Zusammenhalt	66
Tabelle 11	Zusammenhänge des Vielfaltsgesamtindex mit ausgewählten strukturellen Merkmalen	70
Tabelle 12	Regression des Vielfaltsgesamtindex auf individuelle Merkmale	78
Tabelle 13	Zusammenhänge des Vielfaltsgesamtindex mit ausgewählten Auswirkungen	79
Tabelle 14	Bedeutung der einzelnen Dimensionen für unsere Messung von gesellschaftlichem Zusammenhalt	82
Tabelle 15	Nach Themenbereich aufgeschlüsselte Maßnahmenvorschläge der Befragten	90
Tabelle 16	Anzahl der Nennung der acht Vielfaltsdimensionen in der offenen Frage der Befragungsstudie	94
Tabelle 17	Überblick über die Bundesländer und die Anzahl der dort durchgeführten Interviews	109
Tabelle 18	Faktorladungen der Items für die Vielfaltsdimensionen	110
Tabelle 19	Faktorladungen der acht Vielfaltsdimensionen	112
Tabelle 20	Indikatoren des Index Gesellschaftlicher Zusammenhalt	113
Tabelle 21	Deskriptive Ergebnisse zu den vier unterschiedlichen Vielfaltsakzeptanz-Clustern	114
Tabelle 22	Vorhersage der Ausprägung der Dimensionen des Vielfaltsindex auf Basis der Dimension 1.3 Akzeptanz von Vielfalt des Index Gesellschaftlicher Zusammenhalt	115

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Gesellschaftlicher Zusammenhalt mit seinen neun Dimensionen in insgesamt drei Bereichen (Bertelsmann Stiftung, 2017)	20
Abbildung 2	Verteilung der Antworten auf die Frage: „In letzter Zeit hört man immer öfter den Begriff ‚Vielfalt‘ mit Bezug auf unsere Gesellschaft. Haben Sie in diesem Zusammenhang von diesem Begriff gehört?“	22
Abbildung 3	Modell der 4 Layers of Diversity nach Gardenswartz und Rowe (2003) adaptiert vom Diversity Wheel nach Loden und Rosener (1991)	24
Abbildung 4	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, auf keinem Fall in einem Mehrgenerationenhaushalt Wohnen zu wollen	27
Abbildung 5	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass Inklusion normal entwickelte Kinder benachteiligt	29
Abbildung 6	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass ein Mann sich durchsetzen muss, weil er sonst kein richtiger Mann ist	31
Abbildung 7	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass es ekelhaft sei, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen	33
Abbildung 8	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, darin unterstützt werden sollten, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren	35
Abbildung 9	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass es gesetzliche Feiertage auch zu den Festen anderer Religionen geben sollte	38
Abbildung 10	Verteilung der Antwortraten zu der Aussage, dass wir in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager nehmen	40
Abbildung 11	Die sieben Dimensionen der Akzeptanz von Vielfalt	44
Abbildung 12	Zusammenhang zwischen „Vielfaltsbarometer“ der Robert Bosch Stiftung und dem „Radar Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung	46
Abbildung 13	Profile der vier unterschiedlichen Vielfaltsakzeptanzcluster (2.937 Befragte)	62
Abbildung 14	Zusammenhang zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Vielfaltsgesamtindex	71
Abbildung 15	Zusammenhang zwischen der Einkommensungleichheit und dem Vielfaltsgesamtindex	73
Abbildung 16	Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Highspeed-Internet und dem Vielfaltsgesamtindex	74
Abbildung 17	Messung der individuellen Bedeutung von Vielfalt für die Menschen in Deutschland nach einem Nähe-Distanz-Ansatz	85
Abbildung 18	Ablehnung sozialer Gruppen auf Basis der erhobenen Dimensionen von Vielfalt	87

Kartenverzeichnis

Karte 1	Akzeptanz von Vielfalt (Gesamtindex) 2018 im Bundesländervergleich	48
Karte 2	Vielfaltsdimension Lebensalter 2018 im Bundesländervergleich	51
Karte 3	Vielfaltsdimension Behinderung 2018 im Bundesländervergleich	52
Karte 4	Vielfaltsdimension Geschlecht 2018 im Bundesländervergleich	53
Karte 5	Vielfaltsdimension sexuelle Orientierung 2018 im Bundesländervergleich	54
Karte 6	Vielfaltsdimension ethnische Herkunft 2018 im Bundesländervergleich	55
Karte 7	Vielfaltsdimension Religion 2018 im Bundesländervergleich	56
Karte 8	Vielfaltsdimension sozioökonomische Schwäche 2018 im Bundesländervergleich	57
Karte 9	Vielfaltsdimension Eliten 2018 im Bundesländervergleich	59

Kurzbezeichnungen der Bundesländer

BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
DE	Deutschland insgesamt
HB	Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen

Anhang

Bundesland	Anzahl der durchgeführten Interviews
Baden-Württemberg	309
Bayern	461
Berlin	194
Brandenburg	126
Bremen	79
Hamburg	126
Hessen	206
Mecklenburg-Vorpommern	103
Niedersachsen	227
Nordrhein-Westfalen	444
Rheinland-Pfalz	123
Saarland	75
Sachsen	169
Sachsen-Anhalt	97
Schleswig-Holstein	115
Thüringen	83

Tabelle 17: Anzahl der durchgeführten Interviews in den Bundesländern

Variable	Label	Ladung auf Individual- ebene (Cronbachs α)
<i>Dimension Lebensalter</i>		(0,42)
alt01	Mit Menschen, die deutlich älter oder deutlich jünger sind als ich, komme ich nicht so gut klar.	0,72
alt02	In einem Mehrgenerationenhaushalt – also einem Haushalt, in dem mehr als zwei Generationen einer Familie oder verschiedener Familien miteinander leben – möchte ich auf keinen Fall leben.	0,68
alt03	Wer alt ist, ist alt und soll nicht immer so tun als wäre er noch jung.	0,64
<i>Dimension Behinderung</i>		(0,37)
beh01	Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	0,74
beh02	Inklusion – also die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern – benachteiligt normal entwickelte Kinder.	0,65
beh03	Mich stört der Anblick von behinderten Menschen.	0,64
<i>Dimension Geschlecht</i>		(0,46)
ges01	Ich bin gegen die Frauenquote.	0,54
ges02	Frauen machen viel zu viel Aufhebens um das Thema sexuelle Belästigung.	0,71
ges03	Ein Mann muss sich durchsetzen, sonst ist er kein richtiger Mann.	0,56
ges04	Viele Frauen fühlen sich in der bzw. einer Opferrolle sehr wohl.	0,65
<i>Dimension sexuelle Orientierung</i>		(0,79)
sex02	Transsexuelle Menschen sollten unter sich bleiben.	0,80
sex03	Homosexuelle und eigene Kinder – das passt einfach nicht zusammen.	0,80
sex04	Das Geschlecht zu ändern ist wider die Natur.	0,76
sex05	Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	0,80
<i>Dimension ethnische Herkunft</i>		(0,63)
eth01	Wenn ich die Wahl hätte, würde ich mit Ausländern lieber nichts zu tun haben.	0,74
eth02	Menschen, die nach Deutschland kommen, sollten darin unterstützt werden, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren.	0,76
eth03	Ich lerne immer etwas Neues, wenn ich mit Menschen aus anderen Ländern zusammen bin.	0,77

Variable	Label	Ladung auf Individual- ebene (Cronbachs α)
<i>Dimension Religion</i>		(0,47)
rel01	In Deutschland gibt es viele christliche Feiertage. Ich finde, dass es gesetzliche Feiertage auch zu den Festen anderer Religionen geben sollte.	0,74
rel02	Der Islam passt durchaus auch in die westliche Welt.	0,79
rel03	Religion ist Privatsache. Religiöse Bekundungen und Symbole, wie Kruzifix, Kopftuch oder Kippah haben in der Öffentlichkeit nichts verloren.	0,55
<i>Dimension sozioökonomische Schwäche</i>		(0,54)
arm01	In Deutschland gibt es ein so gutes soziales Netz, da braucht eigentlich niemand obdachlos zu sein.	0,62
arm02	Die meisten Hartz-IV-Empfänger sind arbeitsscheu.	0,78
arm03	Wir nehmen in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager.	0,77
<i>Dimension Eliten</i>		(0,70)
eli02 ¹	Mir geht oft der Hut hoch, wenn ich an das Verhalten denke von Spitzenmanagern.	0,82
eli03	Mir geht oft der Hut hoch, wenn ich an das Verhalten denke von Intellektuellen.	0,70
eli04	Mir geht oft der Hut hoch, wenn ich an das Verhalten denke von Superreichen.	0,84

¹ Die Variablen der Dimension Eliten sind im Fragebogen zunächst als „rei02“, „rei03“ und „rei04“ bezeichnet worden, weil die endgültige Bezeichnung der Dimension zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststand.

Tabelle 18: Faktorladungen der Items für die Vielfaltsdimension

Dimension von Vielfalt	Ladung
Lebensalter	0,51
Behinderung	0,56
Geschlecht	0,56
Sexuelle Orientierung	0,69
Ethnische Herkunft	0,67
Religion	0,59
Sozioökonomische Schwäche	0,58
Eliten	0,25
Cronbachs α	0,68

Tabelle 19: Ladungen der sieben Vielfaltsdimensionen und der Dimension Eliten auf einem Faktor

Variable	Label
Bereich 1 – Soziale Beziehungen	
D1.1: Soziale Netze	Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Bekannten oder privat mit Arbeitskollegen?
D1.2: Vertrauen in die Mitmenschen	Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann. Wie ist das Ihrer Meinung nach?
D1.3: Akzeptanz von Diversität	Würden Sie sagen, dass das Leben in Deutschland im Allgemeinen durch zunehmende Vielfalt bedroht oder bereichert wird?
Bereich 2 – Verbundenheit	
D2.1: Identifikation	Wie stark fühlen Sie sich mit dem Ort, an dem Sie leben, verbunden?
D2.2: Vertrauen in Institutionen	Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Bundesregierung entgegenbringen?
D2.3: Gerechtigkeitsempfinden	Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.
Bereich 3 – Gemeinwohlorientierung	
D3.1: Solidarität und Hilfsbereitschaft	Wie oft sind Sie in Ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig, um anderen Menschen zu helfen?
D3.2: Anerkennung sozialer Regeln	Gibt es eigentlich hier in der Nähe (im Umkreis von einem Kilometer) irgendeine Gegend, in die Sie nachts nicht alleine gehen möchten?
D3.3: Gesellschaftliche Teilhabe	Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle 20: Indikatoren des Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Variable		Cluster 1 – Kosmopoliten	Cluster 2 – säkulare Liberale	Cluster 3 – Wertkonservative	Cluster 4 – Skeptiker
Geschlecht	Mann (%)	46,46	44,39	58,28	58,10
	Frau (%)	55,61	55,61	41,72	41,90
Alter	Mittelwert (Jahre)	46,99	52,83	52,01	58,58
Wohnhaft in Großstädten	Nein (%)	53,24	59,69	67,33	71,90
	Ja (%)	46,76	40,31	32,67	28,10
Migrations- hintergrund	Nein (%)	78,76	81,80	65,56	80,63
	Ja (%)	21,24	18,20	34,44	19,37
Religiositätsgrad	Mittelwert zwischen 1 (gar nicht) und 5 (sehr religiös)	2,39	2,29	2,77	2,37
Hochschul- abschluss	Nein (%)	54,57	63,01	71,52	75,08
	Ja (%)	45,43	36,99	28,48	24,92
Monatliches Nettoeinkommen	Mittelwert (€)	2.680,35	2.627,47	2.231,68	2.290,66
Tägliche Nutzung des Internets	Nein (%)	22,71	29,25	38,41	45,71
	Ja (%)	77,29	70,75	61,59	54,29
Einstellung zu Globalisierung	Mittelwert zwischen 0 (Bedrohung) und 10 (Chance)	6,97	6,58	6,32	5,32
Politische Orientierung	Mittelwert zwischen 0 (links) und 10 (rechts)	3,60	4,33	4,86	5,27
Empathiefähigkeit	Mittelwert zwischen 1 (sehr schwache) bis 5 (sehr starke)	4,21	4,10	3,97	3,88
Intergruppenangst	Mittelwert zwischen 0 (überhaupt keine) und 10 (sehr starke)	3,38	4,25	4,42	5,23

Tabelle 21: Deskriptive Ergebnisse zu den vier unterschiedlichen Vielfaltsakzeptanz-Clustern

Dimension des Vielfaltsindex	Stärke des Zusammenhangs mit der Dimension 1.3 des Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt (ß)
Lebensalter	0,15
Behinderung	0,20
Geschlecht	0,19
Sexuelle Orientierung	0,28
Sozioökonomische Schwäche	0,26
Religion	0,43
Ethnische Herkunft	0,50

Angegeben ist die Stärke des Zusammenhangs β zwischen der Variable „Würden Sie sagen, dass das Leben in Deutschland im Allgemeinen durch zunehmende Vielfalt bedroht oder bereichert wird?“, die im Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt die Dimension 1.3 Akzeptanz von Diversität misst, mit den Dimensionen des Vielfaltsindex. Es handelt sich um eine multiple Regressionsanalyse auf Basis der Gesamtstichprobe (N = 2.937).

Tabelle 22: Vorhersage der Ausprägung der Dimensionen des Vielfaltsindex auf Basis der Dimension 1.3 Akzeptanz von Vielfalt des Kurzindex Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Über die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung GmbH gehört zu den großen, unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. In ihrer gemeinnützigen Arbeit greift sie gesellschaftliche Themen frühzeitig auf und erarbeitet exemplarische Lösungen. Dazu entwickelt sie eigene Projekte und führt sie durch. Außerdem fördert sie Initiativen Dritter, die zu ihren Zielen passen.

Die Robert Bosch Stiftung ist auf den Gebieten Gesundheit, Wissenschaft, Gesellschaft, Bildung und Völkerverständigung tätig.

Seit ihrer Gründung 1964 hat die Robert Bosch Stiftung mehr als 1,4 Milliarden Euro für ihre gemeinnützige Arbeit ausgegeben.

Im Themenbereich Gesellschaft beschäftigen wir uns mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Wir wollen dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich mit- und füreinander engagieren können. Gemeinsam mit ihnen suchen wir nach guten Antworten auf die gesellschaftlichen Veränderungen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement als Form der Auseinandersetzung mit sozialen Herausforderungen und der demokratischen Mitgestaltung. Wir entwickeln und unterstützen Lösungsansätze, wie die Potenziale unserer vielfältigen Gesellschaft genutzt werden können. Wir fördern einen pragmatischen und respektvollen Umgang mit religiöser und kultureller Vielfalt und ermutigen insbesondere junge Menschen, sich aktiv in die Mitgestaltung unserer Gesellschaft einzubringen.

Über die Autoren

Dr. Regina Arant ist Postdoctoral Fellow an der Jacobs University Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Sie hat an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) im Fach Psychologie promoviert. Neben gesellschaftlichem Zusammenhalt gelten ihre Forschungsinteressen der Konstruktion und Entwicklung von geopolitischer Identität im interkulturellen Kontakt.

Dr. Georgi Dragolov ist Postdoctoral Fellow an der Jacobs University Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Er hat im Fach Soziologie an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) promoviert. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Themen sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität und Ungleichheit.

Björn Gernig ist Doktorand an der von der Universität Bremen und der Jacobs University gemeinsam unterhaltenen Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Er promoviert in Soziologie und forscht zu Fragen der gesellschaftlichen Zeitverwendung.

Prof. Dr. Klaus Boehnke ist Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Jacobs University Bremen und leitet die Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Er ist Präsident der International Association for Cross-Cultural Psychology (IACCP). Er hat zudem die stellvertretende Leitung des Internationalen Laboratoriums für Soziokulturelle Forschung an der Higher School of Economics in Moskau inne. Das Thema „Politische Sozialisation“ steht im Mittelpunkt seines 40-jährigen akademischen Schaffens.

Impressum

Herausgegeben von der

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart
www.bosch-stiftung.de

Kontakt

Robert Bosch Stiftung GmbH
Themenbereich Gesellschaft
Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart

Otilie Bälz
Bereichsleiterin Gesellschaft
Telefon +49 711 46084-520
ottilie.baelz@bosch-stiftung.de

Dr. Ferdinand Mirbach
Senior Projektmanager
Telefon +49 711 46084-480
ferdinand.mirbach@bosch-stiftung.de

Copyright 2019

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

siegel konzeption | gestaltung, Stuttgart

ISBN 978-3-939574-52-1

bosch-stiftung.de





bosch-stiftung.de